

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 2,20 Mk., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Wochenschrift 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigten Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Streifenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Reichskanzler auf der Anklagebank.

... es liegt ungemein nahe, daß es nicht ohne Eindruck bleiben kann, namentlich auf die Anträge der Staatsanwaltschaft, als auch auf die Auffassung des Gerichts, wenn der höchste Beamte des Reiches an autoritativer Stelle das Urteil, das hier erst gefunden werden soll, vorwegnimmt und unbedächtig um all das, was hier bereits bekundet worden ist, erklärt, alle die Polizeibeamten hätten nur ihre Schuldigkeit getan. Das zwingt uns im Interesse der Angeklagten, den Gegenbeweis zu führen. Wir sind... durch die Ausrufung des Reichskanzlers genötigt, die Beweisaufnahme auszuheben und unsererseits noch viele Zeugen zu benennen. Wir müssen es der Staatsanwaltschaft überlassen, den Reichskanzler als Zeugen zu laden, wenn sie glaubt, daß er von den Dingen, über die er Behauptungen aufgestellt hat, wirklich etwas weiß. Wir glauben das nicht und stellen diesen Antrag deshalb nicht.“
 (Verteidiger Heine in der Montags-Sitzung des Roabiter Prozesses.)

„Aber der Umstand, daß der nach der Reichsverfassung zum höchsten Hüter des Rechts bestellte Beamte in ein schwebendes Strafverfahren eintritt und die Ergebnisse der Verhandlung völlig unrichtig und einseitig wiedergeben und einen ganz erheblichen Teil der Beweisaufnahme einfach ignoriert hat, zwingt uns jetzt, den vom Reichskanzler berührten Punkt, ob Ueberschreitungen der Amtsbefugnisse durch die Polizei vorgekommen sind, in breitem Umfang unter Beweis zu stellen... Wir befinden uns nach der Erklärung des Reichskanzlers gleichsam im Stande der Notwehr...“
 (Verteidiger Dr. Heinemann in der Montags-Sitzung des Roabiter Prozesses.)

Ein illustrierter Angeklagter sah am Montag im Schwurgerichtssaal zu Roabit auf der Bank der armen Sünder — Theobald v. Bethmann Hollweg, des Deutschen Reiches Kanzler und Preußens Ministerpräsident. Der höchste Beamte in deutschen Landen, der verantwortliche Vertreter der Obrigkeit, in deren Namen das Recht gesprochen wird, angeklagt des Eingriffs in ein schwebendes Gerichtsverfahren, angeklagt des Versuchs, das Urteil der Richter zu lenken nach seinen Wünschen, unter skandalöser Mißachtung alles dessen, was die Beweisaufnahme des Roabiter Prozesses bis jetzt ergeben hat. Herr Lieber hätte dem Reichskanzler gern die peinliche Anklage erspart — aber er konnte die Verteidigung nicht hindern, ihre Erklärung über die Beweisangebote, die noch zu stellen oder schon gestellt sind, in der Weise zu begründen, wie es ihr die gegenwärtige Situation gebot. Und dabei war an der Rede des Reichskanzlers vom 10. Dezember nicht vorbeizugehen; sie ist vielmehr ein Ereignis, das die Haltung der Verteidigung und den weiteren Verlauf des Prozesses in hohem Maße mit bestimmt.

Herr v. Bethmann Hollweg hat sich wohl nicht träumen lassen, daß er eine solche Antwort erhalten würde. Seine geiragene, löschpapierene-trockene Rede läßt annehmen, daß der Sprecher seine Worte reiflich überlegt. Und sicherlich hat der Kanzler mit voller Ueberlegung den Versuch unternommen, den Roabiter Revolutionspöbel vor den vernichtenden Schlägen der Beweisaufnahme zu retten, das Glas des Tendenzprozesses zu verfluchen, die Öffentlichkeit — deren Einfluß sich auch die Richter nie völlig entziehen können — zur Ignorierung alles dessen zu bewegen, was die Beweisaufnahme über brutale Polizeizeugnisse und empörende Mißhandlungen friedlicher Bürger zutage gefördert hat. Diese Zwecke waren wohl bedacht und gewollt. Aber eins hat der Reichskanzler wohl weniger sorgfältig überlegt, als er in der Art eines Reichsverbandsredners vom Leder zog, als er, unbedächtig um die Würde des ersten Reichsbeamten, unbekümmert um die Pflichten eines zum obersten Hüter des Rechts Bestellten, unbekümmert um die Lasten, wie nur je ein Agitator des Reichsverbandes, den Prozeß seinen politischen Zwecken, der niedrigsten Sozialistenhege dienstbar zu machen suchte. Nicht bedacht hat er dabei wohl, daß die Verteidigung ihm antworten könnte, daß sie gegen dieses Unterfangen, die Aussagen von hundert unansehnlichen Zeugen einfach aus der Welt zu reden, nicht ganz wehrlos ist. Nicht bedacht hat Herr v. Bethmann Hollweg, welchen Eindruck es in der Öffentlichkeit machen muß, wenn die Verteidigung vor aller Welt in feierlicher Rechtsverwahrung erklärt, daß sie sich im Stande der Notwehr gegen den Kanzler des Reiches befindet, daß sie zu weiterer Ausdehnung der Beweisaufnahme gezwungen ist, weil die Lage der Angeklagten verschlechtert ist, weil das Ergebnis der bisherigen Arbeit der Verteidiger in Frage gestellt ist, weil das Recht gefährdet ist durch eine Rede des verantwortlichen Vertreters der Reichs- und der preussischen Regierung.

Herr v. Bethmann Hollweg kann sich nicht damit heranzureden, daß er diese Wirkung seiner Rede nicht gewollt, daß

er sie nicht vorausgesehen habe. Für den Staatsmann, der die Politik eines großen Reiches leiten soll, wäre diese Ausrede schon täglich genug. Aber sie ist überdies unmöglich, da ihn gleich zu Anfang seiner Ausführungen die Zwischenrufe der sozialdemokratischen Abgeordneten auf die Unzulässigkeit solches Eingreifens in ein schwebendes Verfahren aufmerksam gemacht, ihm gesagt haben, daß seine Rede den Versuch darstelle, Rabinettstjustiz zu etablieren. Er hat sich leichten Herzens darüber hinweggesetzt, um den Junkern gefällig zu sein, um die verhasste Sozialdemokratie anschwärzen zu können, um eine Begründung für seine reaktionären Anschläge zu haben, um einen billigen Vorwand für die Antündigung von Ausnahmefällen gegen die Arbeiterbewegung zu gewinnen, deren Ausnahmeharakter unter der Marke des gemeinen Rechts verdeckt werden soll. Er klammerte sich an die paar beiläufigen Bemerkungen, die Genosse Scheidemann in seiner Rede über die Vorgänge in Roabit und über die Ergebnisse des Prozesses gemacht hat — Bemerkungen, die überdies lediglich eine Antwort auf die Versuche der Rechten waren, bei der Beratung des Arbeitslammengesetzes die Roabiter Ereignisse gegen die Arbeiterbewegung auszuschlachten —, um sich den Schein zu geben, als weise er sozialdemokratische Angriffe zurück. Aber er hat sich auf die Zurückweisung der Scheidemannschen Bemerkungen nicht beschränkt, er hat nicht etwa erklärt, wie es allenfalls sein formales Recht gewesen wäre, daß er das, was der sozialdemokratische Redner aus der bisherigen Beweisaufnahme geschlossen hatte, noch nicht für erwiesen anerkennen könne, so lange das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Sondern er hat, dem Urteil vorgehend, sich in prononciertester Weise für die Polizei eingelassen, hat vor aller Welt zu erkennen gegeben, wie er das Urteil des Gerichts gefällt zu sehen wünscht und hat das getan unter eklatanter Mißachtung alles dessen, was über das Verhalten von Polizeibeamten durch die bisherigen Verhandlungen, durch die eidlische Aussage vieler, vieler einwandfreier Zeugen erwiesen ist. Er tat das, obgleich er weiß, obgleich er wissen muß, welsch ein ungeheurer Unterschied es ist, — besonders in Preußen-Deutschland — ob ein Abgeordneter oder ob der Vertreter des Staatsoberhauptes, in dessen Namen Recht gesprochen wird, ob der höchste Vorgesetzte der Staatsanwaltschaft sich über einen schwebenden Prozeß äußert. Wahrscheinlich, selten hat sich ein zur Wahrung des Rechts Verworfener ungenetlicher über die Pflicht der Zurückhaltung hinweggesetzt, die ihm sein Amt auferlegt.

Deshalb mußte die schärfste Antwort erfolgen, die möglich war und die Verteidigung hat sie gegeben. Ihre Erklärung ist eine Brandmarke des Versuchs, Rabinettstjustiz zu provozieren. Und wie eine stotternde Ohrfeige wird in aller Welt die Bemerkung verstanden werden, daß die Staatsanwaltschaft den Kanzler als Zeugen laden möge, wenn sie glaube, daß er über die Dinge, von denen er gesprochen, wirklich etwas wisse.

In den Stand der Notwehr hat der Reichskanzler die Angeklagten und die Verteidigung gesetzt. Und wenn die Mißhandlung jetzt noch länger dauert, als sie nach den bisherigen Entschlüssen der Verteidigung hätte dauern müssen, so fällt Herrn v. Bethmann Hollweg die Schuld daran zur Last. Ihm ist es zuzuschreiben, wenn der Abschluß wieder weiter hinausgerückt wird, ihm, der ein schleuniges, summarisches Standgerichtsverfahren für Fälle, wie die Roabiter, dringend empfiehlt. Natürlich, denn bei solch kurzem Prozeß ist die Verteidigung des Angeklagten aufs schwerste behindert und können sich die Einflüsse der Erregung, die außerordentliche Ereignisse hervorrufen, auf die Richter noch weit stärker geltend machen als nach längerer Frist. Dies summarische Verfahren, das der Reichskanzler auch als ein Mittel gegen die Sozialdemokratie empfiehlt, wäre eine förmliche Brutstätte der schlimmsten Tendenz- und Rabinettstjustiz. Und wenn wir auf die Nachbarstaaten hingewiesen werden, wo dieses Verfahren gilt, so haben wir darauf zu antworten, daß es allenfalls zu ertragen sein mag, wo sonst halbwegs freiheitliche Institutionen bestehen, wo die Demokratie die Sünden der Justiz unter Umständen schnell korrigieren kann — in Preußen-Deutschland aber würde solches Schnellverfahren die Schäden der Rechtspflege, unter der wir schon heute leiden, ins Unerträuliche steigern.

Die Angeklagten und die Verteidigung hat der Reichskanzler durch ein nicht rühmliches Mittel in den Stand der Notwehr setzen können — die Sozialdemokratie, die er treffen wollte, nicht. Das billige Reichsverbandsgerede von der moralischen Schuld an der Roabiter Revolution lockt keinen Hund hinterm Ofen vor. Es ist nur das Eingeständnis, daß der Versuch, die Ururtheile als eine sozialdemokratische Erneuerung hinzustellen, bereits schamhaft mißglückt ist. So zieht sich der Kanzler denn auf die billige Redensart von der moralischen Schuld zurück. Die Sozialdemokratie hat die Erbitterung gefäet, die zu Roabit explodierte, scharf Bethmann und hofft damit die Wähler in den Pöbel des blau-schwarzen Blocks zu treiben. Aber die Tatsachen reden eine zu laute, deutliche Sprache, als daß dieser Versuch, die Dinge auf den Kopf zu stellen, bei den denkenden Wählern Erfolg haben könnte. Wer die außerordentliche Erbitterung schuf, das haben die Verhandlungen des Prozesses doch schon zu eklatant gezeigt. Das hat besonders auch wieder die Montagsverhandlung gezeigt. Grauenhafte Mißhandlungen und Barbaren der Polizei sind bekundet worden, mit den Ausdrücken des

tiefsten Abscheus und der flammendsten Empörung nur hat den Rechtsanwalt Vallien, ein kaiserlicher Mann vom Scheitel bis zur Sohle, von seinen Beobachtungen erzählen können. Scheußlichkeiten sind begangen worden, daß Frauen von Weinen erschüttert wurden, daß Männer vom Krampf erfaßt worden sind. Und was die Freiwilligen Jagows dem entgegenzusetzen hatten, waren wieder Allgemeinheiten, Urteile und das Stereotype: „Von Polizeiausführungen habe ich nichts gesehen!“

Anderer haben sie schauernd erlebt. Und hier ist der Schlüssel für die Erbitterung, für die der Kanzler die Sozialdemokratie verantwortlich machen möchte. Sie kann ruhig auf die Ergebnisse des Prozesses verweisen. Der Kanzler aber wird in diesem Verfahren der Angeklagte bleiben und jeder Tag des Prozesses wird ihn fester auf die Bank der armen Sünder drücken.

Jagows Klage.

Nachdem der „Sozialanzeiger“ vor rund acht Tagen schon mitteilen konnte, daß der Polizeipräsident gegen den „Vorwärts“ wegen des Artikels über die Lokpöbel in Roabit Strafantrag stellen werde, ist dem „Vorwärts“ am Montag die erste amtliche Mitteilung darüber durch eine Vernehmung seines verantwortlichen Redaktors, des Genossen Barth, vor dem Untersuchungsrichter geworden. Die Scherzpresse wird eben von der Polizei gut bedient, den Dank dafür stattet sie ab, indem sie die Berichte über den Roabiter Prozeß in skandalöser Weise tendenziös zurechtfügt, indem sie die Öffentlichkeit in unerhörter Weise über das Ergebnis der Verhandlungen täuscht. Der „Sozial-Anzeiger“ gibt nämlich wohl die Aussagen der für die Polizei günstigen Zeugen wieder, unterschlägt aber konsequent die Zeugnisse über die Verhältnisse der Polizei! Wenn der Reichskanzler sich ein Urteil über den Prozeß nach den Berichten des „Sozial-Anzeigers“ gebildet haben sollte, so hätte er Anspruch auf milde Umstände.

Uebrigens hat Herr v. Jagow nicht bloß Strafantrag gegen unseren Verantwortlichen gestellt, er möchte auch den Verfasser des Artikels wissen und die betreffende „Vorwärts“-Nummer beschlagnahmen. Beide Wünsche sind bis jetzt nicht erfüllt.

Der schwarzblaue Reichskanzler.

Wenn noch jemand zweifeln möchte, daß Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Reichstagsrede sich ganz und gar der Politik der Junker angepaßt hat, so muß jeder Zweifel durch die begehrteste Aufnahme zerstreut werden, die die reaktionäre Presse dieser Rede bereitet. Es war sicher eine recht banale, ja stellenweise geradezu einfältige Rede. So wenn der Kanzler, etwa in der Weise wie der Polizeiseelen um 1800, von dem deutschen Volke sprach, das im Kern gesund, aber von den bösen Leuten, die nicht so wollen wie die Regierung will, „verführt“ sei. Du Ueber Himmel, warum versucht es dann nicht der brave Bethmann mit der „Verführung“?

Er hat ja seiner Meinung nach Recht und Vernunft auf seiner Seite, hat außerdem alle Mittel, auf das Volk einzuwirken; warum will denn dieses Volk, das im Kern gesund ist, durchaus nichts mehr von ihm und seinesgleichen wissen? Und warum wächst schließendlich überall in der Welt die Sozialdemokratie immer machtvoller heran, trotzdem es anderswo sogar Staatsmänner gibt, die immerhin verführerischer sind als preussische Minister?

Wehr wie komisch muß es wirken, wenn der brave Bethmann, der bisher wirklich noch nicht den Beweis erbracht hat, daß er viel politisches Urteil besitzt, pagig verkündet: „Bitterdämmerung gibt es nicht“ oder „der Rausch der Wahlen wird verfliegen“ und ähnliche Urteile von sich gibt, die im Grunde eines Reservelieutenants der „Fliegenden Blätter“ weniger überraschen würden als in dem des sozusagen Ersten Beamten des Reiches.

Aber Verstand haben die Junker nach dem klassischen Ausspruch ihres Rröchers ja auch nie von ihrem Staatsmann verlangt. Und Stärke zu prästieren, hat sich ja Bethmann wirklich außerordentlich bemüht. Freilich ein paar liberale Politiker, deren Eigenschaft es ist nie zu hören, was es geschlagen hat, suchen stets nur zu hören, was sie wünschen, haben versucht, einiges Aufsehen davon zu machen, daß Bethmann keine Ausnahmefälle angekündigt hat. Die Braven haben nicht verstanden, daß Bethmann nur das Wort ablehnt, umso mehr aber den Scharfmachern versprochen hat, die Sache zu fördern. Was Bethmann will, ist in der Tat dasselbe „Schutzgesetz“, das Herr v. Heydebrand so stürmisch verlangt hat. Und die Sache wird nur schlimmer dadurch, daß Bethmann die Bestimmungen gegen die Arbeiterklasse in das allgemeine Recht, vor allem in das künftige Strafgesetz hineinarbeiten lassen will. Der „Vorwärts“ hat in eingehendster und schärfster Weise nachgewiesen, daß der neue Strafgesetzentwurf ohnehin eine große Reihe gefährlichster Ausnahmefestimmungen gegen die Arbeiterklasse enthält. Bethmann will den durch und durch reaktionären Entwurf auf Geheiß der Junker und Scharfmacher noch verschärfen. Wir glauben ihm gerne, daß er, gelänge der Plan, weitere Ausnahmefestsetze nicht mehr brauchte. Wenn aber der Herr Kanzler meinte, daß die Hinterhältigkeit, mit der er Ausnahmefestsetze in Worten abseht, während er zur abscheulichen Tat sich verpflichtet, irgend jemand beirren wird, dann wird er sich wie bisher noch in allen politischen Berechnungen, gründlich täuschen.

Beimanns Rede wird nur aufstülpend wirken und diese Wirkung der Kanzlerrede kann nur gesteigert werden durch die Zustimmung, die sie bei den konservativen Volksfeinden ausgelöst hat. Die „Krenz-Zeitung“ ist natürlich, wie wir ja voraussetzten, entzückt davon, daß der Kanzler die Wahrheit verschwiegen und die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Regierung von allen Parteien behauptete. Die Schwarzblauen wissen, daß dieser Schein der Selbständigkeit nur ihre eigene Herrschaft erleichtert. Ebenso zufrieden ist das Brotwucherorgan mit dem angekündigten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Sie sagt:

Der Reichskanzler erkannte die Unzulänglichkeit unseres Strafverfahrens an, ferner die Notwendigkeit, unsere sozialpolitischen Bestrebungen gegen den politischen Mißbrauch durch die Sozialdemokratie zu schützen, das Bedürfnis einer Reform unseres materiellen Strafrechts, zum Zweck eines Kampfes gegen die verheerende und aufreizende Tätigkeit fanatischer Agitatoren und eines erhöhten Schutzes der persönlichen Freiheit und des persönlichen Selbstbestimmungsrechts. . . Auch wir sind der Meinung, daß die Ausbildung des gemeinen Rechts genügen dürfte, um der revolutionären Umtriebe Herr zu werden.

Und die „Krenz-Ztg.“ sagt zugleich auch, was das nächste Ziel dieses Kampfes ist. Sie stimmt mit Begeisterung dem Programm zu, das Herr Bued formuliert hat, dem Programm der „Niederwerfung und Zertrümmerung der sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Mit beweglichen Worten steht sie den Zentralverband deutscher Industrieller an, sich offen mit den Konservativen zu verbünden, um der Sozialpolitik ein Ende zu setzen und die Arbeiterorganisationen zu zerstören.

Das Programm läßt an Arbeit nichts zu wünschen übrig. Die Junker erklären sich bereit, gegen entsprechende Vergütung in Gestalt der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle für die Industriellen die Rolle politischer Arbeitswilliger zu übernehmen. Und in der Tat, die Rolle der Hingeshen Siebenmonatskinder würde den preussischen Junkern gut anstehen.

Peitschenhiebe gegen Berliner Fürsorgekinder.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte wir am 28. Juli 1909 Mitteilungen über entsetzlich grausame Mißhandlungen, die in der am 1. April 1902 eröffneten „Fürsorgeanstalt“ in Mülschin unter Leitung des Pastors Berthaupt gegen wehrlose Knaben von 16 bis 20 Jahren verübt wurden. 100 Peitschenhiebe und darüber, Fußknechtungen, Fesselungen, Einsperungen — das waren die Erziehungsmittel in der Hölle von Mülschin. Unsere Enthaltungen über die systematischen Maßnahmen zur Ausbreitung des letzten Restes von Menschenwürde aus Kindern, deren sorgfältigste und vorzüglichste Erziehung die Pflicht von Staat und Gemeinde sein sollte, riefen allgemeine Empörung hervor. Aber es fanden sich Blätter — in erster Reihe natürlich der „Vokal-Anzeiger“ —, die die Strafen, unsere Darlegungen als falsch zu bezeichnen und so für die Bestialitäten einzutreten. Auch die „Morgenpost“ ließ sich „von zuständiger Stelle“ telegraphieren, über Mißhandlungen in Mülschin sei nichts bekannt. Unsere Veröffentlichung hatte indes den Erfolg, daß am 20. Juli eine amtliche Revision seitens der Regierung und des Magistrats vorgenommen wurde. Diese Untersuchung befaßte unsere sämtlichen Angaben. Von einigen Blättern abgesehen, die noch immer eine Verschönigung der in Mülschin verübten zum Himmel schreienden Gräueltaten verühten, wurde unser Verlangen, schleunigst alle Berliner Kinder aus Mülschin fortzunehmen und den verantwortlichen Leiter unter Anklage zu stellen allgemein. Magistrat und Stadtverordneten entsprochen trotz wiederholter Bestürzungen, die Kinder doch in der Duellanstalt zu lassen, dem Verlangen, die Kinder von dort fort zu nehmen.

Die Anklage gegen die Mißhandlung hat endlich gestern begonnen. Wir verweisen auf den ausführlichen Bericht an anderer Stelle. Aufschallend ist, daß als Sachverständige nur Personen benannt sind, die mehr oder minder offene Anhänger eines Prägelsystems sind. In der Vernehmung räumte der Pastor Berthaupt die Bestialitäten zum Teil ein. Einen solchen Menschen, der es für angebracht hielt, einem Kinde, das ein Hülmerei entwendet hatte, 100 Peitschenhiebe zu verabfolgen und der auch nicht die Spur einer pädagogischen Vorbildung aufzuweisen vermochte, befehlt man zum Leiter einer Fürsorgeanstalt! Wer dafür verantwortlich ist, steht leider nicht als Angeklagter auf der Anklagebank, sondern soll wohl als Sachverständiger und Zeuge aufmarschieren! Einen Mangel an Vorbildung weisen auch die meisten Mitangeklagten auf. Die an Kindern vollzogenen Bestialitäten zeigen, daß eher die Angeklagten als die armen, solchen Menschen überantworteten Kinder in eine Fürsorgeanstalt gehörten.

Haarsträubende Mißhandlungen der Kinder und der Mangel jeglichen Verantwortungsgefühls bei den Leitern einer Fürsorgeanstalt für die ihnen obliegende Pflicht dachte schon der geistige Tag auf. Eine wahre „Fürsorge“ soll die durch widerliche, soziale Umstände oder durch Anklage geheimten körperlichen, geistigen und moralischen Fähigkeiten der Höglinge wecken, fördern und zur Reife bringen. Die Behandlung in Mülschin zeigt fast noch grauenerregender als die Vorkommnisse in der Colanderischen Blöhmischen Widula, daß in schroffstem Gegensatz zu diesem Zweck die armen hilflosen jungen Leute schlimmer wie wilde Bestien behandelt sind, und, wenn nicht unsere Veröffentlichung ihrer Qual ein Ende bereitet hätte, zu Bestien erzogen wären. Der Prozeß, dessen Dauer auf zwei Wochen berechnet ist, zeigt von neuem, daß das preussische Fürsorgegesetz an Haupt und Gliedern reformbedürftig ist.

Die Wahlen in England.

London, 12. Dezember. Das Interesse für die Wahlen ist stark abgeklaut, da es klar ist, daß in dem Stande der Parteien keine nennenswerte Verschiebung eintritt. Es sind gewählt: 186 Liberale, 228 Unionisten, 32 Vertreter der Arbeiterpartei, 57 Anhänger Redmonds und 6 Anhänger D'Oriens. Die Liberale gewannen 18, die Unionisten 21 und die Arbeiterpartei gewann 4 Sitze. Es sind also noch 153 Mandate zu vergeben.

Die Führer der Regierungsparteien tun sehr zuversichtlich. Minister Churchill erklärte, die Regierung sei mit großer Mehrheit zur Macht zurückgekehrt und habe die Vollmacht erhalten, die Betsfrage vor die Stufen des Thrones zu bringen. Er sei der Meinung, daß die Betsfrage durch die gegenwärtige Wahl endgültig erledigt sei. Noch siegesgewisser ist der Führer der Iren, Redmond, der allerdings auch die Entscheidung über die Regierungsmöglichkeit der Liberalen in der Hand hält. Er erklärte in einer Rede, wenn die Lords bei den jetzigen Wahlen geschlagen würden, würde binnen wenigen Wochen ihr Veto abgeschafft und Somerville angenommen werden.

Ein fürchterlicher Justizmord.

Aus Japan schreibt uns ein Genosse: Seit Monaten werden die Sozialisten von der Regierung unbarbarisch verfolgt und geheht. Man hat sie aller konstitutionellen Rechte beraubt und geht in der Barbarei schon so weit, daß selbst die durch und durch sozialistenfeindliche und reaktionäre Presse Protest erhebt. Vor einigen Monaten hat man ein Dutzend Sozialisten unter der Anklage des Hochverrats verhaftet; seitdem sind in der Provinz fort und fort Verhaftungen unter der gleichen Anklage erfolgt. Nähere Umstände sind nicht zu erfahren, da die Presse weder über die Verhaftungen noch über den stattfindenden Prozeß mitteilen darf. Es heißt, daß 70 Personen verhaftet und 151 in Untersuchung gefügt worden sind. In den letzten Tagen soll der Prozeß vor dem höchsten Gericht — eine Berufung ist also ausgeschlossen — stattgefunden haben. Es heißt, daß 14 oder sogar 40 Todesurteile verhängt worden sind! Das Urteil soll heimlich vollstreckt werden. Auch Dr. L. Koto, der dem Stuttgarter Internationalen Kongreß beiwohnte, ist verhaftet und seine Schriften konfisziert. Von allen Verhafteten fehlen seit Monaten alle Nachrichten.

Soweit unser Genosse. Nun erfahren wir von anderer Seite die fürchterliche Tatsache, daß die unheimlichen Gerüchte nicht getrogen haben. Dr. Denjro Koto, seine Frau und vierundzwanzig Sozialisten und Anarchisten sind unter der Beschuldigung einer „Verschwörung gegen die kaiserliche Familie“ von einem besonderen Gerichtshof im geheimen Verfahren zum Tode verurteilt worden. Dr. Koto ist ein glänzender Schriftsteller, der später sich zum Sozialismus bekehrte und Werke von Karl Marx, Laskoi, Bakunin und Kropotkin übersezt hat. Er gab auch eine Zeitschrift heraus, die der Verbreitung eines kommunistischen Anarchismus diente und von der Regierung unterdrückt wurde.

Der Geheimprozeß, den die japanische Regierung veranlaßt und der zu einem so fürchterlichen Massenmord führen soll, beweist die Barbarei und innere Roheit der herrschenden Klassen Japans. Der beginnende Kapitalismus hat über die japanischen Arbeiter alle Grenzen verhängt, die wir aus den Anfängen des Kapitalismus in Europa kennen. In dem ökonomischen Elend liegt die schwache Schicht der Herrschenden, deren Korruption und Vefschlichkeit in zahlreichen Finanzskandalen zutage getreten ist, die politische Unterdrückung, die vor keinem Mord und keiner Gewalttat zurückschreckt. Erfolg wird dies fluchwürdige Beginnen auf die Dauer nicht haben. Aber es enthält das niedrige Niveau der japanischen Mächtigen und es berichtigt gründlich die voreilige Meinung, als ob Japan heute schon unter die Kulturstaaten zu rechnen wäre.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember 1910.

Sammlungsetztrammel.

Aus dem Reichstag, 12. Dezember. In der heutigen Sitzung kamen außer zwei Staatssekretären nur Vertreter solcher Parteien zum Wort, die die sogenannte Finanzreform mitgemacht haben. So erklärt es sich, daß fortgesetzt die Sammlungsetztrammel zur Bildung einer reaktionären Regierungsmehrheit gerührt wurde.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Riederlen-Wächter, hielt seine Antrittsrede, wobei er schon etwas besser abschnitt, als in der mißglückten Produktion in der gelben Beste aus Bukarest, mit der er vor zwei Jahren im Reichstag debütierte. Mit lächelnder Selbstironisierung meinte er, seine damalige Verteidigung des Auswärtigen Amtes sei nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen worden. Mit einer gewissen Rücksicht auf seine offensichtliche körperliche Indisposition nahm das Haus seine übrigens kurzen Ausführungen wohlwollend ad notam. Inhaltslos hatte er wenig vorzutragen, da er hat, nähere Erörterungen über den Stand der Auswärtigen Angelegenheiten für die Budgetkommission reservieren zu dürfen. Beachtenswert ist nur, daß er beruhigende Zusicherungen über die Verhältnisse in Marokko gab.

Sehr ausführlich wurde dagegen der Staatssekretär für das Kolonialamt Herr v. Lindequist. Ausführlich, aber eigentlich ganz inhaltslos, nur ausgefüllt mit selbstverständlichen Allgemeinheiten war diese Rede, aus der nur hervortrat, daß er einerseits seinem Amtsvorgänger Arenberg hohes Lob spendete, sich aber andererseits sorglich um die Gunst des Zentrums wüßte, die ihm denn auch später durch Herrn Erzberger wohlwollend zugesichert wurde.

Aus dem Hause sprachen die beiden Antisemiten Vattmann und Berner, die Vertreter ihrer zerspaltenen Gruppchen. Beide hehten gegen die Sozialdemokratie und umschmeichelten den Reichskanzler, der in diesen haltlosen Verlegenheitspolitikern allerdings eine würdige Kerntruppe für sein Sammlungsheer erhalten hat.

Der polnische Graf Wieliczynski suchte der schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, sich gegen die brutale Unterdrückung der Polen zu wehren und gleichzeitig die Unterstützung der Finanzpolitik jener jumerlich-bureaucratischen Regierung zu rechtfertigen, auf deren Schuldfonto die habsburgische Unterdrückungspolitik lastet. Dabei verirrte er sich in vieldeutigen Allgemeinheiten, die von der Reaktion ebenso wie von ihren Gegnern zu ihren Gunsten gedeutet werden können. Die Sozialdemokratie wird die polnische Fraktion jedenfalls nötigen müssen, daß sie offen Farbe bekunnt: für oder gegen die Reaktion.

Dann ergriff für das Zentrum Herr Erzberger zu einer mehrstündigen Rede das Wort. Trotz der vorgeübten Zeit überschüttete er das Haus mit dem gesamten Zitatenfund, den er in den Sommerferien aus der Presse zusammen-geschmittet hatte. Die Nationalliberalen, die Freisinnigen, schließlich auch die Sozialdemokraten — letztere mit Reminiszzenzen von 1869 angefangen — wurden wegen ihrer Steuerpolitik harangiert. Gegen die Kolonialpolitik Dernburgs führte er den liberalen Kolonialpolitiker Rohrbach ins Feld. Als leitender Faden schimmerte aber durch den bunten Rosenkranz von Einzelheiten, den er abbetete, deutlich das Bemühen zutage, sich den Weismann-Hollweg u. Co. als freiwilliger Regierungskomiker anzubiedern. Mit Wohlgefallen schauten die Bundesratsmitglieder den Erzbergerischen Bekehrungsstudien zu. Tiefe Nüchternung zude über die Füge des hölzernen Kriegsministers, als der Zentrums-Benjamin den Reserveoffizier und den Kaplan Hand in Hand zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Jugend auf-

marschieren ließ. Offenbar war das eine erste schöne Frucht der Aufforderung von Beuron an die Benediktiner, zum Schutze des Thrones ihren wertvollen Einfluß geltend zu machen. Morgen geht die Debatte weiter.

Eine Leuchte des Nationalliberalismus.

Die Nationalliberalen Hannovers hielten gestern, am Sonntag, einen Spezial-Sonderparteitag, auf dessen Verlauf sich noch kurioser gestaltete als der berühmte Kasseler Generalparteitag. Selbstverständlich fand weiter keine Diskussion noch eine Abstimmung über irgend welche Anträge statt; die ganze sonntägliche Veranstaltung hatte keinen anderen Zweck, als Herrn Wassermann Gelegenheit zu geben, seine Kunst auf dem Gebiete der höheren Wortequilibristik zu zeigen. Und, wie anerkannt werden muß, entledigte sich Herr Wassermann der ihm gestellten Aufgabe mit großer Meisterschaft. Er redete und redete — und sagte im Grunde genommen doch nichts. Unaufhörlich floß der Wortschwall auf die bedauernswerten Zuhörer herab. Sie erfuhren, daß das Meer und die Marine notwendig seien, die Sozialpolitik und die Mittelstandspolitik aber auch, daß im Osten die Liberalen bei den letzten Wahlen Glück gehabt hätten, daß die letzte Reichsfinanzreform schlecht gewesen sei und die nächste besser gemacht werden müßte, daß die preussischen Landräte manchmal die Rolle konservativer Agitatoren spielten und daß es in Deutschland auch Polen und Welfen gibt usw. usw. Eine lange Auseinandersetzung der tiefgründigsten Gemeinplätze, wie sie in der Partei für Bildung und Besitz als Kennzeichen diplomatischer Begabung gelten.

Doch auch auf die letzten Staatsreden im Reichstag ging Herr Wassermann ein. Er erzählte den Anwesenden, daß der Reichskanzler erklärt habe, er stände über den Parteien, und als die Zuhörer ob dieser kuriosen Versicherung lachten, meinte Herr Wassermann ernst: „Wir können doch diese Erklärung nur durchaus begrüßen!“

Dann drückte er seine Freude darüber aus, daß das Philosophengenie von Hohensifon keine Ausnahmegelege gegen die sozialdemokratische Arbeiterchaft plane, verschwiege aber, daß allerlei Ausnahmebestimmungen gegen die „Aufwiegler“ und die Gewerkschaften in das neue Strafgesetz hineingearbeitet werden sollen. Nachdem er in dieser Weise seinen Liberalismus befundet, erhielt die Sozialdemokratie, die er nach Weismannischem Rezept als Urheber der großen Revolution in Moabit hinstellte, allerlei Vorwürfe an den Kopf geworfen. So meinte Herr Wassermann weisheitsvoll:

„Die sozialdemokratische Gefahr sollte von uns allen nicht unterschätzt werden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die sozialdemokratische Hege, wie sie vielfach geübt wird, in den Zeiten der Unruhen den Charakter dieser Unruhen verschärfen muß. Wer in den Tagen von Moabit wie ich den „Vorwärts“ regelmäßig gelesen hat, mußte zu dem Resultat kommen, daß seine Lektüre aufreizend wirken muß. Wenn die Regierung sich auf den Standpunkt stellt, daß gegenüber solchen Unruhen rücksichtslos der Staat seine Organe anwenden muß zum Schutze des Allgemeinwohls, so ist das nicht zu tadeln, sondern zu loben.“

So ging das Getratsche endlos weiter, mehrfach durch Zwischenrufe der anwesenden Sozialdemokraten und Welfen sowie stürmischen Beifall der Rationalmiserablen unterbrochen. Als endlich Herr Wassermann endete, wurde sofort der „Parteitag“ geschlossen. Eine Debatte fand nicht statt. Es war auch des Guten sicherlich genug.

Der Kaiser bei den Triarierern.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft feierte heute im Abgeordnetenhause das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Die Minister und alle sonstigen Größen der Regierung waren erschienen — an ihrer Spitze der Kanzler, der diesmal weder durch ein Jagdbergnügen noch durch den kontinentalen Imperativ abgehalten wurde. Auch S. M. der Kaiser war dort und wurde von seinen allergeeinsten „Triarierern“ stürmisch begrüßt. Wie üblich wurden verschiedene Ansprachen gehalten, unter anderem vom Reichskanzler, vom Landwirtschaftsminister und auch vom Kaiser. S. M. rühmte die Leistungen der Landwirtschaftsgesellschaft, ihren Nutzen für die Entwicklung des Anbaus, der Tierzucht usw. Zum Schluß meinte er noch dem offiziellen Bericht:

„Mit meinen Wünschungen zu der heutigen Jubelfeier verbinde ich herzlichste Wünsche für die Zukunft. Möge die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ihren großen Zielen immer näher kommen, die deutschen Landwirte weiter unter ihren Pflichten sammeln und so auch an ihrem Teile das Band festigen, das alle deutschen Gauen umschließt. Möge sie es sich stets angelegen sein lassen, die Liebe zur heimischen Scholle zu pflegen und in ihren Mitgliedern das Gefühl der Berufstreue und der Berufstreue zu stärken, damit die landwirtschaftstreibende Bevölkerung sich allzeit als ein gesunder und verlässlicher Kern des deutschen Volkes bewähre zu Ruh und Frommen des gesamten Vaterlandes!“

Der ganze Festverkauf zeigt, wenn er auch sonst nichts Ausergewöhnliches bietet, wie sehr sich wieder die Großgrundbesitzer der Gunst der Krone erfreuen.

Antisemiten in den freikonservativen Jagdgründen.

Die Antisemiten Liebermannscher Richtung haben beschlossen, in einer Anzahl freikonservativer Wahlkreise vorzugehen, so in Deutsch-Krone gegen v. Camp, in Rottbus gegen v. Dirksen, in Garburg gegen den jetzigen Vertreter Varenhorst usw.

Die Antisemiten sind erbittert darüber, daß, während sie in ihren Wohnorten und Wahlkreisen für Kandidaten anderer rechtsstehender Parteien arbeiteten, die Freikonservativen jetzt in Marburg, das zu ihrem ältesten Bezirk gehört, einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben.

„Freie“ Wissenschaft.

In einer ausführlichen Erörterung des Berliner Professorenstreits ergreift sich die rechtsnationalliberalen „Hamburger Nachrichten“ in einer wütenden Philippika gegen den Katheder-sozialismus. Das Organ der bonapartistischen Pfefferkade und Reeder fordert mit unverblümten Worten, daß die Wissenschaft, die ja nach den Worten der Verfassung (die allerdings nichts sind, als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen) „frei“ sein soll, noch ganz anders getriebebt werde, als das jetzt schon der Fall ist. Das ehemalige Wismardorgan schreibt:

„Wir halten die katheder-sozialistische Richtung, die durch die Professoren Schmolzer, Wagner und Genossen repräsentiert wird, für eine wahre Kalamität und begründen es freudig, wenn versucht wird, eine Bresche in diese Hochburg eines intoleranten, herrschaftlichen und verbotenen Doktrinismus zu legen. Welche Gefahr die Katheder-sozialisten darstellen, hat vor etwa 1 1/2 Jahren erst der bekannte Universitätsprofessor Richard Ehrenberg in einem beachtenswerten Artikel dargelegt. Er wozf ihnen darin vor, daß sie seit langer Zeit, insbesondere seit der Entlassung des Fürsten Bismarck, in steigendem Maße und mit wachsendem Erfolge die öffentliche Meinung und die Wissenschaft terrorisierten. Ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung ermöglichte es ihnen, den verantwortlichen Staatsmännern wertvolle Dienste zu leisten. Als Gegenleistung erreichten sie Zustimmung zu ihren weitgehenden sozialpolitischen Forderungen sowie fast unbeschränkte Macht bei Befehung der nationalökonomischen Bestreife. Dadurch

Werde die Wissenschaft herabgedrückt zur Dienstkraft der Politik und in ihrem Lebensmarkt, in ihren Würdelsitzen verdorben; Ruhe und Objektivität, Freiheit und Ehrlichkeit der Forschung würden untergraben. . . Der Einfluss, den sie auf das Leben, auf die Politik, durch eine leidenschaftliche, haff- erfüllte Agitation gegen Besitz und „Arbeitsgeber“ ausübten, habe in den betroffenen Kreisen die gleichen Empfindungen, Erbitterung und Haß erweckt. Das sei auch kein Wunder. Kamenlich Adolf Wagner habe mit direkt sozialistischen Gedankenengängen und Begriffen gearbeitet, habe solche sozialistischen Begriffe, durch seine wissenschaftliche Autorität verstärkt, in die Massen getragen und in der Politik mit Erfolg geltend gemacht. Er habe dadurch wesentlich zur Erschwerung der Stellung unserer Unternehmerr beitrugen.

Wir halten die Anklage, die Professor Ehrenberg hier gegen die Kathedersozialisten erhebt, für begründet. Auch Fürst Bismarck war ein ausgesprochener Gegner dieser unheilvollen Richtung; zu seiner Zeit wäre sie nicht zu ihrem jetzigen Einfluß auf die staatliche Politik gelangt. Unserer Ansicht nach ist die Forderung, die gestellt werden muß, daß die Professoren aufhören, in der bisherigen Weise Sozialpolitik und Finanzpolitik zu treiben, oder, was noch besser wäre, daß sie sich auf ihr eigenes Gebiet beschränken, wo noch so viel, ja fast alles zu tun ist, daß sie die politischen den Politikern überlassen, wodurch Wissenschaft wie Politik nur gewinnen würde.

Welchen Begriff muß ein Ausländer von unseren Kathedersozialisten bekommen, wenn er diese Schilderung eines erbitterten Unternehmerrblattes liest. Dabei sind in Wirklichkeit unsere Kathedersozialisten die harmlosesten und zähmsten Menschen, die man sich denken kann. Ueberall, wo der Fortschritt der Zeit und das Volksinteresse eine energische Stellungnahme der angelegentlichen Führer der Nation, denn als solche betrachten sich ja wohl unsere Herren Professoren, erfordert, bleiben selbst die versärfensten der Kathedersozialisten hübsch vorsichtig außerhalb der Gefechtslinie. So zum Beispiel sind unsere Kathedersozialisten geblieben, als es bei dem Verleserleugehen unserer Schorfmacher über die angebliche Noabiter „Revolution“ galt, das Proletariat und seine Organisationen gegen die insamen Verdächtigungen und Verleumdungen in Schutz zu nehmen! Es bedeutet schon eine wahrhaft heroische Tat, wenn sie sich einmal für eine den Junkern oder einer anderen Interessengruppe nicht genehme Steuer, wie die Erbschaftsteuer oder die Wertzuwachssteuer, ins Zeug legen. Dagegen haben unsere Kathedersozialisten es nie an Schwärmerei für Militarismus, Rarismus und Kolonialpolitik fehlen lassen!

Trotzdem herrscht das einflussreiche Unternehmerrorgan die armen Kathedersozialisten wie unruhige Jungen an. Die Professoren sollen sich um die Politik überhaupt nicht kümmern, die Sozialpolitik soll die Nationalökonomien nicht das geringste angehen! Dafür sollen sich die Professoren bedingungslos in den Dienst der kapitalistischen Interessengruppen stellen.

Bekanntlich hat Wilhelm II. die Anregung dazu gegeben, daß unsere Weltmagnaten sich vor dem Staate so steifmütterlich behandeln Wissenschaft nach amerikanischem Vorbild in freigelegter Weise annehmen sollen. Die Folge gabon kann gar keine andere sein, als daß unsere Universitätsprofessoren vollends zu Handlangern der Kapitalinteressen herabstinken!

Dank vom Hause Sabsburg.

Heber Noabiter Politik! wehlagt die „Deutsche Montags-Zeitung“, die neue offizielle und reaktionäre Pressegründung. Sie

Statt dem Himmel zu danken, daß endlich einmal ein politischer Vorgang eine rein kriminelle, rein juristische Seite hat, spielt man den Prozeß ins Politische. Die Wege unserer Beamten sind wirklich oft recht wunderliche. Statt politische Vorgänge in juristische, verwandeln sie juristische in politische Prozeduren. Auch das beispielhafte Maß von Achtung mußte vor solchem Unternehmerr warnen, und man betritt das Reich der unbegrenzten Unmöglichkeit, wenn man nach den Motiven eines Eifers forscht, der so sich, bei klar vorgezeichnetem Zweck, in der Wahl seiner Mittel vergeist. Sollte nun den Maßgebenden denn keiner die Folgen, die eine Divergenz der Juristen ins Politische zeitigen mühte?

Die Staatsanwaltschaft mag sich bei den Hintermännern des Blattes für diese schmeißelhafte Kritik bedanken! Es muß bitter weh tun, für seinen besonderen Eifer und das feinsüßliche Eingehen auf die Intentionen gewisser Stellen von den Soldatenschreibern dieser nämlichen Stellen nach dem Glask der staatsretterischen Aktion so blutig abgerüffelt zu werden!

Die Friedensbedingungen im christlichen Gewerkschaftskampf.

Wie Kardinal Fischer in seinem Hirtenbriefen mitteilt, dankt der Papst nicht an irgendwelche Verurteilung irgendeiner katholischen Organisation. Im Gegenteil: „Er belobt und segnet sie.“ Und was die Gewerkschaftsfrage betrifft, so läßt der Papst durch Kardinal Fischer erklären, daß er in dieser Frage den bisherigen Standpunkt einnehme, daß er nämlich den beiden Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen, den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen, gleichmäßig und neutral gegenüberstehe.

In dieser Frage hätte also weder die Richtung Breslau-Berlin, die es mit den katholischen Fachabteilungen hält, noch die Richtung Köln-M. Gladbach, die auf Seiten der christlichen Gewerkschaften steht, gefehlt. Es bliebe dennoch in der ultramontanen Arbeiterbewegung alles beim alten. Aber der Papst versteht sich nicht ganz bedingungslos zur Neutralität. Er verlangt zunächst, daß für die Zukunft mehr noch als bisher die „spezifisch katholischen Arbeiterorganisationen (Arbeiter, Gesellen- und Jünglingsvereine, Kongregationen usw.) gepflegt und gefördert werden, um so den religiösen, den katholischen Geist in unserer braven katholischen Arbeiterwelt zu pflegen und zu vertiefen.“

Das Interesse für diese „spezifisch katholischen Arbeiterorganisationen“ war durch die christlichen Gewerkschaften etwas in den Hintergrund gedrängt worden, und das war auch der Grund, weshalb namentlich die Bischöfe auf die christlichen Gewerkschaften schon haben, weil diese die Arbeiter zu sehr mit weltlichen Interessen beschäftigten und außerdem der gefährlichen Verführung mit Andersgläubigen aussetzten. Die christlichen Gewerkschaften haben den Kammern der Bischöfe dadurch abzuwenden versucht, daß sie jedes ihrer katholischen Mitglieder verpflichteten, auch einem katholischen Arbeiterverein beizutreten. Aber auch das scheint nicht genügt zu haben, und so erfolgt denn jetzt die päpstliche Mahnung, mehr noch als bisher die „spezifisch katholischen Organisationen“ zu fördern, um auf diese Weise dem verweilenden Biste, das die „brave katholische Arbeiterwelt“ durch die Beschäftigung mit materiellen, gewerkschaftlichen Dingen empfängt, entgegenzuwirken.

Und noch eine zweite Bedingung stellt der heilige Vater in Rom dafür, daß er neben den katholischen Fachabteilungen auch noch die christlichen Gewerkschaften duldet. Er verlangt nämlich, daß der jährliche Kampf zwischen den beiden Richtungen aufhört — eine Bedingung, die, wie Erzbischof Fischer versichert, dem Papste besonders am Herzen liegt. — Es soll nunmehr — so tut das Oberhaupt der römischen Kirche durch den Kölner Kardinal der Welt zu wissen — endlich aller Haß und Mißgunst zwischen den beiden Richtungen auf gewerkschaftlichem Gebiete aufhören. Mögen sie, wenn nicht miteinander, so wenigstens nebeneinander witzeln ohne sich gegenseitig zu beschuldigen und zu befeinden.“

Uns interessiert hierbei besonders die Frage, wie sich die christlichen Gewerkschaften auf diese päpstliche Mahnung hin verhalten werden. Sie haben wiederholt und in den schärfsten Ausdrücken die katholischen Fachabteilungen als arbeiter-schädliche Organisationen bezeichnet und sie mit Streikbrecherorganisationen auf eine Stufe gestellt. Sie haben ebensooft einen Frieden, eine Versöhnung mit der Berliner Richtung als unmöglich bezeichnet und sich verschworen, nicht eher zu ruhen, als bis die Fachabteilungen vom Erdboden verschwunden seien. Sie haben dreistens zu verschiedenen Malen ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrer Organisation gegenüber den politischen Parteien wie der Kirche betont und sich jede Einmischung von außen, komme sie woher sie wolle, in entschiedener Weise verboten.

Jetzt hat die Kirche durch ihr Oberhaupt gesprochen. Sie verlangt von den christlichen Gewerkschaften, daß sie den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen aufgeben. Kein Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind Katholiken. Als solche müssen sie ihrem kirchlichen Oberhaupt folgen. Aber die christlichen Gewerkschaften wollen doch Arbeiterorganisationen sein und als solche sich von niemandem in ihrem grundsätzlichen und tatsächlichen Verhalten hineinreden lassen. Werden sie als Katholiken oder als Arbeiter handeln? Werden sie die Streikbrecherorganisationen (Richtung Berlin) weiter bekämpfen — oder werden sie, um dem Papst zu gehorchen, die Streikbrecherorganisationen als gleichwertig und gleichberechtigt neben sich dulden? Auf ihre Entscheidung in dieser Frage darf man gespannt sein!

Die Ausführung des Reichsvereinsgesetzes.

Der Kampf, den unsere Genossen im Kreise Teltow-Weeslow seit sieben Monaten gegen den Amtsvorsteher in Jossen sowie den Landrat des Kreises Teltow um das Versammlungsrecht in Woyen führen, scheint sich nunmehr doch seinem Ende zu nähern.

Nachdem eine Anzahl von Beschwerden in dieser Sache anhängig gemacht worden, sind endlich zwei Bescheide des Herrn Regierungspräsidenten eingelaufen, worin bestimmt wird, daß die unteren Verwaltungsorgane dem Paragraph 7 des Reichsvereinsgesetzes eine Auslegung gegeben haben, die ihre Befugnisse überschreitet.

Die eine Beschwerde betrifft das Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel, die zu Sonntag, den 8. Mai, nach dem Hofe des Eigentümers Hertel in Woyen einberufen werden sollte. — Der Herr Amtsvorsteher teilte damals mit, daß die Genehmigung hierzu verweigert werden müsse, — da durch diese Veranstaltung in mehrfacher Hinsicht Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei. — Der Herr Landrat erklärte ebenfalls, daß er unter den obwaltenden Umständen nicht anerkennen vermöge, daß es dem Verbot an einer ausreichenden gesetzlichen Begründung fehle, und wies deshalb die Beschwerde als unbegründet zurück.

Der Herr Regierungspräsident ließ jedoch nunmehr dem Beschwerdeführer durch den Landrat folgenden Bescheid zugehen:

Die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel am 8. Mai d. J. auf dem Grundstück des Eigentümers Hertel in Woyen ist Ihnen vom Herrn Amtsvorsteher verweigert worden, weil er Gefahr für die öffentliche Sicherheit befürchtete.

Ich vermag diese Befürchtung nicht zu teilen und habe den Herrn Amtsvorsteher mit entsprechender Anweisung versehen lassen.

Der zweite Fall betrifft eine Versammlung, die zum Sonntag, den 28. August, nach dem Grundstück der Witwe Wulfsch in Woyen einberufen werden sollte. — Der Herr Amtsvorsteher hatte vorher schon zweimal die Genehmigung verweigert, — weil ihm der Zweck der Versammlung nicht mitgeteilt worden war, worauf ihm am 16. August schriftlich erklärt wurde, daß die Versammlung den Zweck habe, — nach einem Verträge des Reichstagsabgeordneten Franz Juchacz Anhänger für die Sozialdemokratie zu werden.“

Der Amtsvorsteher verweigerte trotzdem noch die Genehmigung, weil, wie er mitteilte, die Versammlung in mitten einer großen Versammlung der Sozialdemokratie abgeleiteten Versammlung stattfinden solle, sich hauptsächlich aus Zigeunerarbeitern zusammensetzen würde, Schlägereien in der dortigen Gegend an der Tagesordnung seien, und alle diese Dinge bei ihm die Befürchtung begründeten, daß es zur Störung der öffentlichen Sicherheit kommen könnte.

Auch der Herr Landrat schloß sich in seinem Bescheid vom 16. September dieser Begründung der Ablehnung an und wies auch diese Beschwerde zurück.

Der Herr Regierungspräsident ließ jedoch auch in diesem Falle durch den Landrat folgenden Bescheid zustellen:

Soweit sich Ihre Beschwerde auf das Versammlungsverbot am 28. August d. J. erstreckt, ist sie gerechtfertigt. Dem Herrn Amtsvorsteher in Jossen habe ich in letzter Hinsicht entsprechend anweisen lassen.“

So werden sich ja wohl nun Landrat und Amtsvorsteher unter diese Anweisung bringen müssen. — Alle die Veröfentlichung hat der Beschwerdeführer jedoch nur einen recht problematischen Wert, weil die Gledigung solcher Beschwerden, wie dieser Fall beweist, unter Umständen 7 (sieben) Monate lang auf sich warten läßt.

Die Bürgerauswahlwahlen in Württemberg.

Am vergangenen Freitag fand die Bürgerauswahlwahl in Stuttgart statt. Vierzehn Mandate waren neu zu besetzen. Der Wahlkampf wurde ziemlich scharf geführt. Bei der Bürgerauswahlwahl vor zwei Jahren hatte die Sozialdemokratie 8048 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, 80 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Je näher die Sozialdemokratie dem Ziel gerückt, je mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich zu vereinigen und so die Mehrheit in der Gemeinderatsvertretung zu erlangen, um so erbitterter wird naturgemäß der Widerstand der bürgerlichen Parteien. Dazu kommt, daß das Rekrutierungsgebiet der Arbeiterpartei in der Restburg durch die soziale Schichtung der Bevölkerung seine natürliche Grenze hat.

Unter diesen Verhältnissen ist der Ausfall der Wahl, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch auch nicht unglücklich zu nennen. Unsere Wählerzahl liegt auf 10215, rund 42 Proz. der abgegebenen Stimmen. Die Wählerzahl der bürgerlichen Parteien ging demgemäß zurück. Der Zuwachs an Stimmen reichte leider noch nicht aus, zu den sechs Mandaten, die wir zu verteidigen hatten, ein siebentes hinzuzugewinnen. Die Wahlbeteiligung war für eine Bürgerauswahlwahl ziemlich stark. Es stimmten rund 78 Proz. der Wahlberechtigten ab.

Von sonstigen bemerkenswerten Wahlen seien noch erwähnt: In Wöhring bei Stuttgart eroberten wir sämtliche sechs Mandate, in Unterreichenbach fünf, in Franklenbach und Wendlingen je vier, in Bödingen, Kelllingen, Denaich und Neustadt je drei, in Schwemningen und Geisingen je zwei usw. Selbst in erkatholischen Gemeinden macht die Sozialdemokratie überraschende Fortschritte. Er geht vorwärts auf der ganzen Linie.

Prinz Löwenstein,

aus dessen Stellungen feuchtkranke Schweine nach dem Heideberger Schlachthof verkauft wurden, sucht in einer Verichtigung, die er der „Rannheimer Volksstimme“ sandte, jede Schuld von sich abzuwälzen. In der „Verichtigung“ wird aber angegeben, daß die Schweine so stark herrschte, daß 189 Schweine der Abzweiger abgetrieben werden mußten, und weiter, daß 80 Stück aus diesem versuchten Stalle zum Verkauf für Schlachtzwecke gebracht wurden.

Einige Feststellungen.

Genosse Karl Liebknecht, der kürzlich von seiner amerikanischen Agitationstour zurückgekehrt ist, schreibt uns:

Ich muß nun doch meinem Vorsoy unterwerfen werden, all die Tartarenmachrichten über meine amerikanischen Neben unbeachtet ihres Weges laufen zu lassen.

Ran hat mir eine schauerliche Revolutionprophezeiung in den Mund gelegt: Ueber Ran: werds den deutschen Kaiser ein portugiesisches Geschick heimführen; wer weiß, vielleicht schon morgen. Dreimal föredlich!!

Besagt habe ich etwa: Niemand in Deutschland glaube mehr an das Gottesgnadentum. „Gottes Gnade“ sei auch gar wandelbar. Beweis: Der portugiesische Wirbelsturm über Ran, ein neues Vene-Zeser für alle, die sich lächerlich einbilden, ein aufgeregtes Volk à la Sankt-Perde oder Rekrutenkompanie in alle Ewigkeit terrorisieren zu können. Jede Katerrede à la Königsberg sei ein Stück jenes merkwürdigen historischen Selbstmordes der Monarchie, dem wir natürlich kein Hindernis in den Weg legen. Im übrigen sei das deutsche Kaiserium nicht von „Gottes Gnaden“, sondern von „Kapitalismus Gnaden“, von Gnaden aller Fraktionen des Kapitalismus, einschließlich der junkerlich-agrarischen, und mit ihnen auf Geheiß und Verberb verbunden.

Gegenüber den Illusionen auch mancher amerikanischen Proletarier habe ich die grandios-rückwärtsstolzen Exzesse des amerikanischen Kapitalismus, seine fast völlige Schrankenlosigkeit, seine unerbörliche Gleichgültigkeit gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter und die unverhüllte kapitalistische Korruption der öffentlichen Gewalten scharf gekennzeichnet und betont, daß viele dieser wüsten Ausdehnungen in Deutschland nicht möglich seien; nicht möglich seien: vor allem, weil sich das organisierte, klassenbewußte Proletariat eine entscheidende Wachststellung erobert habe und an vielen gefährdeten Stellen Schutzdämme aufgerichtet habe. Frontierend fügte ich noch hinzu:

Die amerikanischen Arbeiter hätten gewiß keinen Grund, sich vom Hofer stechen zu lassen; ich läme in diesem amerikanischen Gegenabbat fast in Verjudung, deutscher „Patriot“ zu werden. Wenn es aber in Deutschland möglich geworden ist, zu leben, ja wenn es heute eine wahre Lust ist, in Deutschland zu leben, so dank dem freischen und klugen Kampf der stets mächtiger und zielbarer vorkamrierenden Sozialdemokratie! Auf dieses Heilmittel verweise ich die amerikanische Arbeiterschaft.

Auch von „Heimweh“ habe ich drüben gesprochen: in Philadelphia, in New York, in Chicago, in Pittsburg, in Detroit, wo die „Kolozen“ der Republik ganz à la Rheinfeiden und Wandsfeld, à la Hannover, Frankfurt, Halle, Remmünster, Braunschweig, o tutti quanti und à la Noabiter gehaust haben; in Los Angeles, wo soeben eine Klassenjustiztragedie im Gange ist, die ein neues Chicago zu werden droht; angelichts der Kationen und Gefängnisse, die ich auf meinem Zirkuswege allenthalben in der neuen Welt traf.

We ich aber über gewisse Personen denke, die Deutschland zwar beileide nicht regieren, aber doch regieren möchten, sich vielleicht sogar zu regieren einbilden, das habe ich in Amerika wachlich auch deutlich genug gesagt, und da der Herr Reichskanzler das zu zitiieren vergesse hat, will ich es doch nochholen, wenn es auch etwas groß ist: „Von Herrn v. Bethmann Hollweg gilt, was jenes römische Sprichwort besagt: si tacuissis philosophus mansissis; wenn er doch geschwiegen hätte! vielleicht hätte man ihn dann wirklich — wegen des Schweigens — für einen „Philosophen“ gehalten. Er wirkt statet in der Politik wie ein gewisses Tier im Porzellanladen. Die internationale Solidarität der deutschen Sozialdemokratie ist groß; aber ein würden mir Euch amerikanischen Genossen doch um nichts in der Welt abgeben: unsere Verle von Reichskanzler. Gott erhalte und deutschen Sozialdemokraten unseren Bethmann Hollweg in alle Ewigkeit. Amen!“

Oesterreich.

Demission des Ministeriums Bieuert.

Wien, 12. Dezember. Heute nachmittag unterbreitete der Ministerpräsident Freiherr v. Bieuert dem Kaiser die Demission des gesamten Kabinetts. Der Kaiser nahm die Demission an und beauftragte das Kabinet mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

Die Stellung des Kabinetts war unhaltbar geworden, als die Polen drohten, bei der Abstimmung über das Budgetprovisorium aus der Arbeitsmajorität auszutreten. Auf die Frage des Ministerpräsidenten an den Obmann des Polenklubs, ob die Polen für die in Verhandlung stehende Vorlage stimmen würden, erklärte dieser, das nicht verbürgen zu können. Die Polen verlangen vor allem den Ausbau der Wasserstraßen und Kanäle, eine Forderung, der die Regierung aus finanziellen Gründen nicht zustimmen wollte.

Wahrscheinlich wird zunächst die Bildung eines Uebergangsministeriums versucht werden. Dieses Uebergangsministerium hätte die Aufgabe, vom Parlament die Erledigung der Staatsnotwendigkeiten zu verlangen, um so Zeit für die Bildung einer definitiven Regierung zu finden.

Frankreich.

Spekulationsmanöver.

Paris, 12. Dezember. Die Deputiertenkammer fuhr heute mit der Beratung der Interpellationen wegen der übermäßig hohen Zucker- und Spirituspreise fort. Ringuier und Chalamaud sprachen ihr Erschauen aus, daß der Spekulant Santa Maria nicht ausgedrückt worden sei. Der Minister antwortete, das gerichtliche Verfahren sei infolge eines non liquet-Beschlusses eingestellt worden. Schließlich nahm die Kammer durch Handaufheben die von Dupuy gebilligte Tagesordnung an, die das Vertrauen der Kammer zur Regierung dahin ausspricht, daß diese die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Lieferungs-geschäfte in Waren an den Produzentendörfern zu sichern wissen werde.

Rußland.

Neue Infamien.

Petersburg, 12. Dezember. Im Wolgogdaer Gefängnis ließ der Direktor tausend politische Gefangene, die sich über ungenießbare Speisen beklagten, trotz ärztlichen Einspruches durchpeitschen.

In einem sibirischen Gefängnis wurde Jegor Sazonow, der Plehwe getötet hat, zu Tode geprügelt. Auch in diesem Gefängnis werden die politischen Gefangenen mit Ruten gepeitscht. Unter den Gefangenen ist eine Selbstmordepidemie ausgebrochen.

Brazilien.

Unterdrückung des Aufstahrs.

Rio de Janeiro, 12. Dezember. In vergangener Nacht wurden die Reuterer zu fliehen; viele von ihnen wurden gefangen genommen. Die Regierungstruppen besetzten heute früh die Insel das Cobras, wo sich noch einige Aufständische befanden, die keinen Widerstand leisteten. Das Leben in der Stadt nimmt wieder überall seinen gewöhnlichen Charakter an.

London, 11. Dezember. Dem hiesigen brasilianischen Gesandten wird aus Rio de Janeiro telegraphiert, daß der Befehlshaber der Garison Rio de Janeiro während des Bombardements durch einen Schuß ins Bein verwundet wurde. Die Verluste an Menschenleben seien zu Lande nicht bedeutend, doch wurde einiger Sachschaden angerichtet.

Gewerkschaftliches.

Eile mit Weile!

In der „Baugewerkszeitung“ gab der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vor einiger Zeit folgendes bekannt:

„Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat vom Staatssekretär des Innern in Berlin am 17. November dieses Jahres folgendes Schreiben erhalten:

„Dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 10. Oktober, daß die Verhandlungen, welche erforderlich waren, um die Unparteilichen für das Zentralschiedsgericht zu bestellen, noch nicht abgeschlossen sind. Ich hoffe, dem Arbeitgeberbund in stürze endgültig Nachdruck geben zu können.“

Diese Bekanntmachung kann erst richtig gewürdigt werden, wenn berücksichtigt wird, daß der große Kampf im Baugewerbe am 16. Juni durch den bekannten Schiedspruch in Dresden für beendet erklärt und innerhalb einer Woche die Arbeit auch tatsächlich überall aufgenommen wurde. Wie unjener Feiern durch die eingehende Berichterstattung des „Vorwärts“ noch in Erinnerung sein wird, sollten die Streitigkeiten und örtliche Vertragszulege durch die örtlichen Instanzen — Schlichtungskommissionen und Schiedsgerichte — bis zum 15. Juli erledigt und die örtlichen Verträge abgeschlossen werden.

Der Hauptvertrag setzt außerdem noch eine dritte Instanz ein — das Zentralschiedsgericht. Letzteres ist Berufungsinstanz zur Entscheidung grundsätzlicher Angelegenheiten und wenn eine Organisation die Durchführung einer Entscheidung der unteren Instanzen verhindert. Es besteht aus Vertrauensmännern der Parteien und drei Unparteilichen, die der Staatssekretär des Innern ernennen soll.

Es sind nun fast sechs Monate seit Fällung des Schiedspruchs in Dresden verstrichen. Trotzdem sind die Verhandlungen, welche erforderlich waren, um die Unparteilichen zu ernennen, „noch nicht abgeschlossen“. Das scheint also ein schwieriges Werk zu sein. Will diese Aufgabe dem Herrn Staatssekretär auch nicht gelingen? Es wäre doch recht interessant, wenn die Mitwelt erfahren könnte, welche Hindernisse sich der Erledigung dieses Auftrages entgegenstellen!

Die Folgen dieser unerklärlichen Zauderpolitik scheinen für die Beteiligten recht unangenehme Zustände im Gefolge zu haben. Berichtete doch die „Baugewerkszeitung“ über eine große Zahl von Fällen, die der Erledigung durch das Zentralschiedsgericht harren. Die Arbeiterorganisationen haben ebenfalls über eine Menge solcher Streitfragen zu klagen.

So berichtet das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ über einen Streitfall zwischen den Arbeiterverbänden in Frankfurt am Main und dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Frankfurt a. M.

Zur Erledigung der Streitfragen über die Zulage zum örtlichen Verträge im Bereiche des obigen Arbeitgeberverbandes mußte das örtliche Schiedsgericht angerufen werden. Dieses tagte am 18. und 19. Juli unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Luppe in Frankfurt a. M. Es fällte einen Schiedspruch, der 22 Einzelentscheidungen umfaßt. Wenn die Parteien diesen Schiedspruch anerkannten, waren die Streitfragen resillos erledigt. Der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes lehnte aber diesen Schiedspruch ab, verweigerte auch, den Vertrag zu unterfertigen, und verlangte, daß die Arbeiterverbände bis zur Entscheidung des Zentralschiedsgerichts den früheren Vertrag als zu Recht bestehend anerkennen sollten!

Durch diese Verschleppungspolitik der „Mitteldeutschen“ ist im Bereich dieses Verbandes ein latenter Kriegszustand eingetreten. Die Arbeiter sind natürlich sehr erbittert, denn die Verweigerung ihres Rechtes muß bewirken, daß die Benachteiligten aus Freunden des Tarifs zu seinen Gegnern werden.

In einigen Orten, wie Friedberg und Bad Nauheim, ist es zu Arbeitseinstellungen gekommen. Die bestreikten Unternehmer jammerten nun über den Vertragsbruch der Arbeiter.

Letzteres veranlaßte die Vorstände der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Frankfurt a. M., eine Aufklärungsschrift in Gestalt einer kleinen Broschüre herauszugeben, in der sie durch Auszüge aus den Schiedsprüchen in Berlin, Dresden und Frankfurt a. M. und an der Hand des Schriftwechsels mit dem Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, dessen illoyales Verhalten nachzuweisen suchen. Die Arbeitgeber in den Orten mit Differenzen handeln allerdings in gutem Glauben, wenn sie den Arbeiterverbänden Vertragsbruch vorwerfen, denn, wie in der Broschüre glaubhaft nachgewiesen wird, wird ihnen von dem Vorstand ihres Bezirksverbandes die volle Wahrheit nicht mitgeteilt, so daß sie annehmen können, der Vertrag sei bereits abgeschlossen.

Anfolge dieses haltlosen Zustandes in der Tarifpolitik ist die Zahl der Arbeitslosigkeit vom Juni dieses Jahres ab weit größer wie in früheren Jahren und wäre wohl noch größer, wenn die Vorstände der Arbeiterorganisationen nicht für Ordnung sorgten.

sagen die Herausgeber der Broschüre. Das sind zumindest recht sonderbare Zustände, die innerhalb einer Periode des sogenannten wirtschaftlichen Waffenstillstandes im Baugewerbe und nach baldigem Ablauf des ersten Vertragsjahres bestehen. Die Deffinitivität aber wird sich ganz verwundert fragen: Warum konnte das Zentralschiedsgericht noch nicht in Funktion treten? —

Berlin und Umgegend.

Unzureichende Löhne in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Ackerstraße.

Tiefgehende Unzufriedenheit in bezug auf Lohnzahlung macht sich gegenwärtig unter den Badern, Lager- und Werkstattarbeitern in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Ackerstraße, bemerkbar. Außer den sehr spärlich gewährten Lohnzulagen wird lebhaft darüber Klage geführt, daß die Direktion sich beharrlich weigert, die Einstellungsgehälter mit denen der anderen Werke gleichzustellen. Obgleich in den anderen A. E. G. Betrieben die Einstellung benannter Arbeitergruppen mit 40 Pf. pro Stunde erfolgt, wird im Werk Ackerstraße die Einstellung immer noch mit 38 Pf. vorgenommen. — Die in Frage kommenden Arbeiter können es sich nicht erklären, warum eine solche Zurücksetzung erfolgt. Wiederholt ist die Direktion und im besonderen Herr Direktor Jwara auf dieses Mißverhältnis hingewiesen worden; doch leider bisher ohne jeden Erfolg. — Nicht man die hohen Reingehälter, die die A. E. G. im verflochtenen Geschäftsjahre wieder erzielt hat, in Betracht, so ist nicht zu verstehen, warum hier noch Löhne, die als recht minimal bezeichnet werden müssen, gezahlt werden.

Tarifbewegung der Bademeister, Bademeisterinnen und Badeangestellten.

Am Sonntag fand eine gut besuchte Versammlung statt, in der Dettloff über die Frage referierte, ob der Tarif, der jetzt drei Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil bezahlt.

Jahre besteht und im April nächsten Jahres abläuft, gekündigt werden solle. Beim Abschluß desselben hatte das Gewerbegericht den Kontrahenten empfohlen, beim nächsten Tarifabschluß die Zahlung fester Löhne auf der Basis des Wochenlohnes festzusetzen. Da jedoch eine solche Veränderung des Lohnverhältnisses nicht ohne weiteres durchzuführen ist, so soll den Arbeitgebern folgende Forderung unterbreitet werden, die einen Schritt auf dem vom Gewerbegericht empfohlenen Wege darstellt: Die Entlohnung in der Form von sogenannten Trimgeldern soll wegfallen und die jetzt übliche Säge vom Arbeitgeber bezahlt werden, der seinerseits die Gelder vom Publikum einzieht. Der Tarifentwurf enthält, entsprechend den gesteigerten Wirtschaftsverhältnissen, eine Erhöhung der bisherigen Säge. — An Stelle der jetzt bestehenden Arbeitsnachweise, unter denen sich die schädlichen Privatnachweise befinden, soll ein einheitlicher paritätischer Stellennachweis geschaffen werden. Die Kosten sollen beiden Teilen zufallen. Der neue Tarif soll zwei Jahre laufen. Auch wird die Sonntagsruhe gefordert. Jetzt hat das Personal bis 12 Uhr Dienst. Um nun den Arbeitgebern und dem Publikum entgegenzukommen, sollen an Stelle der Sonntagsarbeit Sonnabends die Anstalten statt wie jetzt bis 9 Uhr bis 11 Uhr aufbleiben. — Nach längerer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, den Tarif zu kündigen. Es wurde nach darauf hingewiesen, daß die Organisierten unter dem Wadepersonal Legitimationstafeln besitzen, die sie auf Wunsch dem Publikum vorzuzeigen haben.

Achtung, Handlungsgehilfen! Die bei der Firma Carl Reich, Damsenpuh, Müllerstr. 141, bestehenden Differenzen sind nach heiderseitigem Uebereinkommen voll und ganz erledigt. Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin.

Deutsches Reich.

Verlängerung der Arbeitszeit und Maßregelung

veranlaßte die Maurer des Unternehmens Baloch in Sommerfeld, auf den Bauten der Maschinenfabrik Plötzer in Gassen die Arbeit einzustellen. Herr Baloch schürte seit Monaten die Maurer in rigoroser Weise. Jedem, der gegen seine selbstherrliche Willkür opponiert, droht er mit Entlassung. Nach seiner Debatte ist es der neue Vertrag, der ihm solche Rechte verleiht. Selbstamerweise haben die Sommerfelder Herren diesen Vertrag nicht einmal unterzeichnet anerkannt. Als vor einigen Tagen die 10 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt werden sollte und mehrere Maurer, die dagegen Einspruch erhoben, entlassen wurden, riefen sie über die Massen langmütigen Maurern die Gebuld und lie legten die Arbeit nieder. Hoffentlich gelingt es, den Herrn energisch zur Ordnung zu rufen!

Das Ergebnis der Sicherheitsmännerwahlen im Lugau-Oelsnitzer Revier ist ein Sieg des Verbandes der Bergarbeiter. Es wurden gewählt 19 Verbandsvertreter und 8 konigstreue Snappen.

Die Verwaltung der Zeche „Lufas“, von der wir anerkannten, daß sie sich mit ihren Arbeitern verständiger als bisher irgendein Arbeitgeber im Ruhrrevier auseinandergesetzt habe, weist unser Lob bescheiden zurück und sendet uns folgende Verächtigung:

„In Nr. 285 des „Vorwärts“ vom 8. Dezember 1910 befindet sich auf Seite 4 des Hauptblattes ein Artikel unter der Ueberschrift: „Der Streik auf Zeche „Lufas“ beendet“, in dem behauptet wird, der Direktor der Zeche habe erklärt, die Streikkommission nicht anerkennen zu können, aber dennoch wieder mit ihr verhandelt. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Unterzeichnete, welcher die Streikkommission empfangen hat, hat dieser ausdrücklich erklärt, daß er nicht mit ihr verhandeln könne, und eine Verhandlung über irgendwelche Forderungen hat auch nicht stattgefunden. Weiter heißt es in dem Artikel, der Unterzeichnete habe auf Ehrenwort erklärt, daß die Kontraktbruchstrafen nicht einbehalten werden und auch keine Maßregelungen erfolgen sollten. Auch diese Behauptung ist unrichtig. Eine ehrenwörtliche Erklärung hat der Unterzeichnete nicht abgegeben. Richtig ist dagegen, daß keinerlei Maßregelungen der am Montag, den 6. d. M., angefahrenen Belegschaft stattgefunden haben. Richtig ist ferner, daß laut Anschlag die Belegschaft aufgefordert wurde, ihre Beschwerden bei dem Direktor der Zeche „Lufas“ vorzubringen. Alt.-Ges. zu Stolberg und in Westfalen, Abteilung Kohlenbergbau, Dortmund. Red.“

Den feinen Unterschied zwischen einer Erklärung und einer „ehrenwörtlichen“ Erklärung haben nicht wir, sondern diesen hat der Einsender der Verächtigung hervorgehoben. Wir legen mehr Wert als auf die Form auf die Tatsachen, auf die Ansprüche mit der Kommission, die zwar keine Verhandlung war, aber eine zwar nicht „ehrenwörtliche“, immerhin eine Erklärung brachte, die erfreulicherweise eingehalten wurde. Die Zeche „Lufas“ dieserhalb noch einmal zu loben, werden wir uns allerdings jezt hüten.

Kein Pardon wird gegeben.

Man schreibt uns aus Baden: Nach Forzheim zog ein Fähnlein Regierungsmannen: der Großherzog, Landeskommissar, Vertreter der Fabrikinspektion und ein Geheimer Regierungsrat; sie trachteten nach einem Waffenstillstand im Forzheimer Goldarbeiterstreik. Vergebens war ihre Mission. Der Arbeitgeberverband lehnte schon tags zuvor die von ihm erbetene Teilnahme an einer Aussprache mit dem Metallarbeiterverband ab. Von letzterem erschienen drei Beamte, begleitet von zwei ausgesperrten Kettenmachern. Diese Vertretung der Arbeiterschaft gab den Regierungsgewaltigen gründlichen Aufschluß und belehrte die Staatsgewaltigen, wie es möglich wäre, das Unternehmertum von seiner ertigen und verstockten Auffassung über die Arbeiterforderungen abzubringen. Auch eine Vertretung der „Christlichen“ war herbeigeschrieben, die ihre unmögliche Ansicht über den Streik äußerte. Das Regierungsorgan in Karlsruhe, welches neulich das große Aufgebot der bewaffneten Macht in Forzheim für eine Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung erklärte, muß jezt respektvoll von der Disziplin der ausgesperrten Arbeitermasse sprechen, von denen gegen 9000 eine Unterführung aus der Kasse des Metallarbeiterverbandes beziehen. Die Arbeitwilligen sind in sänder Weise enttäuscht worden und deshalb verbittert; die Regierung hat ihrer Beschäftigung wegen diese Polizei- und Gendarmerienacht aufgegeben. Die Streikenden dagegen befinden sich in einer so zuversichtlichen Stimmung, daß sie sich durch keine Provokationen zu ernsthaften Ausschreitungen verleiten lassen. Die Fabrikanten begnügen sich mit den erbärmlichen Siegesstrophien, die sie beim Gewerbegericht erbeten durch Versammlungsberichte gegen Arbeiter, von denen der Goldarbeiter-Verband Schabenerlach für angeblichen Vertragsbruch erzwingen will.

In der bürgerlichen Presse erheben sich indessen Stimmen, welche dem Unternehmertum, das sich sogar eine Vermittelung des Oberbürgermeisters erbitten hat, ein konstanteres Benehmen empfehlen. Aber der Forzheimer „Ring der Uebelungen“ kennt keine Verhandigung; ohne Pardon sollen die Arbeiter auf die Anie vor dem Paktatum liegen. So geht es dem Feste der christlichen Nächstenliebe entgegen!

Bergarbeiterstreik in Bayern.

In Hausdam sind gestern früh 1300 Bergleute in den Ausstand getreten, nachdem in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Abschluß eines Vergleiches abgelehnt worden war. Aufseherungen sind bisher nicht vorgekommen. Von auswärts werden Gendarmerieverstärkungen erwartet.

Wie und ein Privattelegramm meldet, sind von 1600 Mann Belegschaft nur reichlich 130 eingefahren. Der unterirdische Be-

trieb ruht vollständig. Das Gendarmeriekommando ist auf über 40 Mann angewachsen. Die Streikenden halten musterhafte Selbstordnung. Das Berg will im Ruhrrevier Feizer und Maschinisten anwerben.

Zugung ist streng fern zu halten.

Ausland.

Die Aussperrung der englischen Kesselschmiede.

London, 9. Dezember 1910. (Fig. Ver.) Den vereinten Bemühungen der Regierungvertreter und der den Kesselschmieden nahestehenden Gewerkschaften ist es gelungen, eine Konferenz zwischen den streikenden Parteien zustandzubringen. Diese Konferenz, die gestern stattfand, entwarf einen Vertrag, der in der nächsten Woche den Mitgliedern der Gewerkschaft zur Annahme unterbreitet werden soll.

Der Vertrag bedeutet einen offenbaren Rückzug des Unternehmerverbandes, der jezt einzieht, daß es ihm nicht glücken wird, den Stolz und das Selbstgefühl der Arbeiter, die mehrere Male gegen entwürdigende Bedingungen ein energisches Veto eingelegt haben, zu brechen. Der Entwurf modifiziert den Edinburgher Vertrag in folgenden Einzelheiten: Kommt es in Zukunft zu Streitigkeiten, so soll ein Ausschuß, zu dem die Arbeitgeber und Arbeiter je drei Vertreter stellen, entscheiden, wer den Vertrag gebrochen hat. Die Ausschußmitglieder dürfen nicht dem Betriebe angehören, in dem der Vertragsbruch stattgefunden hat. Die Arbeit darf unterdessen nicht eingestellt werden. Sollte sich der Ausschuß nicht einigen können, so muß ein schon vorher bestimmter Schiedsrichter angerufen werden. Der Ausschuß muß innerhalb sieben Tage zusammentreten und, wo es sich um Reparaturarbeiten handelt, innerhalb dreier Arbeitstage. Das ist ein wichtiger Punkt für die Arbeiter, die sich bis jezt stets darüber beklagten, daß es nach den Bestimmungen des Edinburgher Vertrages schwer sei, zu seinem Recht zu kommen. Die Arbeitgeber schoben die Entscheidung eines Streitfalles in vielen Fällen so weit hinaus, daß man die zur Zeit des Streikfalles herrschenden Arbeitsverhältnisse, die in einer Industrie, in der die Stückerarbeit herrscht, beständig wechseln, nicht mehr feststellen konnte.

Die Forderung einer Geldstrafe für Vertragsbruch haben die Arbeitgeber ganz fallen lassen. Wenn in Zukunft der Vertrag von irgendeiner Partei gebrochen wird, d. h. wenn der Vertragsbruch von dem Ausschuß oder dem Schiedsrichter festgestellt wird, so ist jede Partei verpflichtet, ihr Mitglied nach den Bestimmungen ihres Organisationsstatuts zu verurteilen. Weiter enthält der Vertrag noch Bestimmungen über die Schlichtung ausgedehnter Streitigkeiten, die in ähnlicher Weise geregelt werden sollen.

Höchstwahrscheinlich wird der Vertrag nach diesem Rückzug der Unternehmer zur Annahme gelangen. Die englischen Kesselschmiede haben sich tapfer gehalten; diese Anerkennung wird ihnen jedermann zollen müssen. Sie hätten aber ihren Kampf wie ihre deutschen Kollegen viel eher gewonnen, wenn sie in ihrem Verufe eine bessere Organisationsform besessen hätten. Im Laufe der Jahre haben sich die englischen Arbeiter, ohne viel Lärm zu machen, zu mächtigen Verbänden zusammengeschlossen, die nun den Versuch machen, mittels der sabischen Strategie des Gewerkschaftstums aufzubrechen, indem sie sich auf die isolierten Truppenteile stützen, um sie einzeln niederzuzumekeln. Die Aussperrung der Kesselschmiede hat den organisierten britischen Arbeitern die Augen geöffnet. Hoffentlich werden sie, die der Theorie so wenig zugänglich sind, diese empirische Lehre beherzigen und es nicht bei der Resolution des letzten Gewerkschaftskongresses, die zur Zentralisierung auffordert, bewenden lassen.

Neuer Eisenbahnerstreik in Amerika bevorstehend.

Ein neuer Ausstand der amerikanischen Eisenbahnstellen scheint unvermeidlich. Die 33 000 Lokomotivführer der in westlicher Richtung von Chicago ausgehenden Eisenbahnlinien haben ihren Gesellschaften ein Ultimatum unterbreitet, in der sie eine Gehaltserhöhung von 15 Proz. verlangen. Die Gesellschaften haben dieses Verlangen abgewiesen. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt, um die Eisenbahner zu veranlassen, ihre Forderungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Letzte Nachrichten.

Die Kabinettkrise in Oesterreich.

Wien, 12. Dezember. (W. T. B.) Während der heutigen allgemeinen Audienz äußerte der Kaiser zu einem hohen Würdenträger, er rechne darauf, daß Herr v. Bierenich die Neubildung des Kabinetts durchzuführen werde. Die Session des Abgeordnetenhauses wird noch Ende dieser Woche geschlossen. Die Regierung erwartet keine Obstruktion, sie wird vom Parlament das Budgetprovisorium, den serbischen Handelsvertrag und die Hausordnungreform bewilligt erhalten. Die Mitglieder der nächsten Delegation werden morgen in einer Abend Sitzung gewählt. Nach Schluß der Session werden die deutsch-österreichischen Verhandlungen und die Rekonstruktion bezw. die Neubildung des Kabinetts in Angriff genommen werden.

14 700 000 Kronen für Arbeiterwohnungen.

Kristiania, 12. Dezember. (Breh-Zel.) Eine soziale Bewegung der gesamten norwegischen Arbeiterschaft ist dieser Tage von Erfolg gekrönt worden: Die norwegische Wirtschafts- und Wohnungsbank hat in London eine Anleihe von 14 700 000 Kronen zu 4 Proz. aufgenommen, um billige Arbeiterwohnungen zu schaffen.

Ein Polizistenstreik in Neapel.

Neapel, 12. Dezember. (Breh-Zel.) Unter den Polizisten der Stadt Neapel ist eine Bewegung zugunsten eines Streikes entstanden. In den Lokalblättern sind Aufrufe erschienen, die die Polizisten zur passiven Resistenz und Einstellung ihrer Tätigkeit auffordern, um dadurch eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Der Polizeipräsident hat Schritte gegen die Verfasser dieser Aufrufe, die unter den Polizisten selbst zu suchen sind, eingeleitet.

Die sozialistische Interpellation abgelehnt.

Petersburg, 12. Dezember. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der Reichsduma drohten die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe eine dringende Interpellation wegen Anwendung der Körperstrafe an politischen Verbrechern in den Gefängnissen Wologda und Serentaid ein, insolge deren sich Sjasonotti, der Wörder Plehwe, und zahlreiche andere Gefangene das Leben genommen hätten. In Wologda seien 1000 Gefangene, die die Annahme schlechter Nahrung verweigert hätten, mit Körperstrafen belegt worden, obwohl der Arzt die Hälfte für körperlich schwach erklärt habe. Die Duma hat den Dringlichkeit Antrag mit 121 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Große Warenraubfälle.

Memel, 12. Dezember. (W. T. B.) Große Warenraubfälle wurden auf dem hiesigen Staatsbahnhof von der hiesigen Polizei entdeckt. Der Wert des gestohlenen Gutes geht in die Tausende. Längere Zeit wurden von hiesigen Kaufleuten Abgänge an Waren wahrgenommen, die mit der Bahn anlamen. Durch Hausdurchsuchungen bei drei Bahnarbeitern wurde ein ganzes Warenlager entdeckt, so daß mehrere Wagen zur Fortschaffung nötig waren.

Heute früh beging die Frau des einen Bahnarbeiters Selbstmord.

Reichstag.

99. Sitzung. Montag, den 12. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesrat: v. Weichmann-Gollweg, Dr. Delbrück, Bermuth, Riederlen-Wächter, Lisco, v. Geeringen, v. Zirbig.

Die erste Lesung des Etats

Wird fortgesetzt.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco: Der Herr Abg. Scheidemann hat neulich mitgeteilt, daß der Frankfurter Stadtverordnete Wendel auf Grund einer Rede wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und die Broschüre beschlagnahmt sei. Er hat dies Vorgehen in Verbindung gebracht mit der Rede des Herrn v. Gehdebrand vom 26. November, die er eine Denunziation nannte. Ich kann demgegenüber auf Grund der Akten feststellen, daß die Staatsanwaltschaft in Frankfurt sich bereits Mitte Oktober mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Die Beschlagnahme hat sich verzögert, weil inzwischen auch der Herr Oberreichsanwalt sich mit der Sache beschäftigt hat. Die Justizbehörden sind sich der ihnen gesetzlich obliegenden Pflicht durchaus bewußt und nicht abhängig von Anregungen aus diesem hohen Hause. (Bravo! rechts. Na, na! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lattmann (Wirtsch. Bg.): Der Herr Reichsfinanzminister hat neulich mit Recht die ihm angelegte schwarz-blaue Farbe abgewischt. Wir begreifen es, daß er so scharf betont hat, er sei von keiner Partei abhängig. (Bravo! rechts.) Der schwarz-blaue Bloß ist lediglich ein Phantasiegebilde, bestimmt, um ängstliche evangelische Gemüter zu schrecken. Wenn die Linke sich über die Heranziehung des Zentrums bei der Finanzreform beklagt, so erinnert ich an die Verhandlungen im Bundesrat zwischen dem Reichsfinanzminister und den Bloßparteien, wo man wochenlang verhandelt hat, die Reichsfinanzreform ohne das Zentrum zustande zu bringen. (Hört! hört! im Zentrum.) Aber es war unmöglich infolge des vollständigen Verfalls des Freisinn (Hört! hört! rechts) und deshalb war man gezwungen ob gern oder nicht, die dargebotene Hand des Zentrums anzunehmen. Der Sieg der Liberalen in Labiau-Wehlau ist nur durch die Lüge erreicht worden, als sei an Stelle der abgelehnten Erbschaftsteuer die Rindholzsteuer getreten. Diese beiden Steuern hatten miteinander nichts zu tun. Nicht die Finanzreform an sich, sondern die Unwahrscheinlichkeit, die darüber verbreitet sind, sind schuld an der Unzufriedenheit im Volke. (Sehr richtig! rechts.) Allerdings sind auch Fehler auf Seiten der Regierung und der Parteien in den letzten Jahren gemacht worden. So sind auch wir für die Öffentlichkeit der Landtagswahl in Breukelen, freilich, als der Freisinn im Landtag die große Mehrheit hatte, daß er keinen Finger gerührt, um dies „verrottete“ Wahlsystem zu ändern. (Weiterleit rechts.)

Interessant war, daß diesmal beim Militäratet von dem sozialdemokratischen Redner nicht wieder die alte Behauptung vorgebracht ist, daß infolge unserer Wirtschaftspolitik die Verpflegungskosten des Heeres zu teuer würden. Deshalb haben Sie diesen diesmal kein Wort gesagt? (Abg. Scheidemann: Wir sind keine Wiederläufer wie Sie! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Schulz ruft den Abg. Scheidemann wegen dieses Zwischenrufs zur Ordnung.

Abg. Lattmann (fortfahrend): Die Schindangerede des Abg. Scheidemann.

Vizepräsident Schulz: Sie dürfen nun auf eine gerügte Bemerkung nicht wieder mit einer Beleidigung antworten. Das widerspricht ebenfalls der Ordnung des Hauses.

Abg. Lattmann (fortfahrend) wendet sich des Weiteren zur auswärtigen Politik und spricht gegen den englischen Abrüstungsentscheid. Der Austritt Bernburgs war eine Notwendigkeit, wie der freisinnige Rohrbach selbst anerkannt hat. War doch Bernburg in der Verteidigung des von ihm abgeschlossenen Vertrages bis zur Täuschung des Reichstags und der öffentlichen Meinung gekommen. (Hört! hört! rechts.) Wir begrüßen daher den Wechsel im Kolonialamt und glauben auch die Hand des neuen Herrn im Etat schon zu erkennen. — Sehr bedauert haben wir das Wort des badischen Ministers v. Bodman, die Sozialdemokratie sei eine Kulturbewegung. Die Arbeiterbewegung ist allerdings eine Kulturbewegung, aber kultur- und volksfeindlich ist Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.) Der Herr Reichsfinanzminister hat ja neulich erfreulich frische Töne gegen sie gefunden. (Abg. Ledebour: Doch ein Bewunderer!) Nein, Herr Ledebour, es gibt noch mehr und der Reichsfinanzminister würde mir leid tun, den Sie be-

wundern. (Bravo! rechts.) Die Sozialdemokratie sucht durch ihre Verheerung das sittliche Verantwortlichkeitsgefühl in den Herzen der Einzelnen gegenüber Staat, Familie, Kirche den anderen Ständen und den Arbeitgebern zu erlösen. Bezeichnend ist, daß in einer öffentlichen Versammlung der freien Studentenschaft in Leipzig nach einer Rede des sozialdemokratischen Führers Bernstein zu einer antimonarchischen Demonstration ausarten konnte. Die überwiegende Zahl der Besucher waren allerdings ausländische Studenten resp. russische Juden mit Namen wie Apfelbaum, Mandelbaum usw. (Weiterleit bei den Antisemiten), die Professor Lamprecht als „Deutsche“ eingeschrieben hat. Wir werden aus diesem Anlaß erneut uns gegen das Ueberwuchern der Ausländer an deutschen Universitäten wenden müssen. (Bravo! rechts.) Zu begrüssen ist es, daß der Reichsfinanzminister sich für eine verschärfte Handhabung der bestehenden Gesetze gegenüber der Sozialdemokratie

ausdrückt. Wenn z. B. im Simplissimus ein Bild mit Bezug auf die Revolution in Portugal erscheinen konnte mit der Unterschrift: „Da geht schon wieder eins von meinen Instrumenten flöten“, so muß das dem sittlichen Gefühl des Volkes, besonders auf dem Lande, ins Gesicht schlagen. (Bravo! rechts. Rufen links.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Riederlen-Wächter geht auf die Rammesmann-Affäre ein und spricht den Wunsch aus, daß die Gebrüder Rammesmann sich mit den anderen Interessenten einigen. Was die von Herrn Biemer angeregte Reform des Auswärtigen Amtes anlangt, so habe ich mich darüber hier schon vor zwei Jahren geäußert. Besonders begeisterte Aufnahme haben ja damals meine Worte nicht gefunden. (Große Heiterkeit.) Trotzdem kann ich jetzt, nachdem ich mehrere Monate an der Spitze des Amtes stehe, mir wiederholen, daß mit Fleiß, Gewissenhaftigkeit, Treue und auch mit Erfolg in sämtlichen Büreaus dieses Amtes, auch in den unteren gearbeitet wird.

Das Auswärtige Amt braucht Vertrauen, deshalb bitte ich Sie, Wünsche und Beschwerden nicht hier im Plenum, sondern in der Kommission vorzubringen, dort werde ich mich immer gern offen darüber äußern. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Reichskolonialamtes v. Lindequist: Die Entwicklung unserer Kolonien kann man in dem Worte zusammenfassen: Es geht vorwärts. (Bravo!) Das trifft für alle Kolonien zu, nur in Südwestafrika ist die Entwicklung infolge des Krieges und der Diamantenfunde nicht so stetig. Immerhin markiert gerade diese Kolonie infolge der Diamantenfunde an der Spitze, was die eigenen Einnahmen betrifft. An ein Aufgeben der Kolonien denkt wohl heute kein ernsthafter Politiker mehr. Die Gesamtlastung des Reiches infolge der Entwicklung der Kolonien in den letzten Jahren beträgt 22 Millionen. Gegenüber größeren neuen Projekten wird die Kolonialverwaltung sich großer Zurückhaltung befleißigen müssen, bis die finanziellen Ergebnisse der neuen Eisenbahnen feststehen. Bisher haben sie die Erwartungen übertraffen. Der Alkoholkonsum ist sowohl in Südwestafrika, wie in Togo und Neu-Guinea erfreulich zurückgegangen. Es soll ein einheitliches Bezugswesen für die Landwirtschaft eingerichtet werden, das den Bauern zugute kommen soll, aber auch den Eingeborenen; hier kommt besonders die künstliche Düngung in Betracht. — In allen tropischen Kolonien soll der Baumwollanbau besondere Sorgfalt zugewendet werden. Auch die ausichtsreichen Versuche mit Tabak in einigen Kolonien sollen fortgeführt werden. Bei der Durchführung des umfangreichen landwirtschaftlichen Programms hoffen wir auf die Unterstützung der deutschen Landwirtschaft und des Kolonialkomitees. Die große Mission, die wir mit der Aufsicht der deutschen Herrschaft übernommen haben, die Eingeborenen zu christianisieren und für ihre Gesundheit zu sorgen, können wir nur erfüllen, wenn wir ihnen die Arbeit lohnend machen. Wir müssen die Eingeborenen menschlich und gerecht behandeln, nicht nur, weil wir dadurch das Menschenmaterial brauchbar für unseren Handel machen, sondern weil es die Würde einer kulturell so hochstehenden Nation wie der deutschen verlangt. Damit ist nicht gesagt, daß wir ihnen überall nachgeben sollen, aber große Milde und Weisheit am falschen Platz wird von ihnen leicht als Schwäche ausgelegt, daher muß als Grundsatz bei der Behandlung der Eingeborenen sein: Gerecht und wohlwollend, aber fest. — Mit der Ausdehnung der Selbstverwaltung müssen wir überaus vorsichtig vorgehen. Erstaunlich ist auch die Beteiligung deutschen Kapitals an der Erschließung unserer Schutzgebiete in den letzten Jahren; hieran hat mein Amtsvorgänger zweifellos ein großes Verdienst. Doch brauchen wir neben dem Kapital auch tüchtige und selbständige Einzelarbeiter, ganz besonders in den Siedelungskolonien müssen sie das Rückgrat bilden. — Die Verminderung der Reichszuschüsse erstrebe auch ich; ich bitte aber nicht zu sehr zu drängen. Sie wird nicht möglich

sein ohne Erschließung neuer Einnahmequellen, also ohne Besteuerung der Eingeborenen. Dabei werden wir sehr vorsichtig sein müssen, um nicht durch zu harte Steuern einen Aufstand hervorzurufen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf v. Brudzewski-Mielzynski (Polen): Die linksstehende Presse wirft wegen unserer Haltung bei der Reichsfinanzreform Zugehörigkeit zum schwarz-blauen Bloß vor — als ob Einigung in einzelnen Fragen eine Allianz auf Leben und Tod bedeutet. Die Freisinnigen haben, als die Strahlen der Wiltwischen Sonne sie erwarnten, der Ostmarkenauflage zugestimmt und überhaupt Befehle bewilligt, die auch der wackelste Galatz nicht verweigern wird. (Sehr richtig! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Und den Liberalismus der Rationalisten kennzeichnet die Tatsache, daß auf ihr Betreiben Summen zu Inspektionsreisen bei uns in den Etat eingesetzt sind. Wir haben gar keine Veranlassung, die Leute, die bei uns rumflibben und die Bewölkerung gegen uns aufheben, noch extra zu bezahlen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wir werden keinem Ausnahmefall zustimmen, um so weniger, als wir die unmoralische Verwahrung durch Ausnahmefälle vor Augen sehen. Das Vertrauen in die Justiz ist geschwunden, an den Grundfesten der Staatsautorität ist durch den Versuch, die Naturrechte zu vernichten, gerüttelt. Wenn man davon abgeht, sind wir gern zu positiver Mitarbeit bereit. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Werner (Antis.): Wenn alle Sozialdemokraten so in der Welt herumreisen würden, wie Herr Liebknecht, so würden sie wie dieser befehlt werden und einsehen, daß Deutschland doch nicht so schlimm ist. — Die letzte Finanzreform ist ein großes Werk gewesen; die Herren, die daran nicht mitgearbeitet haben, wie auch die Rationalisten, haben kein Recht, uns jetzt Vorwürfe zu machen. Zu begrüssen ist die Erklärung des Reichsfinanzministers, daß die Arbeitswilligen besser geschäftet werden sollen. Die Veteranenbeihilfe sollte erhöht werden, und zwar mit rückwirkender Kraft. Die soziale Fürsorge muß ausgedehnt werden auf die Einkommen bis 3000 M.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco weist den Vorwurf des Abg. Graf Mielzynski zurück, daß in den polnischen Provinzen die Gerichte nicht objektiv urteilen.

Abg. Erzberger (Z.): Wir sind voll einverstanden mit der Sparpolitik des Herrn Werner. Seine Ausführungen haben bewiesen, daß die Reichsfinanzreform ihren Zweck erreicht hat, die Finanzen des Reiches zu gesunden. Vier und Tabak wollten die Rationalisten viel höher besteuern. 400 Millionen indirekter Steuern wollten die Herren bewilligen und uns machen Sie einen Vorwurf daraus, daß wir 310 Millionen indirekter Steuern bewilligt haben. Dabei wären bei der Verwirklichung des Beuammonopolis, das die Rationalisten wollten, 25 000 neue Beamte nötig gewesen. (Hört! hört!) Die Rationalisten drängen jetzt schon wieder geradezu auf neue Steuern hin. Hand doch Herr Wassermann die neue Militärvorlage noch zu niedrig. Die Rationalisten rechnen offenbar so: kommt eine Erhöhung der Militärvorlage, so wird die Ausdehnung der Erbschaftsteuer notwendig und dann sind wir, die wir beides bewilligen wollen, Hahn im Korbe. (Weiterleit.) Niemand darf behaupten, daß bei Annahme der Erbschaftsteuer eine der indirekten Steuern überflüssig geworden wäre. (Lebhafter Widerspruch links.) Es wäre lediglich eine Verschiebung in den Besteuerungen möglich gewesen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch die Freisinnigen wollten dem Befehl nie mehr als hundert Millionen auferlegen. Die ganze Agitation der Linken gegen die Finanzreform ebnet nur den Weg der Sozialdemokratie. (Sehr wahr! im Zentrum.) Aber auch die Sozialdemokraten haben keinen Grund zu Angriffen gegen die Reichsfinanzreform; denn wie sie in der dritten Lesung zur Erbschaftsteuer gestimmt hätten, wissen sie selbst nicht. (Sehr gut! im Zentrum.) und die Vorksteuer haben sie seit 1809 stets abgelehnt. In einer Berliner Versammlung hat denn auch ein Genosse gesagt, das sei deshalb erfolgt, weil die Fraktion unter dem Einfluß des Börsenberichterstatters der „Frankfurter Zeitung“ siehe. (Abg. David (Soz.): Ein Anarchist! sagte das. Sie glauben es doch selbst nicht.) Oh! es war ein wahrer Genosse. (Weiterleit im Zentrum.) Herr Scheidemann nennt unseren Etat einen für Anklatur. Er darf doch nicht vergessen, daß die Einzelstaaten für Kulturzwecke mehr ausgeben als das Reich für Heer und Flotte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bei uns zahlen die unbedeutendsten Kreise weniger an indirekten Steuern als in Frankreich und England, namentlich auch für Heer und Flotte weniger pro Kopf der Bevölkerung als in England und Frankreich, wo ja die Sozialdemokratie mehr Einfluß hat, als hier, wo man bekanntlich Sozialdemokrat gewesen sein muß, wenn man Ministerpräsident werden will. (Abg. Ledebour (Soz.): Ein heruntergekommener Sozialdemokrat!) Ich

Kleines feuilleton.

Dezembererfröhlung. Ähnlich wie im vergangenen Jahre bringt der Dezember auch diesmal wieder ungewöhnlich milde Tage. Vor Jahresfrist traten diese unmittelbar vor Weihnachten auf; diesmal ereignen sie sich etwas früher; aber es ist nicht ausgeschlossen, daß das abnorme Wetter noch längere Zeit andauert. Denn das außergewöhnlich tiefe Minimum, das bereits am Donnerstag westlich von Irland erschien, hat sich drei Tage hindurch nicht im geringsten von der Stelle bewegt, noch an Tiefe irgendwie abgenommen. Das Zentrum des Sturmwirbels lagerte bis zum Beginn der Woche mit einem niedrigsten Druck unter 74 Millimeter westlich von Irland und erstreckte seinen Bereich bis weit nach Mitteleuropa hinein. Infolge der auf der Vorderseite der anrückenden Depression wehenden Winde aus südlichen Richtungen sind die Temperaturen im ganzen Lande beträchtlich gestiegen; nur in Süddeutschland kam es durch Ausstrahlung nachts zu etwas härterer Abkühlung. Doggen hatte nach Sonnabend früh bereits 10 Grad Wärme, und im Rheinlande wurde tagsüber diese Temperatur stellenweise noch überschritten. Selbst in Norddeutschland stieg das Thermometer vielfach bis nahe an 10 Grad. Die zahlreichen Regenfälle, die hauptsächlich zwischen Weser und Weichsel stattfanden, waren nicht ergebend; vielfach herrschte sogar wolkenloser Himmel mit hellem, bei so mildem Wetter im Dezember ganz ungewöhnlichen Sonnenschein. Wenngleich über dem östlichen Europa noch ein Hochdruckgebiet lagert, so hat dieses doch sehr an Stärke abgenommen, und Rußland ist bis weit ins Innere hinein gleichfalls frostfrei. Auf weihnachtliches Wetter mit Frost und Schnee ist somit, wenigstens in dieser Woche, noch nicht zu rechnen; die Witterung bleibt vorläufig recht mild.

Die Revolutionsgräber unter der Juli-Säule. Aus Paris wird uns geschrieben: Es dürfte wenig bekannt sein, daß der Boden, auf dem sich einst die verabschiedete Zwangsburg des französischen Absolutismus, die Bastille, erhob, jetzt die Gräber zweier Revolutionen birgt. Im Kellergefäß der Juli-Säule befinden sich zwei riesige Sarkophage, die aus einer Schicht ungelöschten Kalks, aus Sand und galbanischer Kohle hergestellt sind. In dem einen sind die Gebeine von 813 Opfern der Juli-Revolution, im anderen die von 480 gefallenen Kämpfern der Februarrevolution aufbewahrt. Das Grab der Februaropfer hat durch die Uebernahme des Frühjahres frost gelitten. Infolge des Durchfahrens des Wassers aus dem nahen Kanal St. Martin senkte sich die Erde und die stehenden Steine gaben nach, so daß eine Öffnung entstand, die die Gebeine bloßlegte. Die dringend notwendigen Reparaturarbeiten sind schon genehmigt worden, nur — das Geld fehlt noch. Dem Sekretariat der schönen Künste ist es vermutlich wichtiger,

etlichen gutempfohlenen Farbensubstanzen mittelmäßige Schinken abzukaufen, mit denen es dann die unglücklichen Verwalter der Provinzmuseen in Verlegenheit bringt.

Theater.

Deutsches Theater: Dithello, Trauerspiel von Shakespears. Für die Entfaltung bunt bewegter Massen, wie Reinhardts Phantastie sie liebt, gab der Dithello wenig Raum. Die Ausstattung hält sich von jedem überflüssigen Prunkte frei. Besonders eindrucksvoll baute sich das Bühnenbild der nächsten Senatensammlung im ersten Akte auf. An der kalten Hinterwand des Zimmers als einziger Wandlampe ein großes venezianisches Gemälde, darunter auf erhöhtem Podium die lange Tafel, an der zu beiden Seiten des Dogen in rötlichem Lichtschein die klugen Berater in glänzendem Denate sitzen. Rahmen und Stil der Verhandlung waren vorzüglich darauf abgestimmt, eine lebendige Vorstellung von dem Patriarchatregiment des alten Venedig und seiner Macht hervorzurufen. Hell und heiter wirkte die Cypriische Hafentabelle mit den Mastenspitzen der Schiffe im Hintergrund. Daß ein Paar Szenen, zur Vermeidung von Zwischenpausen, vor einem farbigen Vorhange gespielt wurden, erwies sich auch hier wieder als glückliche Neuerung. Von der jetzt ins Parket hinausgebauten Vorbühne, deren Zweckmäßigkeit einweisen noch recht zweifelhaft ist, wurde bei dieser Aufführung nur ganz gelegentlich Gebrauch gemacht.

In der Hauptsache — darüberkommen auch die üblichen Ovationen für Reinhard nicht wegzufassen — schloß die Bilanz des Abends mit einem Defizit. Wasser mann, der in dem modern-realistischen Repertoire des Dramatischen Theaters so wunderbar ausgereifte künstlerische Typen schuf, kommt in dem mehr Wucht und Größe als psychologische Raffinements fordernden klassischen Drama über ein unsicheres Experimentieren nicht hinaus. Aus dem heldenhaften Rohren wurde ein breitläufiger Rigger gewöhnlichen Schlags, ein Naturbüch, dem man so wenig die gewonnenen Siege wie Desdemonas Liebe glaubt. Mit einem gemäßig überredenden Plauderton trägt er den Senatoren die berühmte Erklärung, wie ihm Desdemonas Liebe zuteil ward, vor. Wohl zitterten an Stellen auch Töne tiefer herzlicher Führung, aber der Weichheit fehlt, was ihr bei Shakespeare erst Licht und Farbe gibt, der Kontrast der tauben Stärke. Immerhin interessierte die Schärferung der Figur in dieser ersten Szene durch die Reue. Indes kein aufschlagreicher, original frapperanter Zug erschien, der die gewählte Tonart zu rechtfertigen oder auch nur zu erklären vermocht hätte. Die Konturen wurden immer blässer, und die gekauften Aussträuben, die der Intimität zugute kommen sollten, ermüdeten nur die Geduld. Kein Schauer wehte einen an, auch in der Werd-szene nicht.

Umso Shakespearsch-bollblätiger war Wegeners Jago, ein robust geschmeidiger Gallunke in prallern grünen Wams mit breit-

knöchigen Gesicht und starr gestraubtem Haarichopf, ein Kerl, bis zum Rand gefüllt mit Bosheit, erfinderischer Lust am Lügen und teuflischerer Kurage. Wenn er sich lauernd in schadenfrohem Lachen niederbuckte, gleich er einer spukhaft aufgeschlafenen Krokodilgestalt. Und doch empfand man nichts als Uebertreibung. — Elfe Heims war eine schöne, sanfte und liebendwürdige Desdemona. Zum Schluß sei noch Siensfeldts trottelhafter Rodrigo erwähnt, der als Karikatur aus dem Stil der Vorstellung gräßlich herausfiel, aber durch erschütternde Komik alle literarischen Sünden wieder gut machte. Bei der übermäßigen Dauer der Vorstellung — annähernd fünf Stunden — war man für solche kleineren Zerstreuungen um so dankbarer. A.

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde spricht Dienstag Dr. Fr. Hochstetter über die Abschaffung des Neger-Sklavenhandels im Jahre 1806/07. Freitag Dr. K. Wenzel über die Farben, Formen und Bewegungsweisen der Meerestiere (mit Lichtbildern).

— Musikchronik. Ein humoristischer Klaffertabend des Volks-Lieder-Saals wird von Fritz Jacobsohn, der einen einleitenden Vortrag hält, am 13. Dezember veranstaltet.

— Ein neues populäres Konzertunternehmen wird am ersten Weihnachtseierlage im Blüthner-Saale seinen Anfang nehmen. An allen Sonn- und Feiertagen sollen nachmittags bei einem Eintrittspreis von 50 Pf. die besten unserer Gesangsliteratur von ersten Künstlern zum Vortrage kommen.

— Im Zeichen der Operette. Die Komische Oper, deren bisheriger Direktor Hans Gregor an die Wiener Hofoper berufen wurde, ist an die Hamburger Operettenunternehmer Wendiner u. Philip verpachtet worden. Das einzige Berliner Opernhaus, das ernsthafte Opernpolitik betrieb — die Agl. Oper ist bekanntlich gänzlich rückständig — wird dadurch vom 1. September 1911 an auch der Operette ausgeliefert. Das blüde, süßliche Zeug wird also noch in einem Theater mehr herrschen und dem „Zeitgemäßen“ entgegenkommen. Die neuen Unternehmer beherrschen in Hamburg bereits zwei Operettentheater.

— Der erste Waren-Verruf. Als Erfinder des Warenbolschs zu politischen Zwecken nimmt Paul Dehn in einer Abhandlung über „Verrufe“ (im Schmollers Jahrbuch) den großen englischen Satiriker, den Verfasser von Gullivers Reisen, Jonathan Swift in Anspruch. Im Jahre 1699 hatten die Engländer die Ausfuhr von Wolstoffen aus Irland verboten, um die irische Tuchindustrie zu unterdrücken und sich den irischen Markt zu sichern. Darauf forderte Swift, ein Ire, 1723 in seinen „Luchdamblerbriefen“ das irische Volk auf, seine englischen Waren mehr zu kaufen und nur irische Erzeugnisse zu verbrauchen, um die Engländer zu zwingen, Irland anständiger zu behandeln.

Will nicht die hohle Frage stellen, wieviel Brando bei unserer Sozialdemokratie wären, wenn sie hier (auf die Ministerbänke reichend) Platz nehmen könnten. (Sehr gut! im Zentrum.) Auch von kirchenpolitisch ist hier gesprochen; das überschreitet die Kompetenz des Reichstags. Wie wenig die Herren Wasserhahn und Wiemer, die über Modernisierung und Engpässen gesprochen haben, davon verstehen, beweist der Umstand, daß sie die Encyclica pascoendi von 1907 mit der Vorcommissarialis von 1910 verwechselt haben. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) Herr Schweidemann sprach über Portugal und die Jesuiten. Die Ausweisung der Jesuiten in Portugal ist eine Verletzung der Freiheit durch die Republik, und wer diesen barbarischen Akt noch verteidigt, legt Zeugnis ab von seinem rohen Gemüt (Rebhafter Weisfall im Zentrum). — Dem Sach des Reichstagslers: „Keine Ausnahmegesetze“ stimmen wir zu; die Freisinnigen haben ihn auch zugestimmt. Dann haben sie die Pflicht, auch die Ausnahmegesetze gegen das Zentrum zu befechtigen. (Rebhafter Zustimmung im Zentrum.) Die Liberalen werfen dem Zentrum vor, Wahlhilfe verlangt zu haben. Netzen Sie uns nicht auf diesem Gebiete, sonst können wir unsere Wappen aufmachen und erzählen, wie manche Freisinnslandidaten zum Zentrum gekommen sind und um Wahlhilfe gebeten haben. (Zurück rechts und im Zentrum: Kopisch, Unruhe bei der Volkspartei.) Herr Schweidemann sagte, die Wahlstatistik des Zentrums ist eine Kiste gedrohter Ehrenwürder. Nun, die Sozialdemokratie hat schon den Zukunftsstaat versprochen, den wir noch erleben sollen, und was hat sie nicht schon alles in die historische Kumpellammer geworfen, eheines Lohngesetz, Krisentheorie, Verelendungstheorie und was alles. Dr. David hat in seinem verdienstvollen Werk über die Landwirtschaft gesagt, daß die Konzentrationstheorie auf dem Gebiete der Landwirtschaft Schiffbruch erlitten hat und daß das Programm auf diesem Gebiete einer gründlichen Revision zu unterziehen sei. (Abg. Dr. David [Soz.]: Was verstehen Sie von der Konzentrationstheorie!) Um die Wahlformen hat sich überall gerade das Zentrum verdient gemacht; daß das allgemeine geheime Wahlrecht in Bayern und Baden nur dem Zentrum zu danken ist, hat auf dem Tag der Parteitage auch Babel anerkannt; und wenn wir die preussische Wahlreform erreicht hätten, wäre das für Preußen ein großer Fortschritt gewesen. (Zustimmung im Zentrum.)

Die Sozialdemokratie treibt neuerdings eine vergiftete Agitation unter den Rekruten. In einem Flugblatt der Sozialdemokratie, das an Heute verteilt wird, die kurz darauf sich in der Kaserne zu lesen haben, heißt es: „Der Rest der Menschheit wird und jedes proletarische Ehrgefühl wird in der Kaserne aufgetrieben. Wenn es soweit ist, daß der Proletarier auf Vater und Mutter schreit, hat das System, das in der Volksschule begonnen ist triumphiert.“ Diese Agitation der Sozialdemokratie unter den jungen Reuten erschwert außerordentlich die Erziehungsarbeit im Heere, dafür ist mit eine Unmenge Material zugegangen. Die bürgerlichen Parteien sollten dieser Agitation mit aller Macht entgegen treten. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

In der Tempelhofer Feldangelegenheit hat allerdings das Plenum den Nachtragsetat nicht verabschiedet, der dem Kriegsminister das Recht gibt, das Tempelhofer Feld zu verkaufen. Aber die Schuld daran trägt die Budgetkommission, die einstimmig — auch Herr Träger hat dafür gestimmt — genehmigt hat, das Plenum möge diesen Nachtragsetat nicht verhandeln, da darin auch ein Truppenübungsplatz bei Rössen vorgesehen war, und man befürchtete, daß sofort eine wüste Grundstückspekulation in der Rössener Gegend eintreten würde. Man verlangt immer kaufmännischen Geist in der Verwaltung und hier, wo der Herr Kriegsminister diesen kaufmännischen Geist bewiesen hat, stellt man ihn als alten jüdischen Handelsmann hin. (Heiterkeit.)

Hebrigens war keine Rede davon, daß Berlin Spielplätze auf dem Tempelhofer Feld anlegen wolle. Wenn Berlin solchen Wert auf Spiel- und Sportplätze legt, weshalb hat es denn den Friedenauer Sportplatz und den Sportplatz am Kurfürstendamm verkauft. Jetzt, wo Herr Haberland in Friedenau aufschließt, verkauft Berlin an Herrn Haberland. (Hört! hört! rechts.) — Abg. Ledebour: Entschuldigt denn das den Kriegsminister? Der Herr Kriegsminister hat keine Schuld, er hat nur nach dem Beschluß der Budgetkommission gehandelt. (Abg. Gothein: Die Budgetkommission hat überhaupt nichts zu gestatten!) Das habe ich ja auch gesagt; die Schuld trifft hier die Budgetkommission, aber nicht den Kriegsminister. Die Verdienste des früheren Kolonialsekretärs erkenne ich gern an. Aber in das Lob des Herrn Wiemer für ihn stimme ich nicht ein. Meine schweren Vorwürfe gegen seine Diamantverträge halte ich aufrecht, sie sind schlimmer als die Tippelskirch-Verträge, und diese Verträge vom Mai 1910 sind nicht von der Mehrheit des Reichstages gebilligt, wie Herr Wiemer behauptete. An unseren Grundfragen werden wir nicht irren werden, und wir sind überzeugt, daß auch nach den nächsten Wahlen eine starke Zentrumspartei hier wieder erscheinen wird. (Rebhafter Bravo! im Zentrum.)

Nach einigen uninteressanten Bemerkungen des Kriegsministers v. Heeringen und des Staatssekretärs v. Lindequist verläßt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Koppich (Op.): Es war bisher nicht üblich, öffentlich über Privatgespräche zu sprechen. Im übrigen hat das offizielle Zentrum meine Wahl 1907 bekämpft, nicht unterstützt.

Abg. Erzberger (Z.): Nicht ich habe Herrn Koppich genannt, sondern ein vielkinniger Zwitscherer (Abg. Koppich [Op.]: Woher wissen ihn die Herren?). Von mir nicht. Sie sind ja auch überall im Wahlkreis herumgegangen und haben erzählt, der Abgeordnete Erzberger wüßte ihre Wahl. (Große Heiterkeit. Abg. Koppich [Op.]: Das ist unwahr!) Die „Schlesische Volkszeitung“ hat es berichtet.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Fortsetzung der Etatberatung. Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Reichswertzuwachssteuerkommission.

In der Sitzung am Montag wurde zunächst über den zurückgestellten § 21 verhandelt. Es ist darin festgelegt, ob die Steuer vom Veräußerer oder vom Erwerber bezahlt werden soll, um das Reich vor Steuerhinterziehungen und Schablonen zu schützen. Nach langer Debatte wird folgende Fassung beschlossen:

„Für den Fall, daß die Steuer vom Veräußerer nicht beigetrieben werden kann, haftet bei Veräußerungen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen, der Erwerber für die Steuer bis zum Betrage von 2 Prozent des Veräußerungspreises. Die Haftung fällt fort, sobald der Veräußerer einen entsprechenden Betrag gezahlt oder sicher gestellt hat. Die Haftung findet keine Anwendung auf Zwangsversteigerungen.“

Die §§ 38—48 werden mit kleinen Änderungen angenommen. Zu § 49 liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor: Von den Ertragssteuern der Steuer erhalten die Gemeinden 50 Proz. statt 40 Proz., wie es die Vorlage will. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freisinnigen Volkspartei und eines Nationalliberalen abgelehnt.

Der § 49 wurde in der Fassung der Vorlage angenommen. — Man hofft, Dienstag die dritte Lesung beenden zu können.

Die Hölle von Mieltichin.

Die Prügelpädagogik des Fürsorgezögling Mieltichin (Kreis Wittow, Provinz Posen), die im Sommer 1909 durch den „Vorwärts“ aufgedeckt wurde, wird nun endlich — nachdem volle anderthalb Jahre hingegangen sind — vor einem Gericht erörtert. Wegen

der Mißhandlung dort untergebrachter Fürsorgezöglinge Berlin ist das Gericht nicht von dem Berliner Magistrat begw. seiner Waisenverwaltung angerufen worden, sondern von den Rütern zweier Zöglinge, die die Hölle von Mieltichin kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hatten.

Die Ermittlungen hatten sich zunächst nur gegen den Prediger Breithaupt gerichtet, der als Vorsteher der Anstalt gewaltet hatte. Sie wurden aber dann auch auf mehrere seiner Erziehungsgehilfen ausgedehnt, die teils von dem Angeklagten Breithaupt mitbeschuldigt wurden, zum Teil auch in der Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsrichter einander belasteten. Angeklagt wurden schließlich neun Personen, die Angehörte der inzwischen gänzlich geschlossenen Anstalt gewesen waren: der Vorsteher Prediger Friedrich Breithaupt, sein Inspektor Kaufmann Julius Engels, seine Erziehungsgehilfen Schneider Karl Wrasel, Bautechniker Mariin Wendland, Tischler Adolf Profsinsky, Wäschmeister Emil Schäfer, Beamter a. D. Max Niemschneider, Schneidergeselle Georg Lang, Aufseher Richard Habedank.

Anklage

lautet gegen Breithaupt auf Mißhandlung von Fürsorgezöglingen mittels gefährlicher Werkzeuge (Peitschen, Stöcke ufm.) und in einer das Leben gefährdenden Weise, auch auf widerrechtliche Einsperrung von Fürsorgezöglingen, gegen die übrigen Angeklagten auf gleiche Mißhandlungen, außerdem gegen Breithaupt auf Auslieferung hierzu.

Die Sache ist nicht dem Landgericht Gnesen überwiesen worden, das für die in Mieltichin begangenen Straftaten zuständig gewesen wäre, sondern dem Landgericht Berlin III, weil die als Zeugen zu ladenden Zöglinge wieder in die Obhut der Stadt Berlin zurückgenommen worden waren und von hier aus leichter zu erreichen sind. Verhandelt wird vor der Strafkammer I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gaskel. Die Anklage wird vertreten durch Staatsanwaltschaftsdirktor Reiner und Assessor Dr. Simon. Eine der Räter, die Strafantrag gestellt haben, ist auf ihren Antrag als Nebenklägerin zugelassen worden und wird vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Die Verteidigung ist übernommen worden für Breithaupt durch Justizrat Leonhard Friedmann und Rechtsanwalt Jilich, für Engels durch Justizrat Bronker und Rechtsanwalt Hirschfeld. Als Zeugen sind geladen außer zahlreichen Fürsorgezöglingen unter anderem der Pastor Matthies aus Neu-Jelbig (Kreis Wittow), der über die Anstalt Mieltichin eine Art Oberaufsicht in erzieherischer Hinsicht zu führen hatte, sowie der Magistratsrat Voigt aus Berlin, der nach Aufdeckung der Mieltichiner Gräuelt durch den „Vorwärts“ von der Waisenverwaltung nach Mieltichin geschickt wurde, um nuncupate zu revidieren. Als Sachverständige sind in Aussicht genommen unter anderem der Kreisarzt Dr. Boehne aus Wittow, dem eine ärztliche Aufsicht über die Anstalt Mieltichin oblag, sowie der Stadtbezirksrat Dr. Bernstein aus Berlin, der an jener durch die Waisenverwaltung angeordneten Revision teilnahm. Für den Prozeß wird wegen der großen Zahl der den Angeklagten zur Last gelegten Straftaten auf eine Dauer von anderthalb Wochen gerechnet. Wegen der großen Zahl der Zeugen, von denen aber für den ersten Tag nur wenige schon geladen waren, findet die Verhandlung im Schwurgerichtssaal des Landgerichts III statt.

Unter den Angeklagten feilt besonders der Prediger Breithaupt das Interesse. Wer sich erinnert, daß in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rastenberg ihn als einen „dem Neukleren nach angenehme Persönlichkeit“ schilberte, wird etwas enttäuscht sein. Es gehörte nicht viel Schwarzfärbung dazu, diesem Ranne anzusehen, wie sehr er es zu den Aufgaben eines Erziehers zählt, die ihm anvertrauten Zöglinge vor allem seine „harte Hand“ fühlen zu lassen. Der Angeklagte Lang fehlt; die Fälle, an denen er beteiligt ist, sollen abgeernt werden.

Vor Eintritt in die Verhandlung wird die Ladung eines besonderen Sachverständigen für Pädagogik vom Nebenkläger Rechtsanwalt Rosenfeld beantragt. Er empfiehlt den Direktor Pastor Blas vom „Erziehungsheim am Urban“ (Zehlendorf), der darüber vernommen werden soll, welche Grundrisse heute in der Fürsorgeerziehung herrschen und wie von ihnen aus das Verhalten der Angeklagten zu beurteilen ist. Verteidiger Rechtsanwalt Jilich meint, Blas habe über Fürsorgezöglinge keine Erfahrung, da solche in seiner Anstalt nicht seien. Er schlägt vor, die Anstaltsvorsteher Pastor Brederer und Pastor Seiffert aus Strausberg zu laden oder den Pastor Gise von der Inneren Mission. Das Gericht beschließt, als Sachverständigen den als Zeugen geladenen Baron von Lepel, der in der Bobelschwingschen Anstalt Bethel bei Viefefeld eine leitende Stellung hat, zu der Verhandlung hinzuzuladen.

Bei der

Berechnung der Angeklagten

wird zunächst in einem allgemeinen Teil ihr Vorleben bis zu ihrem Eintritt in die Anstalt Mieltichin erörtert und ein allgemeines Bild von den in der Anstalt herrschenden Zuständen entworfen. Die Stadt Berlin hatte dem Evangelischen Verein für Waisenpflege in der Ostmark die Errichtung der Anstalt, durch die er Germanisierungspolitik treiben wollte, überhaupt erst ermöglicht, indem sie verträglich auf 10 Jahre die Ueberweisung von 100—200 Zöglingen zusicherte. Die Anstalt wurde gegründet als G. m. b. H. und erhielt zum Geschäftsführer den Pastor Matthies aus dem benachbarten Neu-Jelbig, der dort eine Waisenanstalt leitete. Matthies machte zum Vorsteher der im April 1909 eröffneten Anstalt Mieltichin den Prediger Breithaupt, der damals 33 Jahre alt war.

Breithaupt's Lebensgang.

Breithaupt, der Sohn eines Predigers, hatte sich zunächst der militärischen Karriere widmen wollen, war aber wegen eines Herzfehlers dann zur landwirtschaftlichen Karriere übergegangen. Später machte er noch auf einem Gymnasium das Abiturientenexamen, studierte Theologie und betätigte sich bis auf weiteres in Bobelschwingschen Anstalt Bethel bei Viefefeld, unter Pastor Philipp im Evangelischen Johannistift bei Berlin und zuletzt in Bobelschwingschen Arbeiterkolonie Hoffnungsthal bei Berlin. Gelegenheit die Behandlung von Fürsorgezöglingen kennen zu lernen, bot sich ihm dabei nicht. Von Bethel aus ging er nur einmal auf ein paar Tage nach der Kolonie Bietingsmoor und sah dort flüchtig die Arbeit an Fürsorgezöglingen. In Hoffnungsthal war er bereits als Seelforger tätig, wie er auch schon vorher seinen Vater in diesem Amt vertreten hatte. Während seines Aufenthaltes in Hoffnungsthal bereitete er sich auf sein zweites Examen vor, wozu er zweimal in der Woche nach Berlin fuhr, um an einem Repetitorium teilzunehmen. Eines Abends ging er dort ein Glas Wein trinken. Als er das Restaurant verließ, bekam er — so erzählte er vor Gericht — plötzlich einen Hieb über den Schädel, fiel bewußtlos um, wurde nach einer Unfallstation gebracht und von da zur Polizeikammer transportiert. Als Bobelschwingschen davon erfuhr, entließ er ihn aus Hoffnungsthal. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, die Polizei habe damals den Vorfall anders dargestellt, doch wolle er nicht weiter darauf eingehen. Im Frühjahr 1909 bestand er sein Examen, und Pastor Matthies machte ihn dann zum Vorsteher der neuen Anstalt Mieltichin, Dr. Wrasel, welche Aufgabe seiner harrte. Allerdings habe er, sagte er vor Gericht, darauf gerechnet, daß ihm nicht ein schwerer, sondern ein leicht erziehbares Material überwiesen werden würde. Die nötige Fähigkeit zu seinem Amt habe er sich zugetraut, obgleich er bis dahin noch in keiner Fürsorgeanstalt tätig gewesen war. Matthies habe vorher mit ihm über die Erziehungsgrundrisse gesprochen. Dabei habe er, Breithaupt, dessen Auffassung über den Erfolg milder Behandlung nicht teilen können, vielmehr habe er den Standpunkt eingenommen, daß man, wo mit Wilden nichts zu machen sei, von Strenge mehr Erfolg zu erwarten habe. Bezüglich der Straftaten sei ihm nur gesagt worden, daß die Disziplinarrichtlinien der Berliner Anstalt Rastenberg anzuwenden seien. Bekannt habe er sie allerdings nicht, vergeblich habe er Pastor Matthies und auch den Inspektor Wuth der Anstalt Rastenberg um Beschaffung eines Exemplares gebeten. „Wie stellten Sie sich denn“, fragte der Vorsitzende, „das nun vor, wie Sie da zu verfahren hätten?“ „Wie ich es für recht hielt“, berichtete der Angeklagte. Er behauptete, auf alle Fälle sei es seine Pflicht gewesen, auf strenge Disziplin zu setzen, um die auf Flucht sinnenden Zöglinge festzu-

halten. Der Vorsitzende hielt ihm vor, daß er nicht nur wegen Fluchtverdacht strenge Strafen verhängt habe. Angell.: „Geman mußte etwas werden, Vorschriften hatte ich nicht, da tat ich, was ich nach bestem Wissen und Gewissen für recht hielt.“

Vorleben der übrigen Angeklagten.

Engels war anfänglich Kaufmann, arbeitete dann von 1900 an in Bobelschwingschen Anstalten, in Bethel als Diakon, dann in Bietingsmoor als Erziehungsgehilfe. Strafen durfte dort nur der Hausvater verhängen, 10—15 Schläge mit dem Rohrstock auf das Gesicht, in schlimmsten Fällen 20 Schläge. Dieses Maximum sei aber später vom Landeshausvater verboten worden. Später ging Engels nach Hoffnungsthal. Nach Mieltichin wurde er durch Breithaupt als Aufseher engagiert, und er zweifelte nicht, daß er diesem Posten gewachsen sei, wie er auch Breithaupt's Befähigung für sein Amt nicht bezweifelte. Der Verteidiger Justizrat Bronker ließ feststellen, daß Engels beim Militär wie in Bethel das Zeugnis vorzüglicher Führung erhalten hat.

Wrasel ist Schneider. Er führte, so gab er selber in seiner Vernehmung an, einen unordentlichen Lebenswandel, ergab sich dem Trunk, wurde wegen Nervenerrüttung in die Charite aufgenommen, rettete sich nach Hoffnungsthal als Kolonist — und wurde von dort durch Breithaupt nach Mieltichin berufen. Er sei als Schneider und Aufseher engagiert worden, habe aber von Erziehung bis dahin nichts verstanden. Das habe auch Breithaupt gewußt. Hier richtete der Vorsitzende an Wrasel und zugleich an die übrigen Angeklagten die Mahnung, sich nicht von einer Mißstimmung gegen Breithaupt leiten zu lassen, die bei ihnen vorzuliegen scheint.

Auch Wendland, der der Sohn eines Regierungsbaumeisters ist und das Bauhandwerk erlernt hat, gibt zu, daß er heruntergekommen sei und in Hoffnungsthal Zuflucht gesucht habe. Von da ging er nach Bethel als Wärter und später rief ihn Breithaupt nach Mieltichin als Aufseher und Erzieher für Fürsorgezöglinge.

Aus geordneten Verhältnissen kam Profsinsky, der Tischler war und wegen Kränklichkeit Stellung in Mieltichin annahm, um in der Anstalt als Tischlermeister tätig zu sein. Daß das eine Aufseherstellung sein sollte, hatte er nicht gemeint. An Breithaupt war er durch Wrasel, den er kannte, empfohlen worden.

Auch Schäfer brachte keinerlei Vorlesnisse für das Amt eines Erziehungsgehilfen mit. Er verließ, ebenso wie Profsinsky, die Anstalt schon nach kurzer Zeit wieder.

Niemschneider hat ziemlich am längsten in der Anstalt ausgehalten. Er war anfänglich Handschuhmacher, brachte es später zum Polizeibeamten in Friedrichshagen, wurde Versicherungsagent, nahm Aufenthalt in Bobelschwingschen Unabthel als Kolonist — und landete durch Breithaupt's Gnade in Mieltichin.

Habedank, ein gelernter Holzbildhauer, war Landarbeiter geworden, ging als Arbeiter nach Bobelschwingschen Lohethal — und wurde von Breithaupt als geeignet zum Posten eines Erziehers für Mieltichin befunden.

Der Vorsitzende verlas dann die Dienstvorschrift für den Inspektor der Anstalt Rastenberg, die auch für Mieltichin hätte gelten sollen. Sie setzt fest, daß nach vorheriger Anordnung des Zögling über ihn verhängt werden können: Verfassung des Besuchs Angehöriger; Strafarbeit; Entziehung der Arbeitsbesolohnung; Entziehung des Urlaubs; Arrest; bei Verstoßen aller anderen Strafmäßigkeiten Körperliche Züchtigungen mit einem Rohrstock bis zu 10, in besonders schweren Fällen bis zu 20 Hieben. Bei Schwächlichkeit oder Kränklichkeit des Zögling sowie bei Verletzung mit mehr als 10 Hieben muß vorher der Arzt gehört werden. Nur mit seiner Zustimmung darf Arrest von mehr als 1 Tag verhängt werden, Arrest von mehr als 5 Tagen bedarf der Genehmigung des Vorsitzenden der Waisenabteilung.

Wie es demgegenüber in Mieltichin gehalten wurde, ergab die weitere Vernehmung der Angeklagten.

Den Angeklagten Breithaupt fragte der Vorsitzende: Was für Strafen haben Sie denn nun aus eigener Machtvollkommenheit festgesetzt? — Angell.: In erster Linie strafen wir mit Schlägen. — Vors.: In erster Linie mit Schlägen? — Angell.: In zweiter Linie mit Einsperrung, in dritter Linie mit Kostentziehung. — Vors.: Wäre es nicht zweckmäßiger gewesen, erst in dritter Linie mit Schlägen zu strafen? Als Pädagoge mußten Sie doch wissen, daß man mit den weniger strengen Strafen beginnt. — Angell.: Das mag sein. Wir haben ja zuerst auch alles in Güte versucht. Dann haben wir zunächst wenig Hiebe gegeben. — Angeklagter gab weiter an, zum erstenmal sei nach 14 Tagen einer geschlagen worden, und zwar der Zögling Vekel, der Zigaretten gestohlen und Fluchtabsichten geäußert hatte. Er, Breithaupt, habe da geglaubt, mit Strenge vorgehen zu sollen. — Vors.: Mit Stock oder Peitsche? — Angell.: Ich glaube, mit der Peitsche. — Der Vorsitzende zeigte zwei Peitschen und eine Kloppeitsche, die als Ueberführungstüde vor ihm lagen. Die gestohlene Kloppeitsche habe, behauptet der Angeklagte, anfänglich zum Kleiderreimigen gedient. Er verächtelt, er selber habe im Vaterhaus manchmal mit solcher Kloppeitsche Schläge bekommen, es habe ihm nichts geschadet. Als die Untersuchungskommission nach Mieltichin kam, war von dieser Peitsche zunächst gar nicht die Rede, erst später kam sie zum Vorschein. Breithaupt will damals nicht an sie gedacht haben. Er hat auch zweimal mit seinem Spezierstock geschlagen, einmal den Zögling Ehrlich, der sich büden mußte, und einmal den Zögling Volkrecht, bei dem er (sagt Breithaupt) „hinschlug, wo es traf“. Daß auch Gummisäppl in Gebrauch waren, gibt er zu. Sie seien für die Aufseher für den Fall einer Zöglingserrebe angeschafft worden, auch zum Schutz gegen Angriffe der polnischen Bevölkerung, die ihn schikanieren und sogar nachts Schüsse gegen seine Wohnung geäußert habe. Auch über Schikanen durch Arbeiter, die bei den Bauarbeiten in der Anstalt beschäftigt waren, befragt er sich. Der Vorsitzende vermutet, daß sie vielleicht nur die von ihnen beobachtete Behandlung der Zöglinge für unrecht hielten. Breithaupt glaubt, er habe bis 50 Schläge geben lassen, daß bis 100 Schläge gegeben seien, bestritten er. 50 habe er nicht für zuviel gehalten. Daß er einmal „200 Schläge“ angeordnet habe, erklärt er für möglich, doch habe er nicht damit rechnen können, daß sie wirklich gegeben würden. 100 Schläge für Entwendung eines Fährerzeis seien gegeben worden, aber gerade hier habe er Strenge für nötig gehalten, weil der Bestohlene der Lehrer Wendler war, der ihm nicht wohlgestimmt gewesen sei und sich sonst vielleicht beklagt hätte. Anfangs pflegte Breithaupt selber zu schlagen, dann mußte Engels heranz, weil es ihm, dem Prediger Breithaupt, „direkt widerwärtig“ gewesen sei. Bedenken über die Härte der Strafe und ihre Folgen hatte er nie, und als Engels solche äußerte, soll er ihm erwidert haben, er müge nur nicht weidherzig sein, 50—100 Hiebe könne ein Junge vertragen. Breithaupt bestrittet das allerdings. Außer Striemen und blauen Flecken habe er keine Folgen bemerkt; wenn später an Zöglingen schlimmere Verletzungen festgestellt worden seien, so müßten sie diese anderswo, aber nicht in Mieltichin erlitten haben. Der Vorsitzende fragte, wie alt denn der Jüngste gewesen sei. Breithaupt behauptete: 16 Jahre.

Die Arreststrafen wurden anfangs in einem finsternen Gaskeller verbüßt, erst später in einer auf dem Boden angelegten Zelle. In verschärften Fällen mußten die Arrestanten während der Nacht ohne Decke auf dem bloßen Fußboden schlafen. Bis zu 14 Tagen mußten manche diese Pein erdulden. Der Vorsitzende hob das hervor, aber Breithaupt versicherte immer wieder, er habe das für nötig gehalten. Staatsanwalt Reiner wies darauf hin, daß in manchen dieser alten Gaskeller eine dumpfe Luft zu finden ist. Aber Breithaupt räumte seinen Keller als luftig. Auch die Fesselung wurde oft zur Strafe des Arrestes hinzugefügt. Der Vorsitzende zeigt eine leichtere Fesselle und später die sogenannte große Kette, mit der eine Hand und ein Fuß gefesselt und der Zögling an die Wand gefesselt wurde. Diese Fesselungen sollen dazu gedient haben, Fluchtversuche zu verhindern. Aber der Vorsitzende stellt fest, daß weder auf dem Keller noch auf dem Boden eingeregneten Zelle eine Flucht zu erwarten war. Die Fesselungen im Arrest war Wasser und Brot; nur an jedem dritten Tag sollte die gewöhnliche Kost eingehalten werden, aber auch das unterließ zuweilen, so daß manche Jungen während des ganzen Arrestes nichts als Wasser und Brot bekamen. Herausgelassen wurden sie nicht

zu einem Spaziergang, sondern nur zur Verrichtung ihrer Bedürfnisse. Straßknechte wurden nicht geführt. Professor Simon als Vertreter der Staatsanwaltschaft, läßt auch feststellen, daß auch in der Strafkolonie die angeblich fluchtverdächtigen Ketten tragen und zwar bei der Arbeit.

Was an sonstigen „Erziehungsmitteln“ in Mietschinn noch in Gebrauch gewesen seien, fragte als Vertreter der Nebenklage der Rechtsanwalt Rosenfeld. Dreihaupt erwiderte, er habe wohl gewußt, daß bei diesen Jungen individuelle Erziehung nötig sei, habe sich persönlich um sie gekümmert, ihre Personalakten studiert, Briefe an die Eltern geschrieben usw. Einen eigentlichen Unterricht gab es noch nicht, auch eine Bibliothek fehlte, aber „geeignete“ Zeitungen waren vorhanden, außerdem wurden Andachten abgehalten und am Sonntag regelrecht Gottesdienst, auf den dann eine Sonntagserholung oder gar ein Spaziergang folgte. Rechtsanwalt Rosenfeld ließ schließlich noch eine Nachtragsfeststellung über die Postenabgabe machen. Dreihaupt sagte, als Strafmittel sei sie nicht angeordnet worden, aber den Zögling Schwarzenberg habe er auf die Posten schlagen lassen, weil er mit den Füßen die Schläge abzuschlagen suchte.

Die anderen Angeklagten stimmten im allgemeinen den Angaben Dreihaupts über das in Mietschinn übliche Straf- und „Erziehung“-System zu. Sie selber seien sich, indem sie die angeordneten Zuchtmaßnahmen vollzogen, nicht bewußt gewesen, daß sie sich strafbar machten. Dreihaupt habe sie über diesen Punkt bewußt, und auf ihn habe man sich verlassen.

Engels bestätigt, daß Dreihaupt einmal Schwarzenberg, weil er strampelte, auf die Fußsohlen schlagen ließ. Gegenüber seiner in der Voruntersuchung gemachten Angabe, daß Dreihaupt für den Zögling Rauthe ausdrücklich 200 Schläge angeordnet habe, erklärte er jetzt, so genau wisse er das nicht. Uebrigens seien dann tatsächlich „nur“ 80 bis 70 Schläge gegeben worden. Geschlagen hat Engels zuweilen auch aus eigener Nachvollkommenheit, weil er Dreihaupts Zustimmung stillschweigend voraussetzte. Engels hatte die Mietschinn angeschlossen müssen. In weissen Auftrag und zu welchem Zweck der Erziehungsgehilfenstand diese angeblich zum Kleiderreinen bestimmte Peitsche hat zusammenzubringen müssen, steht nicht fest. Der Vorsitzende bedauerte, daß der Zeuge Lissander nicht zu finden ist.

Wesbel hat auf seine Bedenken sich einmal von Dreihaupt sagen lassen müssen: „50 Hiebe können die Jungen vertragen.“ Im Arrest wurden die Zustände erst anders, als die Untersuchungskommission dagewesen war.

Wendland hat nie Bedenken gehabt. Ueber Manthe hörte er Dreihaupt sagen: „Und wenn er 200 bekommt!“

Brasinsky soll, wie Dreihaupt angibt, entlassen worden sein, weil er sich zum Erzieher nicht geeignet und besonders bei der Abstrafung Schwarzenbergs ihm sehr mißfallen habe. Er selber erklärt, seine Entlassung sei durch seine Beschwerde über schlechtes Essen veranlaßt worden. Geschlagen habe er nie.

Aus Furcht, entlassen zu werden, hat Schüler die Prügelbefehle Dreihaupts befolgt. Bedenken habe er nicht gehabt, weil Engels ihm gesagt habe: „Der Pastor verantwortet alles.“

Niemtschneider erzählt, daß am Abend vor Ankunft eines Trupps von Fürsorgezöglingen aus Berlin Dreihaupt in einer Besprechung mit seinen Gehilfen gesagt habe, er werde sich morgen einen Jungen herausgreifen und ihm den Ernst der Sache zeigen. Am anderen Tage habe er dann sogleich den Zögling Petel als erzieher verprügelt. Dreihaupt bestreitet diese Aeußerung. Niemtschneider wiederholt seine Angabe unter Beleuerungen. Keiner der anderen Angeklagten erinnert sich jenes Vorfalls, aber Niemtschneider bleibt dabei, er müßte gegen sein Gewissen sprechen, wenn er es anders sagte.

Auch Habebank war sich der Strafbarkeit nicht bewußt. Es wird dann in die

Beweiserhebung

eingetreten und mit den Zeugenvernehmungen begonnen.

Magistratsrat Dr. Voigt berichtet über die Gesichtspunkte, welche bei Abziehung der Zöglinge aus Lichtenberg nach Mietschinn maßgebend gewesen seien, und über das Material, welches in Frage komme. Es wird dabei auch die Frage erörtert, ob man nicht einen Fehler begangen habe insofern, als man nach Mietschinn Zöglinge geschickt habe, die wenig geeignet waren zum Aufenthalt in einer offenen Anstalt. Die Jungen, die nach Lichtenberg kommen, seien schon nicht die besten. Wie die Auswahl der Jungen, die nach Mietschinn kamen, stattgefunden, weiß der Zeuge nicht. Dagegen bekundet er, daß in allen Vorberhandlungen immer darauf hingewiesen worden sei, daß in Mietschinn die Disziplinarbestimmungen der Lichtenberger Anstalt sinngemäße Anwendung finden sollen. Es sei kaum denkbar, daß der Leiter der Anstalt nicht in den Besitz der betr. Anweisung gekommen sein sollte. — Der Vorsitzende weist in einer Zwischenbemerkung hin auf die Blaudt des Zögling Ruppert, auf die an die Kaiserverwaltung gerichtete Beschwerde seiner Eltern, auf die Veröffentlichungen im „Vorwärts“, die zur Entsendung einer Untersuchungskommission führten. Zeuge war im Auftrage der Kaiserverwaltung zusammen mit dem Stadtverordneten Dr. Bernstein in Mietschinn. Da er wußte, daß er bei der Zeugenvernehmung mit Zeugen zu tun hatte, die nicht gerade die besten seien, habe er nur das als festgestellt in seinem Bericht angenommen, was mit den eigenen Angaben der Angeklagten übereinstimmte und was der Anblick an Ort und Stelle selbst benötigte. So habe der Anblick der mit Fußketten herumlaufenden Zöglinge geradezu abförend gewirkt. Dreihaupt habe ihm selbst zugegeben, daß er 50 Hiebe erteilen lassen. Dreihaupt habe bei den Untersuchungsmaßnahmen den Eindruck eines feilsch gebrochenen Mannes gemacht. Der Zeuge hat seinerzeit den Eindruck gehabt und auch in seinem Bericht wiedergegeben, daß Pastor Dreihaupt wohl nicht gebauen habe, um zu bauen, daß er sich vielleicht nicht bewußt gewesen, durch seine Maßnahmen die Grenzen des erlaubten Zuchtungs-

rechts zu überschreiten und daß er, wenn ihm das Unangemessene dieser Erziehungsmethode streng klar gemacht wurde, er vielleicht noch weiter an seiner Stelle bleiben könnte. Der Betrieb in Mietschinn sei damals leider noch nicht vollständig hergestellt gewesen, es wurde noch gebaut und Pastor Dreihaupt klagte darüber, daß die Bauarbeiter häufig den Fluchtplänen der Zöglinge Vorschub leisteten.

Inspektor Buth, der früher die Anstalt Lichtenberg leitete und jetzt pensioniert ist, bekundet über die Auswahl der nach der offenen Anstalt Mietschinn zu sendenden Zöglinge, daß kein Zögling „abgehoben“ worden sei, nur um ihn los zu werden. Buth wurde selber vom damaligen Vorstehen der Kaiserverwaltung nach Mietschinn geschickt, um sich die Anstalt anzusehen. Er hat aber mit Dreihaupt nicht eingehend über Erziehungsfragen gesprochen, weil das „Richterverständnis hätte hervorgerufen“ können und ihm „unter Umständen einen Rufel von der Kaiserverwaltung eingebracht“ hätte. Buth hat nur ans Herz gelegt, daß nicht die Aufseher die Zöglinge schlagen dürfen. Er erinnert sich, daß Dreihaupt brieflich um die Lichtenberger Anstalt gebeten habe. Vorl.: „Wie kam es, daß sie nicht geschickt wurde?“ Zeuge: „Ich hatte gar keine Befugnis dazu.“ Die Verteidiger Rechtsanwalt Müllich und Rechtsanwalt Diefelweil weisen auf die Qualität der aus Lichtenberg überwiesenen Zöglinge hin. Buth erwidert, Dreihaupt selber habe sich im ganzen lobend geäußert und nur zwei oder drei als „böse Burschen“ bezeichnet.

Zeuge Dentschel, der erste Lehrer in der Lichtenberger Anstalt und Vertreter des Erziehungsinspektors, bestätigt, daß bei der Auswahl der nach Mietschinn zu schickenden Zöglinge nicht der Gedanke vorgehakt habe, die schlimmsten Elemente los zu werden. Als er die Mietschinner Anstalt besichtigt, habe er gefunden, daß sie äußerlich einen „ausgezeichneten“ Eindruck machte. Er hat verschiedene Zöglinge gefragt, ob es ihnen dort gefalle und die Antwort erhalten: „Sehr gut.“ Einzelne erklärten, sie möchten nicht wieder zurück, sondern möchten dort bleiben; keiner hat erzählt, daß er geprügelt worden sei. Pastor Dreihaupt, mit dem er sich unterhalten, habe ein äußerst warmes Herz (?) für die Jungen zu haben. Er äußerte sich u. a. dahin, daß er ihnen hohe Abneigungen schreiben wolle, damit sie sich nach einigen Jahren ein Anwesen kaufen könnten. Er hat wiederholt gesagt, daß für ihn die Dienstvorschriften in Lichtenberg maßgebend seien und hat nicht zu erkennen gegeben, daß er die Disziplinarvorschriften vernichte. Daraus wird die Verhandlung auf heute um 9 Uhr vertagt.

Eingegangene Druckschriften.

Handarbeit für Knaben und Mädchen. 1. Papparbeit von Chr. F. Wocome. — 2. Nadelarbeit, Puppenarbeiten. — 3. Spielzeug aus eigener Hand. Nr. 1 R. — B. G. Leubner, Leipzig. — Heinrich von Hebers Gedichte, aus den Werken und dem Nachlaß angeordnet und eingeleitet von Dr. Kautler. 1.50 R., geb. 2.50 R. — Der Galsenpeter und anderes. Gedichten aus Tirol von A. Pöschl. 1.50 R., geb. 2.50 R. — „Die Tele“, München.

Gelegenheitskauf!
Wollene
Schlafdecken
St. 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁰⁰ 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ M.
für dicke
Fries Portieren
alle Farben
Meter 1,75, 2,50 bis 4,50.
Abgepaßte Friesmütel
2,25-8 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefevre,
Berlin, Oranienstraße 158.

Santa Lucia
BLEIBUNGEN
Weihnachts-Getränk
feurig süßer
Kraft-Rotwein
Flasche
1.50 u. 2.00

AUF Teilzahlung eventuell ohne Anzahlung
Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Läuferstoffe, Uhren, Spiegel, Bilder, Herren- und Damenkonfektion, Betten, Bettwäsche.
50 Pfg. wöch.
Bitte Besuch oder Postkarte.
M. Meisels, Kottbuser Str. 7, am Kottbuser Tor, an d. Hochbahn.

Gez. 1894
Palzwaren.
Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
(Ordonnanzhaus)
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu
billigsten Preisen
Pelz-Stolas
Muffen
Eislaufbretts.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntags geöffnet.
Kein Katalog.

Hesse, Dresden
Das beste u. liebste Geschenk
sind jeder Dame einige
Straußfedern.

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie
8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen
(auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.
Sophien-Säle **Pracht-Säle Alt-Berlin**
C. 54, Sophienstr. 17-18 **Blumenstr. 10**
Tel. III 2783 **Tel. VII 3095**
Inhaber: **Paul Baatz.**

Rheumatismus
Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Gichtwulst usw. sind oft untraglich, daher gebrauche man sofort
Reichels
„Electricum“
(Echtes Fichtennadel-Ätheröl) ein rein natürliches und äußerlich sicheres Mittel, in nachweislich modernen Erfolgserproben, von kräftig durchgreifender, nachhaltiger, wohltuend schmerzstillender Wirkung.
Flasche M. 1. — u. M. 2. —
Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichels Wacholder-Extrakt „Wobico“. Flasche 75 Pf., M. 1.50 und M. 2.50.
In den meisten Drogerien erhältlich, wo nicht, durch **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.**
Man nehme aber nur das echte „Electricum“ und nichts anderes dafür.

Bartflechte.
Nach Anwendung von Zuder's Patent-Medizinale-Weise bin ich seit 7 Jahren geheilt. F. R. in D. a. Stad 50 Nr. 157/160 und 170 Nr. 157/160, harte Form. Dagegen: **Yucca-Creme** 75 Pf. u. 2 R. **Leinöl-Salbe** (mit) 60 Pf. u. 1.50 R. **In Berlin in Schrens Drogerie**, (Apoth. D. Krause), Frankfurterstr. 120, C. **Schult**, Chausseestrasse 87, **Jugo Schmitz**, Wollendrog., **Müllerstr. 106a**, **Otto Binder**, Weingartenstr. 29; in **Rixdorf, Drogenhaus Bluecut**, sowie in sämtl. Apoth., Drog. u. Parfüm. Nichts anderes aufreden lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

Ausgesucht prima Federn
Kosten 50 cm lang, 20-25 cm breit 12, 15, 18, 25 R., 60 cm lang, 25 bis 30 cm breit 30, 36, 42, 48 R., 75 cm lang 75 R., 100 cm 100 R.
Von den besten Federn werden **Hesse u. Söhne** gemacht, solche kosten 2 zu lang 5 R., 8.50 R., 12 R., 2 R., m lang 17 R., 31 R., 52 R., bis 120 R. Farben: schwarz, weiß, braun, ney- und silberfarbenig.
Abfallfedern auf Wappenhüte 50 gr 50 Pf.
H. echte Weiberhüte 6 bis 150 R. circa 2000 Kartons zurückgelassene Hüteblumen u. Wäster 50 Pf. (schwarz) 5 R., Japanseiden u. andere Blumenblumen per Dk. 1.50 R., H. Weißblumen, Gold- und Silberfarben (Eck) 3 R. zc.
Berf. keiner Vollen p. Nachnahme H. Straußfedern geg. Ref. u. Vorkauf auch auf Zahl. H. Preisliste auch über Balmen, Frächte, Stro- und Stanzblumen usw. frei.

99 Sorten alkoholf. Getränke
Trauben- und Obstweine (Moste), Fruchtsäfte, wohlfeile Erfrischungsgetränke, Bier, Limonaden-Extrakte etc. — Ausführliche erklärende Preisliste bitte zu verlangen. — **D. Mader, Berlin S., Prinzenstraße 37**, Versandgeschäft hygienischer Nahrungs- und Genussmittel.
Zusendung in Berlin und nächsten Vororten frei Haus.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegante Herren-Moden
fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75, I
Eingang Tiltaler Straße.

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Feletois und Knöpfe für Herren, Smoking-Anzüge, Frackmäntel, sowie von Herrenkleidern getragen, fest neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unbestrittenen **billigen Preisen.**
1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 138/139
Hirsch Kiefernbaum, Wasserort, Straß 12/13 I (früher Brinzenstr. 33).

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet zweifelhaft Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; beagl. Darm- (per. auf Gonorhoe-Boden) u. Sputum-Analyse.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 159, im Kronen- und Wobrenstraße, I. 672A, Berl. Rüdigerstr. 1. (sozial). Öffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Berlin SO. 16.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken
Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4. 3014.

Zähne 1.50 M.; 10 Jahre Garantie. Fast vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Pfomben 1.50 M. Zahnärztliches Institut, Potsdamer Str. 55 (Hochbahnstation). 9-7 Uhr.

Hygienische Bedarfsartikel.
Neuester Katalog in Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin SW. Friedrichstraße 91/9

F. Stabenow
Charlottenburg
Berliner Str. 146.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhöf Alexanderplatz und Söllgelbrünnchen. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Vorzugsweise für alle Krankenkassen.

Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee u. Polsterwaren **Nr. 40**
Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen.
Teilzahlung gestattet.

Uhren- und Goldwarenspezialgeschäft
Auf Teilzahlung
bei kleiner Anzahlung gegen kleine Ratenzahlung erhalten Sie Uhren, Wecker, Freischwinger, Brillanten, Ketten, Ringe, Hochzeits- und Gelegenheits-Geschänke.
M. Caspary, Turmstr. 16, Laden, Ecke Bandelstraße.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
feinere elegante fertige
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß. Anfert. u. Maß. Tadellos ausf.
Julius Fabian
Schneidermstr.
Große Frankfurterstr. 37 II
Eingang Straußberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 15 nur erste Etage, kein Laden.

Ungewitter's Kantabak
garantiert rein aus Kentuckytabak, seit Jahrzehnten unübertroffen.
Niederlage:
O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O., Gürtelstr. 1, Ecke Frank. Chaussee. 4452

Herrenhüte, Mützen.
Gustav Palm, Hutmacher, Reichensberger Str. 60, parterre.

Manufaktur Künstlicher Blumen und Straußfederhandlung
Hermann Hesse, Dresden, Scheffelstraße 10/12, telefonfähiges Werkhand dieser Branche.

Uhren- und Goldwarenspezialgeschäft
Auf Teilzahlung
bei kleiner Anzahlung gegen kleine Ratenzahlung erhalten Sie Uhren, Wecker, Freischwinger, Brillanten, Ketten, Ringe, Hochzeits- und Gelegenheits-Geschänke.
M. Caspary, Turmstr. 16, Laden, Ecke Bandelstraße.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Garschallern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankengänge. Eigene Werkstatt. Vorkauf für Orts- und Hilfs-Krankentassen.
Berlin N.,
jetzt **Lothringers Straße 60.**
Alle Bruchbänder mit elastischen Riemen, angenehm u. weich am Körper.

Gummiwaren
aller Art. Anfr. orb. Gummi-Grosso-Haus C. A. Grawald, Charlottenbg.-Blo. 37, P.-A. 2. Versand nur an Private.

Vorwärtsleser! Aufgepaßt!
Prinzen-Wandbühne, Prinzenstraße 34. 1 Treppe (kein Laden), **Monatsgarderobe** und verstellene Wänder, für jede Figur passend, bestehend in Winterpaletts von 8-25, Anzügen von 10-25, Joppen von 2.50 an. Westen, Hösche, Garbinnen, Portieren, Teppiche, Goldschalen, Uhren, Ketten, Ringe, Pelz-Stolas, im Verlag verfahren, laufend billig. Annoncen-Borgerer erhält bald. Prinzen-Wandbühne, Prinzenstraße 34, 1 Treppe (zwischen Mittelstr. und Vorplatz).

Wer sicher sein will,

die echten
MAGGI-Bouillon-Würfel

Originalbüchsen zu 10 50 100 200 500 Würfel
M: —50 2,40 4,75 9,35 30.—



zu erhalten, verlange beim Einkauf ausdrücklich **MAGGI** Bouillon-Würfel und achte auf den Namen **MAGGI** sowie auf die Schutzmarke  Kreuzstern.

Größte Spezial-Puppen-Fabrik Berlins
P. R. Zierow, Berlin, Schönhauser Allee 179.



Fabrikmarke.

Waltershausener Kugelgelenk-Puppen
mit feinem Biskuit-Kopf, Schlafaugen mit Wimpern, Zähnechen, Handgelenk und genähter tressierter Mohair-Ringellocken-Perücke zum Kämmen.
Höhe in cm: 34 37 40 50 53 55 58 63
pro Stück Mark 2.00 2.10 2.30 2.70 3.50 3.75 4.00 4.50

Letzte Prima Kugelgelenk-Puppen
Neuheiten: mit natürlichen Augenbrauen und Wimpern.
Charakter-Babys in künstlerischer Ausführung mit Schlafaugen, Augenwimpern und doppeltem Arm- und Fußgelenk.
Reparaturen und alle Ersatzteile für Puppen.
Engros. **Auch Einzelverkauf.** Kein Laden.

WARUM kommen fast Alle zum **Einkauf auf Kredit**

Hugo Udo Cohn, Kottbuser Damm 13

Well Hugo Udo Cohn das grösste Kredithaus im Süden Berlins ist.
Well Hugo Udo Cohn seit ca. 1/2 Jahren eine kolossale Auswahl unterhält.
Well Hugo Udo Cohn auf Kredit zu allerbilligsten Preisen verkauft.
Well Hugo Udo Cohn die geringste An- und auch Abzahlung beansprucht.

Auf bequemste Teilzahlung!

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Pelz-Kollers, Pelz-Muffen, Schuhwaren, Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Tisch- u. Steppdecken, elegante Wäsche

Möbel- und Polsterwaren
Klein- und Luxus-Möbel

1 Mark Wochenrate 1 Mark

Grosse **Gratis-Weihnachts-Bescherung**

Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.

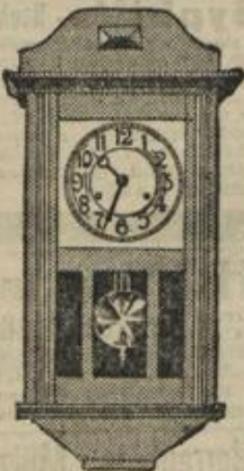


H. Weltmann Nachf.
Stefan Esders

Kaiser-Wilhelm-Str.
41-42
Spandauer Str.
70-71

Hosen sehr haltbare Phantasiestoffe
modern gestreifte Kammgarn-Stoffe bester Qualität
3 50 5 25 6 50
8 50 10 50 12 50 15 00 18 00

Grösstes Spezialhaus
Herren-Damen- u. Kinder **BEKLEIDUNG**



Geschenkt bekommen Sie

neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie das **Schuhcreme**

„Nigrin“

in Ihrem Haushalt verwenden

Alleiniger Fabrikant: **Carl Gentner** in Göppingen (Württemberg)
und Fabrikant des beliebtesten Vollschneidpulvers „Goldperle“ mit Geschenk in jedem Paket.

Selowsky-Cigaretten

Bolero

Caruso

Zenith

als erstklassig anerkannt!

Aromatisch
Kräftig
Ergiebig

Bären-Kaffee

Aromatisch
Kräftig
Ergiebig

überall käuflich.

Josetti

JUNO

BESTE 2 Pfg. LIGARETTE

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Vierundzwanzigster Tag.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt Rechtsanwalt Heine: Wenn der von der Staatsanwaltschaft geladene Zeuge Rolf Sommer vernommen wird, die Akten des Expressionsprozesses gegen Brunn und Genossen einzufordern, um an der Hand derselben die Glaubwürdigkeit des Zeugen Sommer zu prüfen.

Hierauf wird die Zeugenvernehmung zum Fall Pilz fortgesetzt.

Der früher vernommene Zeuge Varesel ist am 6. Oktober, als Kriminalkommissar Ruhn die Verhaftungen im Pilzischen Lokal vornahm, von Wellenschmidt beschuldigt worden, ihn geschlagen zu haben. Varesel ist darauf hin verhaftet worden. Glücklicherweise konnte er nachweisen, daß er am 5. Oktober bei dem Vorfall mit Wellenschmidt überhaupt nicht im Pilzischen Lokal war. Aber erst nach fünf Tagen wurde Varesel aus der Haft entlassen. Als Varesel jetzt vor Gericht vernommen wurde, behauptete er, daß er als Zeuge anwesenden Arbeitewilligen, Varesel sei doch bei dem Vorgang mit Wellenschmidt zugegen gewesen. Ein anderer Zeuge gab an, Varesel werde offenbar verwechselt mit einem ihm ähnlich sehenden Arbeiter Wichmann, der zur fraglichen Zeit bei Pilz war.

Wichmann wird in der gestrigen Sitzung als erster Zeuge vernommen. Er hat in der Tat etwas Ähnlichkeit mit Varesel. Doch geht die Ähnlichkeit nicht so weit, daß er bei leidlich sorgfältiger Betrachtung mit Varesel verwechselt werden könnte. Trotzdem hat Wellenschmidt, der nach Angabe des Kriminalkommissars Ruhn und des Kriminalwachmeisters Haber die Verionen sehr sorgfältig beobachtet haben soll, die Verwechslung begangen. Aber noch mehr. Die Vernehmung des Zeugen Wichmann ergibt, daß er am Abend des 5. Oktober zwar im Pilzischen Lokal war, aber schon vor der angeblichen Schlägerei fortgegangen ist, also bei dem unter Anklage stehenden Vorgang gar nicht zugegen war.

Durch die Vernehmung einiger nun folgender Zeugen soll festgestellt werden, ob Pilz am 24. September, als zwei vorüberfahrende Kohlenwagen angegriffen worden seien, von seinem Laden aus diesen Vorgang beobachtet hat und ob er am Tage vorher der Abführung eines Sittierten zugeesehen und in die Hände gefaßt habe. Das hatte die Zeugin Kanne, die Frau eines Kriminalbeamten, in einer früheren Sitzung angegeben. Die Mutter dieser Zeugin, Frau Heintz, bestatigt diese Angaben. Auch sie sagt, daß sie die betreffenden Vorgänge vom Balkon ihrer Tochter beobachtet hat. Als sich der Vorgang mit den Kohlenwagen abspielte, sei die Ladentür des Pilzischen Lokals offen gewesen, eine Anzahl Leute und Pilz selbst hätten in der Tür gestanden. Als die Wagen nach auf der Straße standen, habe Polizeileutnant Holte die Pilzische Ladentür zugemacht, sei er aber immer wieder aufgerissen worden. — Polizeileutnant Holte bemerkt dazu, er sei erst gekommen, als die Wagen schon fort waren. Da habe er allerdings von Pilz verlangt, er solle dafür sorgen, daß nicht Gäste des Lokals sich vor die Tür stellen. — Vier andere Zeugen geben an, daß Pilz zu der Zeit, wo ihn die Frauen Kanne und Heintz gesehen haben wollen, in seinem Privat-zimmer war und anscheinend geschlafen habe.

Mit der Vernehmung dieser Zeugen ist die Beweisaufnahme zum Falle Pilz-Krahn abgeschlossen.

Haftentlassungsanträge.

Ein früher gestellter Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Krahn soll nunmehr vom Gericht entschieden werden. — Rechtsanwalt Th. Lieblincht beantragt, den Angeklagten Pilz aus der Haft zu entlassen. Die Verhandlung habe ergeben, daß Pilz, wenn überhaupt, so doch keineswegs so schwer belastet erscheine, daß wegen der zu erwartenden hohen Strafe ein Fluchtverdacht begründet wäre. Eventuell sei ja Pilz bereit, Kaution zu stellen. — Staatsanwalt Stejner widerspricht der Haftentlassung des Angeklagten Pilz, erklärt sich aber mit der Entlassung des Angeklagten Krahn einverstanden, weil gegen diesen kein dringender Verdacht mehr vorliege.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber bemerkt, das Gericht habe noch Beschluß zu fassen über 53 im Laufe der Verhandlung gestellte Beweisanträge. — Die Bemerkung gibt Veranlassung zu einer längeren Erörterung über den voraussetzlichen Umfang der noch ausstehenden Beweisaufnahme.

Verlängerung des Verfahrens durch v. Bethmann Hollweg.

Rechtsanwalt Heine: Die Verurteilung des Herrn Vorsitzenden nötigt uns ebenfalls, über die Beweisanträge zu sprechen. Wir haben eine Menge erheblicher Gründe, die Vermeidung des Verfahrens zu wünschen, vor allem im Interesse der Angeklagten. Wir waren deshalb bereit, eine sehr erhebliche Einschränkung unserer Beweisanträge vorzunehmen, und sind auch jetzt noch dazu bereit. Aber in einem Punkte können wir das nicht. In diesem Punkte können wir auf Aufklärung in vollem Sinne nicht verzichten. Die ganze Sachlage hat sich nämlich geändert durch die Erklärung, welche der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident am Sonnabend im Reichstage abgab.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Lieber unterbricht den Verteidiger mit der Bemerkung, das habe auf das Urteil des Gerichts keinen Einfluß.

Rechtsanwalt Heine: Der Meinung bin ich auch, daß das Urteil nur auf die Beweise gestützt werden kann, die in der Hauptverhandlung erhoben worden sind. Doch liegt es ungemein nahe, daß es nicht ohne Eindruck bleiben kann, namentlich auf die Anträge der Staatsanwaltschaft, als auch auf die Auffassung des Gerichts, wenn der höchste Beamte des Reiches an autoritärer Stelle das Urteil, das hier erst gefunden werden soll, vorwegnimmt und unbedenklich um all das, was hier bereits behandelt worden ist, erklärt, alle die Polizeibeamten hätten nur ihre Schuldigkeit getan. Das zwingt uns im Interesse der Angeklagten, den Gegenbeweis zu führen. Ich erinnere an den Fall Romanowich, der nur durch die Art, wie das zuständige Publikum mißhandelt worden ist, aufgeregt und zu seinem bedauerlichen Ausbruch veranlaßt worden ist. In ähnlicher Lage ist eine Anzahl anderer Angeklagter. Wir sind nach wie vor bereit, uns die größte Beschränkung in den Anträgen aufzuerlegen. Aber nicht verzichten können wir auf die Beweise über folgende Punkte: Wir wollen beweisen, daß

bereits vor dem 26. September Polizeibeamte

sich nicht darauf beschränkt haben, das Eigentum von Kupfer, die persönliche Sicherheit der Arbeitewilligen, die Ordnung auf der Straße und den öffentlichen Verkehr in angemessener Weise zu sichern, sondern daß sie schon an diesen Tagen

in rücksichtsloser Weise gegen ganz Unbeteiligte vorgegangen sind und harmlose Straßenpassanten bedröht und mißhandelt haben. Wir wollen beweisen, daß hierdurch bereits die Bewohner der betreffenden Straßen und besonders die Arbeiter von Siemens und der A. G. erschüttert worden sind. Wir wollen beweisen, daß zweckwidrige und nutzlose Absperrungen und Menschenjagden am 26. September

diese Erbitterung weiter geschürt haben und daß gerade dieses Vorgehen die Kriterien des Aufruhrs an einzelnen Stellen erst hervorgerufen hat, so daß die Schuldfrage und die Höhe des Strafmaßes

hiervon abhängen. Wir wollen aber vor allem beweisen, daß im weiteren Verlauf in einer noch viel größeren Reihe von Fällen so vorgegangen worden ist, als es hier schon in einer Anzahl von Fällen erwiesen ist, daß

völlig unbeteiligte Leute,

die sich nicht, auch nicht einmal zufällig in einer Menschenmenge befanden,

ohne Anlaß mit rohen Redensarten beleidigt, mit Knüppeln und Säbeln niedergeschlagen

und ernsthaft verletzt worden sind. Zum erheblichen Teil

durch Ueberfall von hinten

und daß die Mißhandelten zum Teil, nachdem sie schon am Boden lagen und nicht den geringsten Widerstand mehr leisten konnten, mit Säbelhieben und Fußtritten mißhandelt worden sind. Wir wollen dadurch und zwar gerade durch die

Massenhaftigkeit dieser Ueberfälle

beweisen, daß es sich nicht um einzelne Mißgriffe oder unglückliche Zufälle handelt, sondern daß eine große Anzahl von Beamten mit bewußter und gewollter Brutalität, leblich aus Lust an Brutalität unter Mißbrauch der Amtsgewalt gehandelt haben. Dies kann bei einzelnen Angeklagten auch für die Frage erheblich sein, ob überhaupt die gesetzlichen Voraussetzungen des Aufruhrs gegeben sind. Wir bedauern, wenn die Verhandlung sich dadurch verlängert. Die Zahl der von uns zum allgemeinen Teil vorgebrachten Zeugen ist viel geringer als die der Staatsanwaltschaft. Wir sind, wie gesagt, durch die Aeußerung des Reichskanzlers genötigt, die Beweisaufnahme auszudehnen und unsererseits noch viele Zeugen zu benennen. Wir müssen es der Staatsanwaltschaft überlassen, den Reichskanzler als Zeugen zu laden, wenn sie glaubt, daß er von den Dingen, über die er Behauptungen aufgestellt hat, wirklich etwas weiß. Wir glauben das nicht und stellen diesen Antrag deshalb nicht.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Wir können nur auf Grund der Beweisaufnahme die Fälle erörtern und begründen. Wenn auch die Zeugen nach bestem Wissen und Gewissen ihre die Beamten belastenden Aussagen gemacht haben, so sind dies doch nur einseitige Bekundungen. Es muß also doch auch die Gegenseite gehört werden. Es haben doch gewisse Fälle schon eine Aufklärung zugunsten der Beamten gefunden. So z. B. ist doch die Behauptung widerlegt worden, daß ein alter Mann, der Kohlen aufgegeben hat, geschlagen wurde.

Der Vorsitzende bemerkt: Ehe wir weiter debattieren, müssen doch erst Anträge vorliegen. — Rechtsanwalt Heine: Die Verteidigung will noch etwa 50 Zeugen namhaft machen.

Rechtsanw. Heinemann: Die Bemerkung des Ersten Staatsanwalts, daß die Zeugen der Verteidigung nur ein einseitiges Bild geben können, ist unzutreffend. Die von uns benannten Zeugen bekunden im Gegensatz zu denen der Staatsanwaltschaft, die nur negativ sagen sollen, daß sie nichts Ungewöhnliches gesehen haben, positiv, was ihnen passiert ist. Die Ausführung des Kollegen Heine muß ich noch in einem Punkte ergänzen. Der Vorsitzende hatte wiederholt gesagt, daß das Gesetz das Gericht zwingt, manchen Beweis zu erheben, den es sonst nicht erheben würde. Da der Umfang der Beweisaufnahme bisher in durchaus lokaler Weise vom Gericht bestimmt worden ist, wollten wir diese Loyalität mit Loyalität erwidern und unsererseits auf vieles verzichten, wenn auch mit schwerem Herzen. Allein der Umstand, daß der nach der Reichsverfassung zum höchsten Hüter des Rechts bestellte Beamte in ein schwebendes Strafverfahren eingriff und die Ergebnisse der Verhandlung völlig unrichtig und einseitig wieder gegeben und einen ganz erheblichen Teil der Beweisaufnahme einfach ignoriert hat, zwingt uns jetzt, den vom Reichskanzler berührten Punkt, ob Uebererschreitungen der Amtsbefugnisse durch die Polizei vorgekommen sind, im breitesten Umfange unter Beweis zu stellen. Die Verteidigung erwartet von der bisher geübten Loyalität des Gerichts, daß es weiter auch so loyal sein wird anerkennen, daß die Verteidigung nicht die Schuld trägt, wenn sich die Verhandlung dadurch ausdehnt. Denn wir befinden uns nach der Erklärung des Reichskanzlers gleichsam in Rotwehr. Scharf möchte ich betonen, nicht die Verteidigung trägt die Schuld, wenn sich die Verhandlung ausdehnt, denn sie wollte auf vieles verzichten, sondern allein der Eingriff des Reichskanzlers in den schwebenden Prozeß. Es kann kein Gesetz, welcher Art es auch sei, geben, das den Angeklagten das Recht nimmt, sich zu verteidigen. Dies aber muß die Verteidigung jetzt gegenüber der Erklärung des Reichskanzlers mit aller Entschiedenheit tun.

Rechtsanwalt Heine: Wie notwendig die Beweisaufnahme jetzt noch ist, beweist die Aeußerung des Ersten Staatsanwalts, welcher sagte, daß ein Fall zugunsten der Beamten aufgedeckt sei, während das durchaus nicht der Fall ist.

Hierauf wird wieder in der

Beweisaufnahme über den allgemeinen Teil der Anklage

fortgeführt.

Frau Lösch gibt an, sie habe am 27. September abends in der Rosfelder Straße gesehen, daß ein Haufen junger Männer an einer Laterne standen und sangen: „Wir Männer in der Wulfe“. Dann kommandierte einer der jungen Leute: „Eins, zwei, drei!“ Dann warfen sie mit Steinen, die sie schon bei sich hatten, zwei Laternen ein. Der oft erwähnte „Schreierhaufen“, der in der Rosfelder Straße brannte, bestand nach den Berechnungen der Zeugen aus Papier, welches von Anschlagssäulen abgelöst war. Die Zeugin ist während der Unruhen nie ausgegangen. Sie hat diese Beobachtungen von ihrer Wohnung aus gemacht. Daß die Menge „Mittelmännchen“ und „Achtgroßschnecken“ rief, hat sie gehört, aber nicht gesehen, daß Schuppleute auf das Publikum einhieben.

Zigarrenhändler Rötiger hat am 29. September zwischen 9 und 10 Uhr gesehen, daß ein Mann von einem Kriminalbeamten furchtbar verhaften ist. Mit einem Gummischlauch wurde der Mann bearbeitet. Er schrie: „Lassen Sie mich doch gehen, ich habe ja gar nichts getan.“ Ein anderer Mann wurde von drei Kriminalbeamten mit Säbeln geschlagen.

Tritt als Antwort auf Beschwerden.

Als die Beamten ihre Hohnheit geübt hatten — sagt der Zeuge — ging der Beschlagene zu einem in der Nähe stehenden Polizeileutnant und hat ihn mit erhobenen Händen: „Herr Hauptmann, wo soll ich hin, daß ich nicht geschlagen werde.“ Statt ihm zu helfen, gab der Polizeileutnant dem Mißhandelten einen Tritt. Später hörte der Zeuge jemand vor einem Hause rufen: „Emma, wirf mir den Schlüssel herunter.“

Aber Schutz der Mißhandelten.

Gleich darauf schrie dieselbe Person auf, so daß anzunehmen ist, sie wurde geschlagen. Als der erst erwähnte Mann von Kriminalbeamten geschlagen wurde, standen uniformierte Schuppleute etwa 20 Schritte entfernt. Sie taten nichts, um die Mißhandlung zu hindern. Aber die uniformierten Beamten hielten die Karabiner hoch und drohten zu schießen, wenn sich die Leute nicht von den Fenstern entfernen würden.

Ein nicht verprügelter Entschlossener a. D.

Zeuge Schmidt, ein früherer Gutsbesitzer, ist am Abend des 29. September nach Moabit gegangen, um Studien über den Berliner Volkscharakter zu machen. Ausschreitungen der Polizei hat er nicht bemerkt, die Beamten seien immer mit Ruhe und Ueberlegung vorgegangen. Sogar in Fällen, wo die Beamten an-

gegriffen worden seien, hätten sie sich nur bemüht, mit der flachen Klinge zu schlagen, wenn es notwendig gewesen sei. Selbst als einmal eine johlende Menge betrieben wurde, habe die Polizei nicht wahllos eingeschlagen, sondern sich nur die Erzgebenden aufs Korn genommen. Ein Mann, der sich umdrehte und mit erhobener Faust die Schuppleute bedrohte, sei nur mit der flachen Klinge geschlagen worden. Ein Schutz sei aus der Menge gefallen. Als der Zeuge durch eine Schuppleute ging, kam ein Kriminalbeamter mit erhobenem Stock auf ihn zu. Der Zeuge sagte: „Ich bin ein ruhiger Staatsbürger“ und schaute sich dadurch vor der ihm zugehenden Prügel. — Rechtsanwalt Heine richtet eine Frage an den Zeugen. Dieser betrachtet den Verteidiger von der Seite und sagt: „Was berechtigt denn den Herrn, mich zu fragen?“ — Rechtsanwalt Heine (lebhaft und mit starker Betonung): „Die Strafprozedur und das Gesetz.“ — Der Vorsitzende belehrt den Zeugen, daß er die Fragen des Verteidigers zu beantworten hat.

Vom Reichskanzler belobte Schuppleute.

Frau Klein Günther ging eines Abends durch die Gutfenstraße, um Einkäufe zu machen. Als sie an einer Gruppe von fünf bis sechs Schuppleuten vorbeikam, sagte ein Schuppleute:

„Alle Trine, mach' daß Du weiterkommst!“

Die Zeugin drehte sich erschrocken um, da rief ein anderer Schuppleute:

„Haut doch die alte Sau, daß sie hinsinkt!“

Gleichzeitig bekam die Zeugin auch schon einen Schlag mit dem Säbel auf den Rücken. — Bei einer anderen Gelegenheit sah die Zeugin einen jungen Mann an der Haltestelle der Straßenbahn stehen. Ein Polizeileutnant ging auf ihn zu und herrschte ihn an: „Was stehen Sie hier?“ Der Mann sagte höflich: „Entschuldigen Sie, ich möchte mit der Elektrischen nach Hause fahren.“ Da faßte der Polizeileutnant den Mann am Arm, schüttelte ihn und sagte: „Lausejunge, mach' daß Du fortkommst.“ Als der junge Mann die Einwendung machte: „Aber was wollen Sie denn von mir?“ zog der Polizeileutnant den Säbel und schlug den Mann. Frau Klein Günther wollte sich dem jungen Mann als Zeugin zur Verfügung stellen, aber ein Schuppleute wies sie zurück mit den Worten: „Was, Du willst Dich als Zeugin melden? Mit dem Säbel kannst Du was kriegen.“

Nach der Mittagspause verließ die Vorsitzende den Gerichts-

beschluss: Der Angeklagte Krahn wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Der Antrag, den Angeklagten Pilz aus der Haft zu entlassen, wird abgelehnt,

da die bisherigen Gründe der Haft fortbestehen.

Als Zeuge wird hierauf Kammergerichtsrat Dr. Daberko vernommen. Er hat sich die Vorgänge in Moabit angesehen, um ein eigenes Urteil über dieselben zu gewinnen. Dreißigmal war er in der Gegend. Während seiner Anwesenheit herrschte Ruhe in den Straßen, obwohl sich Polizei und Publikum gegenüberstanden, als ob sie den Augenblick des Kampfes erwarteten. Aus gewissen Anzeichen sieht der Zeuge, daß in Zeiten, wo er nicht auf der Straße war, Kämpfe stattgefunden haben müssen. So sah er Verwundete vorbeibringen, während er in einer Konditorei saß.

Ein Zeugnis zur Befehlzung des Reichskanzlers.

Rechtsanwalt Edmund Vallien hat von seiner Wohnung an der Ecke der Goyfomskystraße und Alt-Moabit folgende Vorgänge gesehen: Die Straße war ruhig und leer, soweit man sehen konnte. Da kamen etwa vier bis sechs Straßenpassanten, etwa ebensolche Schuppleute mit dem Säbel in der Hand, hürzten sich auf diese Passanten. Die Passanten rannten in wilder Hast davon. Die Schuppleute hürzten hinterher und schlugen sie sämtlich zu Boden. Es war ein

furchterliches Gemetzel,

sagt der Zeuge. Als die Leute schon am Boden lagen, schlugen und stachen die Schuppleute noch nach ihnen. Die Frau des Zeugen schrie vor Grauen und Entsetzen auf, als sie das vom Balkon aus sah. Als die Menschen alle niedergeschlagen waren, hörte der Zeuge

aus der Gruppe der Schuppleute ein Hohngelächter,

in das auch einige Zivilpersonen einstimmen. Es war eine widerliche Szene, sagt der Zeuge. Das Verhalten machte den Eindruck einer sinn- und zwecklosen Brutalität und erfüllte mich mit größtem Ekel. In einem anderen Falle sah der Zeuge, wie ein Mann von mehreren Schuppleuten mit dem Säbel niedergeschlagen wurde. Noch einen dritten Fall hat der Zeuge beobachtet. Ein elegant gekleideter Herr und eine ebensolche Dame standen an der Haltestelle der Straßenbahn. Da kam ein Schuppleute und schubste die Dame. Der Herr zog seine Visitenkarte und ging in sehr verbindlicher Weise an den Schuppleute heran. Dieser aber ließ gar nicht mit sich reden, sondern verlangte, daß der Herr und die Dame fortgingen. Das geschah denn auch. — Rechtsanwalt Heine fragt den Zeugen, ob er Beziehungen zur Sozialdemokratie habe. — Zeuge Vallien antwortet: Ich gehöre keiner politischen Partei an. Ich bin ein glühender Patriot und Monarchist. Ich liebe den Kaiser. Umsonst empüre mich diese Hohnheit der Vertreter der Staatsgewalt und treibt mir die Räte des Hornes ins Gesicht. — Auf eine weitere Frage des Rechtsanw. Heine antwortet der Zeuge: Selbst wenn die Niedergeschlagenen Verbrecher gewesen wären, so wäre das Verhalten der Beamten unnötig, zwecklos und gesetzwidrig gewesen.

Ein Zeuge der nichts sah.

Gemeindefiskalrektor Schröder hat von seiner Wohnung in der Rosfelder Straße aus vom 24. bis 28. September beobachtet. Er gibt eine sehr ins einzelne gehende greifbarste Schilderung von den Straßenvorgängen. Der längere Vortrag des Zeugen beginnt mit dem mehrfach erwähnten Ueberfall auf zwei Kohlenwagen. Er bezeichnet diesen Vorgang als ein gewalttätiges Vorgehen gegen die arbeitewilligen Arbeiter, dem die Polizei mit einer größeren Rücksicht, als dem Zeugen angemessen erschien, begegnete. In gleicher Weise schildert der Zeuge auch die Vorgänge an den folgenden Abenden. Auch hier ist nach Angabe des Zeugen die Polizei mit größter Gewalt und Langmut gegen eine rabaukische Menge vorgegangen. Die Polizei war nach Ansicht dieses Zeugen so rücksichtslos, daß er, der Zeuge, in seiner Auffassung, in einem geordneten Staatswesen zu leben, wankend wurde. Zusammenstöße zwischen Schuppleuten und Publikum hat der Zeuge von seiner Wohnung aus nicht wahrnehmen können. Doch sah er einmal, daß Schuppleute im Vorbeigehen mit dem Säbel zwei Haustürschreiber einschlugen. Der Zeuge meint, das hätten die Schuppleute wohl nur deshalb getan, um das Haus zu kennzeichnen, aus dem geworfen worden sei. Nach Angabe dieses Zeugen ist nämlich bei dieser Gelegenheit mit Klumentypen, Steinen, Kohlen, Flaschen, Kartoffeln und faulen Keffeln aus den Häusern geworfen worden. Das Auftreten von Kriminalbeamten, die mit Gummiknüppeln ausgerüstet waren, trugte am besten, sagt der Zeuge.

Will der Reichskanzler auch folgende Hohnheit belobigen?

Rohrleger Senf kam nachts mit seiner Frau nach Hause. Er hatte den Handschlüssel vergessen und wollte deshalb einen Wächter suchen. Da begegnete ihm ein Kriminalbeamter und fragte, was er auf der Straße zu suchen habe. Der Zeuge erwiderte, er suche den Wächter und wohne in der Nähe. Der Kriminalbeamte erhob den Stock. Da kamen zwei uniformierte Schuppleute und schlugen den Zeugen mit dem Säbel nieder. Er raffte sich auf, fiel aber immer wieder zu Boden. Da sagte ein Schuppleute zu einem anderen: Laß den Hund liegen, laß ihn verbluten. Später kam noch ein Schuppleute

und brachte den Verwundeten nach der Unfallstation. Von da wurde er sofort ins Krankenhaus übergeführt. Er hatte zwei Hieb- und zwei Stichwunden an beiden Armen. Außerdem hatte ihn ein Säbelschiff in die Seite getroffen, war aber glücklicherweise durch das Taschenmesser, welches der Feinde in der Tasche hatte, aufgehalten worden, so daß dieser Stich nur die Kleidung beschädigt hat. Der Feinde war sechs Wochen im Krankenhaus, doch hat er an der einen Hand einen dauernden Schaden erlitten, der seine Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Als der Feinde von den Schutzeinheiten niedergeschlagen wurde, war die Straße menschenleer und außer ihm niemand in der Nähe.

Damit schloß die Sitzung. Heute um 9 1/2 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Aus der Partei.

Die „Fackel“ beschlagnahmt.

Unsere Druckerei erhielt gestern polizeilichen Besuch. Die Legationsnummer der „Fackel“, das monatlich erscheinende Agitationsorgan für die ländliche Bevölkerung der Provinz Brandenburg, scheint das Mißfallen der Behörde erregt zu haben. In ihrem Auftrage erschienen daher zwei Beamte, um die Nummer zu beschlagnahmen. Allzu groß war die Ausbeute nicht, nur 56 Exemplare fielen den Beamten in die Hände. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines Gedichtes „Die Weichte“, das aus einem bürgerlichen Freidenkerorgan übernommen ist.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz für den Agitationsbezirk Gdlich, der sieben niederschlesische Reichstagswahlkreise umfaßt, tagte am Sonntag in Gdlich. Im Bezirk sind 104 sozialdemokratische Stadtverordnete und Gemeindevertreter vorhanden, davon waren 47 auf der Konferenz anwesend. Landtagsabgeordneter Genosse Hirsch-Charlottenburg hielt einen Vortrag über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen“. In der Diskussion wurde allgemein der Wunsch laut, die Partei möchte mehr Material sammeln, was besonders den Gemeindevertretern der kleineren Orte zugute käme. Ein entsprechender Antrag soll dem nächsten preussischen Parteitag unterbreitet werden.

Gemeindevorsteher. Bei der Gemeinderatswahl in Gelsenau t. Sachsen stiegen unsere Genossen in beiden Klassen, Anstößige und Unanständige. Bei den Unanständigen erhielten wir 421, die Gegner nur 43 Stimmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte Schuttmann.

Während der Wahlrechtsbewegung hatte in Mühlhausen (Thür.) das Verhalten des Schuttmannes Spick, der sich früher schon durch Anzeige wegen „allzulauten Riefens“ bekannt machte, Anlaß zur Kritik durch das „Mühlhäuser Volksblatt“ gegeben. Er ging hin und sagte mit dem Erfolg, daß nicht nur der verantwortliche Genosse Haase, sondern auch Genosse Maczow als Verleger zu je 4 Wochen Gefängnis verurteilt wurden, weil man in letzterem den Verfasser vermutete. Bei Wiedergabe der Revisionsentscheidung waren einige Bemerkungen an das Urteil geknüpft, durch die sich der Schuttmann von neuem beleidigt fühlte. Genosse Haase wurde deswegen von der Mühlhäuser Strafkammer erneut zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein Polizeiprozess in Halle.

Am Sonnabend verhandelte die Hallenser Strafkammer einen Prozeß, der von der Polizeiverwaltung gegen das „Volksblatt für Halle“ angestrengt worden war. Angeklagt war der verantwortliche Redakteur, Genosse Reduhr, und zwar wegen zweier Artikel, die anlässlich der Ordensdecoration mehrerer Halleischer Polizeibeamten erschienen war.

Am Tage vor dem Erscheinen der Artikel war von der Polizei in Halle die bekannte Aktion gegen das Reichsvereinsgesetz eingeleitet worden; es hatte die erste Überwachung einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins seit Bestehen des Reichsvereinsgesetzes stattgefunden. Unter dem Eindruck dieses neuen geschichtlichen Vorgehens entstanden die Artikel, die summarisch die Taten der Halleischen Polizei zusammenfaßten.

Um den Beweis der Wahrheit für die Behauptungen der Artikel zu erbringen, hatte die Verteidigung, die die Rechtsanwälte, Genosse Landberg, Magdeburg und Müller-Halle führten, etwa 60 Zeugen an Gerichtsstelle geladen, darunter eine Reihe ehemaliger Polizeibeamte. Nicht ein einziger dieser Zeugen wurde vernommen. Sämtliche Beweisurteile fanden Ablehnung! Das Gericht erklärte, die Beweisurteile ständen mit den Artikeln in gar keinem Zusammenhang. Trotzdem hielt das Gericht es für nötig, eine Art Gegenbeweis gegen die Behauptungen des Angeklagten und der Verteidigung zu führen, indem es ein Urteil in einem der vielen Wahlrechtsprozesse verlesen ließ. Hierin wird „festgestellt“, nachdem fast sämtliche Beweismittel für unglaubwürdig, sämtliche Polizeizeugen jedoch für glaubwürdig erklärt worden waren, daß die Polizei am 13. Februar an einer bestimmten Stelle der Stadt — keineswegs bei der Hauptstadt — berechtigt gewesen sei, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen!

Auf Grund einer derartigen Beweisaufnahme hielt es der Staatsanwalt für angebracht, acht Monate Gefängnis zu beantragen! Verteidiger Dr. Müller und der Angeklagte unterließen es angesichts dieses Verfahrens, zur Verteidigung auch nur das geringste anzuführen. Nur Genosse Landberg wies auf die Unhaltbarkeit dieser Beurteilungsmethode hin und legte in scharfpunktierter Ausführungen die Stellung des Angeklagten gegenüber der Polizei dar, der lediglich in den Artikeln ausgesprochen habe, was Zehntausende der Halleischen Bevölkerung dachten und fühlten. Das Urteil lautete auf 600 M. Geldstrafe, hißweise 200 Tage Gefängnis (der Arbeitstag des Redakteurs wird also mit drei Mark bewertet). Es wird der Revisionsinstanz unterbreitet werden.

Jugendbewegung.

Die bürgerliche Jugendbewegung. Von Karl Kott. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend (Fr. Ober). Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. 112 Seiten. Preis brosch. 1 M., gebd. 1,50 M.

Die Schrift gibt in ihrem ersten Teile eine Übersicht über die gesamte bürgerliche Jugendbewegung. Die einzelnen großen Gruppen der bürgerlichen Jugendbewegung, die katholischen Jugendvereine und Kongregationen, die evangelischen Junglingsvereine in ihren verschiedenen Spielarten, die vielfachen Formen der sogenannten interkonfessionellen Jugendfürsorge, dazu die losen Veranstaltungen der Bekehrungsbünde und -Festabende, werden der Reihe nach vorgeführt, ihre Organisation geschildert, ihre Unterschiede zu erfassen gesucht; auch die vorhandenen weiblichen Vereine werden bei jeder Gruppe berücksichtigt.

Im zweiten Teile der Broschüre werden die Genossen Tatsachenmaterial finden, das den meisten von ihnen vollkommen neu sein wird. Aus den konfessionellen und den bisherigen interkonfessionellen Jugendvereins- und Jugendfürsorgebestrebungen hat sich in jüngerer Zeit eine neue Bewegung entwickelt, die staatliche Jugendpflege, die auf dem Felde des Kampfes um die Jugend den Zusammenschluß sämtlicher Interessentengruppen des Klassenstaates erstrebt zum gemeinsamen Vorstoß gegen die proletarische Jugendbewegung.

Die norrische Schrift schildert die Entstehungsgeschichte dieser neuen Kurzes, sie zeigt die organisatorischen Kräfte, die hinter ihm stehen, sie legt seinen Operationsplan dar. Nur wenn die in der Jugendbewegung tätigen Genossen über die Taktik und die Organisation dieser neuen Bewegung orientiert sind, werden sie sich in dem Gewirre all der Meldungen zurechtfinden, die tagtäglich durch die Presse laufen. Sie werden dann vor allem auch Bescheid wissen, wie sie sich gegenüber den scheinbar unverfänglichen Formen, in denen sich die staatliche Jugendpflege auch an sie heranzumachen sucht, zu verhalten haben. Sie werden endlich erkennen, daß dieser neue Kurs mit der Forderung, die jetzt von Polizei und Gerichten wider die proletarische Jugend inszeniert wird, zusammengehört, wie die beiden Seiten einer Medaille.

Zur Bekämpfung der Jugendbewegung.

Im August d. J. beschlagnahmte die Zollbehörde in Gelsenkirchen die von Robert Dannenberg in Wien verfaßte Schrift „Die Jugendbewegung der sozialistischen Internationale“. Die Staatsanwaltschaft in Essen erblühte in der Schrift eine Aufforderung an die Jugendlichen zum Ungehorsam gegen die Befehle, insbesondere gegen das Vereinsgesetz und beantragte auf Grund der §§ 41 und 42 des Str.-G.-B. die Einziehung der beschlagnahmten Exemplare. Die Strafkammer in Essen erkannte, trotzdem die Schrift lediglich einen historischen Bericht über die Jugendbewegung enthält, auf Einziehung der Schrift.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Ernte 1910.

Es liegen nunmehr die Hauptzahlen über die letzten Ernteergebnisse in Deutschland vor. Sie registrieren ein günstiges Resultat.

Der Gesamtertrag der Ernte inklusive Kartoffeln, Klee, Luzerne und Wicken ergibt eine Menge von 29 250 115 Tonnen gegen 22 140 927 resp. 27 076 007 Tonnen. Dieses Plus ist zu einem großen Teil auf den Mehrertrag der Weizen, der gegenüber dem Vorjahre etwa 6 Millionen Tonnen ausmacht, zurückzuführen. Im einzelnen wurden geerntet:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1910	8 861 479	10 511 100	2 902 938	7 000 876
1909	8 755 747	11 348 415	3 465 618	6 125 816
1908	8 767 787	10 730 874	3 059 885	7 094 938
1907	8 479 324	9 757 859	3 497 745	9 149 138
1906	8 090 563	9 635 738	3 141 900	8 431 379
1905	8 099 889	9 000 827	2 921 053	6 546 502
1904	8 804 823	10 090 782	2 948 184	6 939 003
1903	8 555 054	9 904 493	3 323 639	7 873 885
1902	8 900 396	9 494 150	3 100 227	7 487 250
1901	8 498 851	8 162 000	3 321 102	7 050 133
1900	8 841 165	8 550 059	3 002 182	7 091 830
1899	8 847 447	8 675 792	2 988 876	6 832 687

Der Ertrag an Weizen ist größer als im Vorjahre. Der diesjährige Gesamtertrag des Weizens ist in den letzten zehn Jahren nur zweimal höherertrag worden. Die Ernte von Roggen bleibt hinter dem Ertrag des Vorjahres zurück, wobei zu berücksichtigen ist, daß im Vorjahre die bisherige Rekordmenge an Roggen erzielt worden war und das diesjährige Resultat die zweitgrößte Ernte darstellt.

Leider verbleibt eine gute Inlandsernte keine niedrigen Preise. Dank der famosen Einfuhrschiffe können unsere Junker deutsches Getreide auf den Auslandsmarkt werfen und dafür pro Tonne Vorkaufsgeld und der Fische der Inlandskonsumenten 50 resp. 55 M. Ausfuhrprämie einstecken. Das Ausland darf sich auf billiges deutsches Getreide freuen, wenn in Deutschland Roggenpreise bezahlt werden müssen. Trotz der reichen Ernten in den Vorjahren ist der Inlandsverbrauch pro Kopf der Bevölkerung ja auch erheblich gesunken. Das ist der Segen der Brotwunderpolitik der Ritter und Herren! Und nun rufen die Schnapsblodfröckler zu neuen Kaufverboten gegen die Arbeiterbewegung. Wehe dem Volke, wenn es nicht auf der Hut ist, wenn es sich von den modernen Aufschleppern wieder über Ohr hauen läßt.

Fleischpreise in Berlin von 1902 bis 1909.

Das soeben erschienene Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches bringt nach amtlichen Marktberichten eine Zusammenstellung der Berliner Fleischpreise im Großhandel und Kleinhandel in den Jahren 1905—1909. Zudem wird eine auf denselben Grundlagen aufgebaute frühere Statistik zu Hilfe nehmen, können wir für die Bewegung der Berliner Fleischpreise in Detailhandl seit dem Jahre 1902 folgende Entwicklung nachweisen:

	1902	1909	Steigerung in Proz.
Rindfleisch, Keule, Oberschale	151	178	17,9
Keule	133	155	17,3
Rahfleisch, Keule	162	183	16,0
Keule	148	170	16,4
Hammelfleisch, Keule	140	178	18,7
Keule	128	149	16,4
Schweinefleisch, Rücken	170	192	18,0
Schinken	145	168	14,5

Wie man sieht, sind sämtliche Fleischpreise ohne Ausnahme ganz erheblich im Preise gestiegen. Dabei stellt das Jahr 1902 nicht etwa den Ausgangspunkt der Preissteigerungen dar, sondern es stand mit seinen Preisen schon bedeutend über dem Niveau der Vorjahre. Es ist natürlich gar keine Rede davon, daß die Arbeitslöhne in diesem Zeitraum im gleichen Verhältnis gewachsen sind. Die Preissteigerungen haben demnach zur Einschränkung des Gemisses eines der wichtigsten Nahrungsmittel oder zu sonstigen Entbehrungen geführt. Die Forderungen nach Defnung für die zollfreie Einfuhr von Fleisch, die von uns immer wieder erhoben wird, findet durch die hier gegebenen Zahlen eine wichtige Unterstützung.

Gewinnsteigerung trotz Produktionsverminderung.

Daß die Brauereien mit den letzten Reichsbergleitungen nicht nur die Steuererhöhungen abgewälzt haben, sondern bei dieser Gelegenheit ein feines Geschäft machten, dafür zeugen die Geschäftsergebnisse der Brauereien. Teilweise sind trotz Verminderung des Absatzes erhebliche Gewinnsteigerungen zu konstatieren. So auch bei der Gernontabrauerei A. G. Dortmund. Die Gesellschaft hat zwar eine Verminderung des Absatzes im Ausmaß von 13 Proz. zu verzeichnen, sie kann aber doch eine Steigerung des Gewinnes von 1 297 640 M. auf 1 440 355 M. ausweisen. Der Reinüberschuß stieg von 307 714 M. auf 421 894 M. Der Steuernebel wirkt also auch als Profitsteigerer; die Konsumenten müssen doppelt bluten.

Liebesgabenbekämpfung. Der „Vorwärts“ schilderte erst kürzlich wieder einmal, wie das Einfuhrschicksal und seine methodische Ausnutzung besonders an der russisch-deutschen Grenze eine ganze Wahlenindustrie habe entstehen lassen. Infolge des deutschen Staatszuzufusses wird das im Inlande gewachsene Getreide nach Ausland u. a. und ein Drittel billiger verkauft als auf dem deutschen Markt. In Russland läßt man bei dem Vermächtnis die Meile stark mehrläufig und verkauft sie als äußerst hochwertiges Futtermittel zollfrei nach Deutschland. Den hiesigen Fleischhändlern wird damit eine böse Konkurrenz bereitet, weil sie

von den deutschen Mühlen nur Mele mit einem geringen Mehlgehalt erhalten. Seit Monaten opponieren Interessentengruppen gegen das lukrative Geschäft der russisch-deutschen Grenzsmühlen. Am 5. d. M. wurde eine Verfügung bekannt, die bei der Meleinfuhr ein eigentliches Verfahren vorschrieb. Je nach den dabei erzeugten Resultaten sollte die Mele zollfrei oder zollpflichtiges Meleenerzeugnis sein. Die Verordnung, die ganz plötzlich, ohne daß irgendwelche Fachkreise gehört wurden, erlassen war, hat nur ein ganz kurzes Leben gehabt, denn bereits am Sonnabend vergangener Woche meldete ein kurzes Telegramm, daß die ganze Verfügung — wieder aufgehoben sei! So ist wenigstens eine Unmenge Schreibarbeit verrichtet worden, eine impotente Regierungsverfügung erfolgte und wurde nach acht Tagen wieder zurückgezogen. Unser deutscher Regierungsapparat ist doch für die Wähler ein unerschöpfliches Reservoir.

Aus der Frauenbewegung.

Streikende Kellnerinnen.

In einem der größten Münchener Bierrestaurants, dem Münchener Anst.-Keller ist ganz plötzlich ein Streik der Kellnerinnen zum Ausdruck gelangt, dessen Entstehung auf Lohndifferenzen zurückzuführen ist. Die Kellnerinnen gehören dem Verbande der Gastwirtsgehilfen und -Gehilfen an und bekamen bisher pro Abend 50 Pf., Sonntags 1 M. Durch den Verbandssekretär ließen sie vor einiger Zeit eine Entlohnung von 1,50 und 2,50 M. fordern, die der Geschäftsführer nicht bewilligen wollte; er werde über eine Lohnherabsetzung mit der „Freien Vereinigung der Gastwirte“ in Unterhandlungen treten. Diese Unterhandlungen kamen aber nicht zum Abschluß. Am katholischen Feiertage Maria Empfängnis, nachmittags, stellten daher die Kellnerinnen die Arbeit ein. Die dann eingeleiteten Verhandlungen führten zur Anerkennung der Forderungen, worauf die Kellnerinnen die Arbeit aufnahmen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Das zweite der im Blüthenjahr veranstalteten Beethoven-Konzerte galt, unter Beachtung des pädagogischen Gesichtspunktes: vom Leichten zum Schwereren, von einfacheren zu komplizierteren Stücken, der Vorführung einiger Kammermusikwerke des Meisters. Zunächst wurde ein Quartett für Streichinstrumente gegeben. Ihm folgte eine der herrlichsten Kompositionen Beethovens: das Septett aus seiner ersten Entwicklungsperiode, welche dadurch charakterisiert ist, daß die ihr anfallenden Kompositionen wesentlich auf den durch Hand und Mozart entwickelten Klavierspieler und Gesangsdarstellerungen beruhen, aber eine mit seltener Tatkraft und inniger Empfindung ausgeglichene künstlerische Individualität beinhalten. Zur ersten und zweiten Violine, sowie der durch ihre eigentümliche Tonfärbung hervortretenden Viola alla und dem Cello gesellen sich bei diesem Septett noch der Kontrabaß, zwei Holzblasinstrumente (Klarinette und Fagott) und das Horn. Die ausführenden, mit Professor Dessau an der Spitze, sind Meisterausiker von hohem Ruf und Namen. Was wunder also, daß sie im solistischen und Zusammenpiel wunderbare künstlerische Leistungen vollbrachten! Ein ähnliches Lob verdiente sich Fräulein Elisabeth Oshoff durch den vollendeten Vortrag mehrerer Beethovenscher Lieder. Nebenbei nötigte das begeisterte applaudierende Publikum der durch Leo Kestner sehr gut auf dem Flügel begleiteten Sängerin noch eine Zugabe ab. Der 1500 Personen fassende Saal war im Vorderre und auf der Galerie dicht besetzt von anhängigen Zuhörern.

Das dritte Beethoven-Konzert (Orchester-Konzert) findet am Sonntag, den 15. Januar 1911, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Blüthenaal, Ruhowstr. 76, statt. Mitwirkende: Violine: Herr Alfred Wittberg, das Blüthen-Orchester unter Leitung von Herrn Kapellmeister Josef Strandsky.

Soziales.

Steuern und Bürgerrecht.

Um die Gültigkeit von Stadtverordnetenwahlen handelte es sich in einem eigenartigen kommunalrechtlichen Streitfall. Die Wahl von 5 Stadtverordneten in Stargard, die am 15. November 1909 erfolgt war, war von Herrn Falk mit folgender Begründung angefochten worden: Nach einem Gemeindefestschluß sei der 15. November, diesmal also der Wahltag, der Fälligkeitstag für die Zahlung der Vierteljahrssteuer pro Oktober-Dezember gewesen. Die Steuerfalle schließe mittags 1 Uhr. Am diese Zeit am 15. November 1909 hätten aber die meisten Wähler der dritten Abteilung ihre Steuern noch nicht bezahlt gehabt, weil nach der Städteordnung zu den Voraussetzungen des Bürgerrechts gehöre, daß jemand seit einem Jahre die ihn betreffenden Gemeindesteuern bezahlt habe. Somit seien die Wahlen zweier Rentiers, eines Oberamtsmeisters, eines Bücherrevisors und eines Handwerksmeisters ungültig.

Der Bezirksausschuß wies aber die Klage ab, und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Der Kläger mache erstens geltend, daß die meisten Wähler ihre Steuern nicht bezahlt gehabt hätten. Dieser Grund sei überhaupt nicht weiter erörterungsfähig, weil die Wählerliste hier allein maßgebend sei. Wer in der Wählerliste, die nicht angefochten oder endgültig festgesetzt ist, aufgeführt sei, der sei wahlberechtigt. Zweitens mache der Kläger geltend, die Gewählten seien nicht wahlberechtigt gewesen, weil sie ihre Steuern noch nicht bezahlt hätten. Es müsse aber verneint werden, daß sie ihr Bürgerrecht verloren hätten, weil sie bis zum 15. November ihre Steuern noch nicht bezahlt hätten. Es könne dahingestellt bleiben, welche Bedeutung der Fälligkeitstag überhaupt habe. Denn wenn die Städteordnung verlange, daß seit einem Jahre die Steuern bezahlt seien, dann könne auf keinen Fall der 15. November, der Wahltag, in dieses Jahr einbezogen werden. Es könne nur das Jahr berücksichtigt werden, das vor dem 15. November liege. Und in dem Jahre seien die Steuern bezahlt gewesen. Also wären die Gewählten am 15. November nach wahlbar gewesen. Es sei demnach ganz gleichgültig, ob an diesem Tage Steuern bezahlt werden mußten, ob die Kassensunden um 1 Uhr schlossen usw. Die Wahlen seien gültig.

Gerichts-Zeitung.

Eine Beleidigungsfrage gegen den Obermeister der Berliner Schmiedezunft.

Warnke, kam gestern vor dem Schöffengericht in Alt-Moabit zur endgültigen Entscheidung. Die Klage steht mit dem Schmiedeschrift im Sommer dieses Jahres im Zusammenhang. Im Juni erschien im „Vorwärts“ in dem Bericht von einer Schmiedeverammlung ein Zirkular des Innungsverbandes, durch das die Schmiedemeister aufgefordert worden waren, dem Beschluß der Innungsverammlung entsprechend die Forderungen der Gesellen nicht zu bewilligen und nicht mit ihnen zu verhandeln. Als dann die Vertreter der Gesellen, der 2. Alt-Moabitische Schmiedeverbandes, Schindly, und der Altgefellener bei dem Obermeister anfragten, ob vielleicht eine Verhandlung möglich sei, zeigte sich Herr Warnke sehr ungezogen, meinte erst, es sei alles Schwindel, was im „Vorwärts“ stehe, und sagte dann von dem Zirkular: „Das haben Sie doch wohl von dem Müller“ — dem früheren Altgefellener, der erst seit wenigen Jahren selbständig ist. Die Vertreter der Gesellen erklärten darauf ganz bestimmt, daß sie es nicht von dem Schmiedemeister A. Müller hätten, der Obermeister blieb jedoch bei seiner Behauptung und sprach dann — wie aus der gestrigen Zeugenvernehmung hervor — noch davon, daß das eine Betrügerei von Müller sei und dergleichen mehr. Der Schmiedemeister Müller, der von den Angeklagten des Obermeisters Kenntnis erhalten hatte, verklagte ihn wegen Beleidigung.

Im gestrigen Termin, bez wie bei vorhergegangenen unter Vorsitz des Amtsrichters Dollner stattfand, erklärte der Angeklagte selbst, es habe ihm gar nichts daran gelegen, zu erfahren, wer das Rundschreiben, das übrigens auch kein geheimes und vertrauliches gewesen sei, den Gesellen oder dem „Vorwärts“ geliefert habe. Sein Verteidiger, Justizrat Henningson, suchte den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß Müller wirklich das Zirkular geliefert habe. Der Beweis mißlang völlig. Der von der Verteidigung geladene Zeuge Stering, der 1. Hilfsvorsitzende des Schmiederverbandes und ebenso der von der Gegenpartei geladene Zeuge Schindler sagten aus, daß das Zirkular nicht von Müller gekommen sei, weder direkt noch indirekt. Der Verdacht, daß es Müller sei, stütze sich — und etwas weiteres konnte auch der als Zeuge benannte Schmiedemeister Hipp nicht aussagen — im wesentlichen darauf, daß man unter den Mitgliedern der Innung oder des Innungsvorstandes allgemein dieser Ansicht gewesen sei, weil Müller in einer Gruppenversammlung der Meister für Verhandlung mit dem Gesellenverband gesprochen hatte. Es wurde ihm auch vorgeworfen, daß er die übrigen Rundschreiben des Innungsvorstandes den Gesellen ausgeliefert habe, und im Anschluß daran bemerkte der Verteidiger, daß er als Syndikus der Arbeitgeberverbände nun schon seit 15 Jahren beobachtet, daß selbst die geheimsten Beschlüsse aus Arbeitgebervereinigungen dem „Vorwärts“ ausgeliefert würden. Das machte den Herrn schmerzen, rechtfertigt aber keineswegs die von seinem Klienten erhobene Beschuldigung.

Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Friedländer, betonte, daß Müller nach dem ersten Zirkular überhaupt keines von den Rundschreiben der Innung mehr erhalten habe. Uebrigens sei es ganz unlogisch, daraus, daß Müller in der Meisterversammlung frei und offen für eine friedliche Einigung mit den Gesellen eintrat, schließen zu wollen, er habe hintertrübs das fragliche Zirkular oder andere Rundschreiben den Gesellen übermitteln, was von dem Kläger als ganz entschieden bestritten wird. — Der Angeklagte erhob dann Wiberklage, weil der Kläger in einem Brief an ihn die Behauptung, er habe den Gesellen das Zirkular ausgeliefert, als „niederträchtige Verleumdung“ bezeichnet hatte. — Nachdem die Verhandlung schon über zwei Stunden gedauert hatte, verlangte der Verteidiger des Angeklagten weitere Beweisaufnahme über die Auslieferung des Zirkulars an die Gesellen oder den „Vorwärts“ und beantragte, daß unter anderem der „Vorwärts“-Redakteur Barth darüber vernommen werde.

Das Gericht lehnte jedoch die weitere Beweisaufnahme ab. Das Urteil lautete dahin, daß das Gericht beide Parteien für schuldig oder straffrei erklärte, weil es sich um auf der Stelle erwiderte Verleumdungen handle, die durcheinander kompensiert würden. Wenn auch zwischen der Verleumdung des Klägers und dessen beleidigenden Brief ein gewisser Zeitraum liege, so sei doch bei dem engen Zusammenhang zwischen diesen beiden Verleumdungen nach wiederholter Rechtsprechung des Reichsgerichts eine Kompensation möglich. In der Begründung wurde betont, daß nach der Beweisaufnahme der Kläger aus der Verhandlung als ein Mann hervorgegangen sei, dem nichts dergleichen, wie die Gegenpartei behauptet hatte, vorgeworfen werden könne. — Die Gerichtskosten sollen beide Parteien zu gleichen Teilen tragen; die Vertretungskosten sollen als kompensiert betrachtet werden.

Aus aller Welt.

Unwetter in Südeuropa.

Seit mehreren Tagen wird das südliche Europa, vor allem Italien und Spanien, von verheerenden Unwettern heimgesucht.

In Venedig, in der Lombardei und in Ligurien sind zahlreiche Ortschaften überschwemmt. In der Provinz Porto Maurizio sind fast sämtliche Eisenbahnverbindungen unterbrochen. Der Vießbach Argentina hat östlich von San Remo in den Dünenhainen und Obstgärten große Verheerungen angerichtet. Durch den Einsturz eines Bauernhauses wurden zwei Menschen getötet. Bei Vallanza entgleiste ein Personenzug infolge eines Erdbebens, der sich in der

Nähe der Station ereignete. — In den spanischen Provinzen sind die meisten Flüsse aus ihren Ufern getreten; besonders ist der Tago um mehrere Meter gestiegen und gibt Anlaß zu ersten Besürchtungen. Ein starker Sturm wüthet seit Sonntag abend in ganz Spanien und richtet großen Schaden an. Mehrere Eisenbahnzüge sind infolge von Erdbeben abgeschnitten und müssen auf offenem Felde stehen bleiben, wie z. B. bei Acajuez, Cáceres, Castilejo, Vilaca und Malaga. Bei Valencia sind zwei Züge entgleist. In Leon ist der Fluß aus seinen Ufern getreten. Ein junger Mann ist von den Fluten fortgerissen worden und ertrunken. In der Nähe von Cordoba sind drei Hirten vom Wasser fortgeschwemmt worden; zwei fanden den Tod in den Fluten. In Valladolid führte das Wasser mehrere Leichen mit sich, die noch nicht geborgen werden konnten. In der Provinz Cadix sind drei Personen durch einen Erdbeben schwer verletzt worden, einer wurde getödtet. In der Stadt Sevilla haben die Wasserfluten die niedrig gelegenen Straßen überschwemmt. Bei Santander strandete der Dampfer „Javelanos“. Die Mannschaft konnte gerettet werden. Der Dampferdienst zwischen den Balearen und Spanien ist eingestellt worden. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind größtenteils zerstört.

Ein schweres Grubenunglück

ereignete sich in der Nacht zum Sonntag auf der Zeche Bruchstraße bei Langendreer. Fünf Bergleute benutzten in einem Bremschacht der Zeche den Förderkorb, der mit ihnen in die Tiefe sauste. Drei von den Verunglückten waren sofort tot, einer starb nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus, der fünfte ist schwer verletzt.

Ergebnisse der Volkszählung.

Auch das letzte Jahrzehnt hat wiederum ein unverhältnismäßiges Anwachsen der Bevölkerungszahl der größeren Städte ergeben. So ist die Zahl der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern von 41 im Jahre 1905 auf 47 angewachsen. Städte mit über 200 000 Einwohnern zählte Deutschland vor fünf Jahren erst 10, während heute 23 solcher Städte gezählt werden. Die Zahl der Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern, die vor fünf Jahren 5 betrug, ist heute auf 7 angewachsen. Es sind dies Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden, Köln, Breslau. Zwischen 300 000 und 500 000 Einwohner zählten 4 Städte, nämlich Frankfurt a. M., Düsseldorf, Nürnberg und Charlottenburg; doch sind fünf weitere Städte, nämlich Hannover, Essen, Chemnitz, Stuttgart und Magdeburg nur noch wenig von der Grenze entfernt. Die Zahl der Städte mit mehr als 100 000 Einwohner betrug 1900: 33, 1895: 28, 1890: 26, 1880: 14 und bei der ersten Volkszählung im Reich am 1. Dezember 1871 nur 9.

Pfarrherrlicher Zauherdemon.

Als kürzlich in Südwestdeutschland eine scharf geschriebene Drohschüre in Umlauf kam, welche die Eltern davor warnte, ihre Söhne katholische Theologie studieren zu lassen, wurde angenommen, diese Arbeit stamme aus der Reminger'schen Verlagsanstalt in Würzburg. Als sich der Vater eines Theologiestudierenden an die Firma wandte, erhielt er nach dem „Schwarzwälder Boten“ folgenden Schreibebrief:

„Wir haben Ihnen kein Flugblatt zugesandt, die Sache ging von einem katholischen Pfarrer aus. Wir können aber nicht umhin, Ihnen zu bemerken, daß, wenn wir in E. wohnen würden, wir Ihnen eine in die Presse schlagen würden, daß Sie Zeit Ihres Lebens ein Andenken an uns hätten.“

Reminger Verlagsanstalt und Buchdruckerei.

An Deutlichkeit läßt dieses briefliche „Bekennnis“ sicher nichts zu wünschen übrig. Aber der liberale Pfarrer Grandinger hält

feinen katholischen Gemeindefürsorgern in dem von ihm herausgegebenen „Nordhalbener Grenzboten“ noch ganz andere Standpunkte; so urteilte er über ein katholisches Blatt: „Und sagt man solchen Blättern auf den Kopf, daß sie rückständig bis auf die Knochen sind, dann heult die Meute wie arretierte Dervische und alle Donnerwetter schlagen auf einen los. In jedem Hauf findet sich so ein vermaledeiter Geißelkopf, der für den insamen, erdbärmlichen Witz haustieren humpelt. Und in jedem Hauf gibt es Schwachsinnige, Kieckköpfige, Doldi, Dapschädel, Oysterische, Rindschädelige, Wasserköpfige, Gehirnbrüchige, Schwächliche, Schwändige, Wechselbälge und Weitschweifigkeit — und aus dieser Auslese rekrutiert sich der Leserkreis der Zentrumspreffe.“

Der katholische Pfarrer Grandinger muß es ja wissen.

Kleine Notizen.

Neue Margarinevergiftungen. Nach dem Genus von Baka-Margarine aus den Margarinewerken von Noth u. Co. in Altona sind in Elberfeld mehrere Personen erkrankt. Es wäre wirklich an der Zeit, daß schärfere Maßnahmen gegen den Versand der vergifteten Margarine ergriffen würden.

Der Tod in den Flammen fand die Tochter eines Bauern im Dorfe Deindorf in Varnen. Bei einem großen Brande, bei dem zwei Bauernanwesen niederbrannten, ist das junge Mädchen mit verbrannt.

Im Streit erschlagen. Bei einem Streit, der in der Nacht zum Montag zwischen zwei Arbeitern in Varmen entstand, wurde der 21-jährige Arbeiter Dormann mit einem Zaunpfahle erschlagen. Der Täter wurde verhaftet.

Bei dem Einsturz eines Gerüsts, auf dem 12 Arbeiter an der Ausbesserung des im Trockenbod des französischen Kriegshafens von Toulon befindlichen Linienschiffes „Suffren“ arbeiteten, wurde ein Arbeiter getödtet. Drei Arbeiter erlitten schwere, die übrigen leichtere Verletzungen.

Durch die Explosion in den Bockanadischen Kohlenbergwerken wurden nach einer neueren Meldung 20 Bergleute getödtet. 18 konnten gerettet werden, doch sind einige von ihnen schwer verletzt.

Die Cholera auf Madeira. Nach den amtlichen Feststellungen sind auf der Insel Madeira bisher 422 Fälle von Cholera vorgekommen, von denen 190 tödlich verliefen.

Gefährdeter Dampfer. An der Küste von Alaska ist der Dampfer „Olympia“ auf Grund geraten. In einem drahtlosen Telegramm wird von Bord des Dampfers nach New York gemeldet, daß die See stürmisch sei, so daß das Schiff auf den Klippen bin- und hergeworfen werde. An Bord des Dampfers befanden sich 108 Personen, unter ihnen 52 Passagiere.

Eingegangene Druckschriften.

- Pöbelgang aus der Tiefe. Erzählungen von R. Andersen. 2 Bde. 2. 75 R. — Die Insel. Geschichten von G. Janzon. 3 Bde. 4 R. G. Neuberger, Leipzig.
- Der richtige Berliner in Wörtern und Redensarten. Von G. Meyer. Geb. 3 R. H. S. Hermann, Berlin SW. 19.
- Alles um Liebe. Komödie von D. Eulenburg. — Puppentheater. Von R. Pöckl. 30 Bl. — H. Neclam, Leipzig.
- Wiener Volksbildungswesen. Von J. L. Stern. 2 Bde., geb. 2,50 R. — G. Diederich, Jena.
- Friedrich Nietzsche. Eine Biographie von Dr. S. Friedländer. 280 R. — G. B. Schöner, Leipzig.
- Der Goldwahn. Von E. L. Hausmann. 8. — R., geb. 0,50 R. — Pustkammer u. Rühlbrecht, Berlin W. 50.
- Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Von R. Böhler. 10 R., geb. 11 R. — Dr. B. Altmann, Leipzig.
- Geschichte des Christentums. Von J. M. Robertson. 1,50 R., geb. 4,50 R. — Neuer Franfurter Verlag, Frankfurt a. M.
- Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei. Von Dr. L. Bergströmer. 5 R. — J. C. B. Mohr, Tübingen.
- Die galante Zeit. (2. Band der illustrierten Sittengeschichte.) Von Eduard Fuchs. Mit 425 Textillustrationen und 65 Beilagen. In Leinen geb. 25 R. Verlag v. Langen in München.

Die Neu-Eröffnung
unserer bedeutend vergrößerten Verkaufsstelle

Müllerstr. 3a dicht am
Wedding

findet morgen, Mittwoch, nachmittag 4 Uhr statt.

Leiser
Schuhhaus größten
Stils.



Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gasarbeiter **Hermann Brüggemann** am 10. Dezember verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet morgen (Mittwoch), nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Rigorler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
288/7 Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filliale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns einer unserer Kämpfer, der Kollege **Hermann Brüggemann** von der Sektion Altdorf (Gasanstalt) entzogen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
294/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter **Julius Kienitz** am 12. d. M. im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Reichenhalle des Stralauer Gemeinde-Friedhofes, Lüneburgerstr. aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stuhlger **Martin Gerth** am 7. Dezember im Alter von 54 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
53/3 Die Bezirksverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gastwirt **Albert Menzel** verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Lützenkirchhofes, Färkertbrunnen Weg, aus statt.
Treffpunkt 3 1/2 Uhr beim Kol. Koppenfuß, Spandauer Berg 22.
35/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeullier.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Portefeullier **Max Donath** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Reichenhalle des neuen Jakobifriedhofes, Rigdorferstr. 99/105, aus statt.
157/90 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer **Georg Müller** am 10. Dezember an der Zuckerkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen (Mittwoch), den 14. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Reichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
131/1 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.
10-2-5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Hierdurch allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein Mann, unser Vater, der Schriftsetzer **Albert Röhl** nach langem, schwerem Leiden im noch nicht vollendeten fünfzigsten Lebensjahre am 11. Dezember verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 1 Uhr, von der Reichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Nach mehr als 25jähriger Mitarbeit an der technischen Herstellung des „Vorwärts“ starb am 11. Dezember der Schriftsetzer **Albert Röhl** im noch nicht vollendeten 50. Lebensjahre.
Wir bedauern das Hinscheiden des allzeit pflichttreuen und liebreichen Kollegen aus tiefster und werden ihm freundschaftliches Andenken bewahren.
„Vorwärts“
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co.

Todes-Anzeige.
Am 11. Dezbr. früh 7 1/2 Uhr, verstarb nach längerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter, der Schriftsetzer **Albert Röhl** im 50. Lebensjahre.
Sein aufrichtiger Charakter und sein kollegiales Wesen sichern ihm bei den Unterzeichneten ein dauerndes, ehrendes Andenken.
Das Personal der „Vorwärts“-Buchdruckerei Paul Singer & Co.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, mittags 1 Uhr, von der Reichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Typographia.
Unsern Mitgliedern die betäubende Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied **Albert Röhl** nach längerer Krankheit verstorben ist.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Der Vorstand.
Beerdigung siehe vorstehend. — Mögliche rege Beteiligung seitens der aktiven Mitglieder erwünscht.

Nach schwerem Leiden verchied im 50. Lebensjahre meine langgeliebte Frau **Louise Apitz.**
Dies zeigt allen Freunden und Genossen tiefbetrubt an **Franz Apitz.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Reichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Rigdorferstr. Hermannstraße, aus statt.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Nanny Mars** sagen wir hiermit allen Beteiligten, dem Genossen Waldock Manasso, den Funktionären der 3. Abteilung, den Zeitungsträgerinnen der Expedition, Lohner Straße und dem Gesangsverein „Morgengrauen“ unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Karl Mars.** 29258

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner geliebten Frau **Lucie Ullrich** geb. Nibert und für die zahlreichen Kranzspenden sprechen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Arbeiter-Turnverein „Schöneberg“, dem Regulus „Bombe“, der „Kranken- und Sterbefälle d. Schmeide“, den Kollegen der Buchdruckerei Gebhardt, Jahn u. Landt und dem Gesangsverein „Liederkreis W.“ unseren innigsten Dank aus.
Der trauernde Gatte **M. Ullrich** und Kind
Die trauernden Eltern **A. Hickert** und Frau nebst Kindern.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 6612
Jetzt Oranienstr. 139, gegenüber Kommandantenstraße.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kasse. Chiffre S. 100, „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Ein Weihnachtsgeschenk
das Nutzen mit Freude verbindet.



SINGER
Nähmaschinen nähen, sticken und stopfen.

SINGER
Nähmaschinen erhielten in Brüssel 1910 wieder den Höchsten Preis.

SINGER Co.
Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Achtung!

Es gibt mehrere Margarine-Fabriken mit dem Namen **Mohr**. Unsere renommierte Firma **A. L. Mohr, G. m. b. H., Bahrenfeld** hat mit den Erkrankungen in Hamburg nichts zu schaffen. Wir liefern unsere Ware nur an kaufmännische Geschäfte.
Die Margarine, durch deren Genuß die Erkrankungen vorkamen, stammt aus den **Altonaer Margarine-Werken Mohr & Co., Ottensen.**
Diese Ware ist in kaufmännischen Geschäften nicht zu haben, sondern wird in kleinen Post- und Bahn-Paketen mit der Aufschrift **„Backa“- und „Luisa“-Margarine** mit Umgehung des Zwischenhandels direkt an Private geliefert.
Man verlange in den Geschäften unsere bekannten und beliebten Marken, dann erhält man stets eine tadellose, schmackhafte und bekömmliche Margarine. Wir übernehmen für unsere sämtlichen Qualitäten jede Garantie.

A. L. Mohr, G. m. b. H., Bahrenfeld. 141/5

Schul-Tornister
Rindleder, ohne Pappe, 5 M. pro Stück.
Dokumenten-, Akten-, Noten-Mappen.
Gegr. 1828. **C. A. Flemming, Benthstr. 11.** am Spittelmarkt.

Engelhardt
Deutsch-Pilsner
Erstklassiges Spezial-Bräu
Flasche 10 Pf.
Überall käuflich.

MANOLI
CIGARETTES
zu haben in den Spezial-Geschäften **DANDY CHIC GIBSON GIRL LA FLEUR**

Mass-Schneiderei
für elegante **Herren-Moden**
Fertig u. nach Mass. Garantie für tadellosen Sitz u. beste Verarbeitung. Auf **Teilzahlung** Wochenrate von **1 M.** an.
J. Kurzberg
Rosenthaler Str. 40, direkt am Hackescher Markt, i. Laden u. L.E.
Kein Waren-Kredit-Haus.



Pelz-Stola-Verkauf
zu hervorragend billigen Preisen!
Eigene Kürschnerei.
eine große riesenhafte Auswahl detail
über **1000** Stolas von 8 Mark an
Colliers von 1,50 M. an
Echte Skunks-Stolas von 35 M. an

Eile zu Weile
Dresdener Str. 119, Eckhaus Oranien-Platz.
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.



Uhren- u. Möbel-Kredit-Haus
Inhaber **Carl Barthel** Joachim Hochmuth
Berlin O. 34, Zorndorfer Str. 54.
In neuen, modern eingerichteten Räumen. **Separate Abteilungen für Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen und Platten sowie komplette Wohnungs-Einrichtungen, bunte Küchen, einzelne Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Tischdecken usw.**
Alles auf bequemste Ratenzahlungen bei billigsten Preisen.
Amt VII 7580.



Lebensunterhalt
oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Private auf unserer erfindungreichen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 M. Anzahlung und bequemer Teilzahlung. Anlernen gratis. 18925*
— Streng reelles Unternehmen —
Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Köln Gen.-Dir. P. Hirschfeld, Berlin C. 19, Wallstr. 90/91

Zur 1. Klasse (Ziehung 13. und 14. Januar)
Preuss. Lotterie
Original-Lose 1/1 1/2 1/3 1/4 abzugeben.
M. 40.— 20.— 10.— 5.— 139/11*
A. Müller, Kgl. Lotterie-Einnehmer, Rixdorf-Berlin S. 59
Kottbuserdamm 70-71, nahe Hermannplatz.

Echte Nürnberger Bruchlebkuchen
Frischbackene Kuchen, keine gewöhnliche Markware, Qualität und Geschmack vorzüglich. Große und mittelgroße Backer, Braune, Weiße und Glanzlebkuchen gemischt in Carton Bo. f. No. 5 Pfund M. **3.50** und **10 Pfund M. 6.50.** Porto und Verpackung frei. Gegen Nachnahme oder Vereinfachung.
Carl Gropp, Nürnberg 34, Schweiggerstraße 31.

Mittwoch, den 14. Dezember, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zur gefälligen Beachtung!

Sonderdruck der „Neuen Welt“ auf starkem, weißem Papier (ähnlich dem Papier der „Berliner Illustrierten Zeitung“) gelangen mit Beginn des neuen Jahrganges zur Ausgabe. Diese Nummerung ist namentlich deshalb getroffen worden, um Freunden und Sammlern unseres illustrierten Unterhaltungsblattes, die Wert darauf legen, die einzelnen Jahrgänge gebunden zu besitzen, die „Neue Welt“ in besserer Ausmachung vorzulegen.

Die Sonderdrucke werden pro Nummer zum Preise von 5 Pf. abgegeben. Die Bezirksführer werden gebeten, den Expediteuren, zu denen der Bezirk gehört, schnellstens Mitteilung darüber zu machen, wieviel Abnehmer sich in ihrem Bezirk voraussichtlich für diese Nummerung finden werden.

Die Parteispeditoren bitten wir, der Expedition des „Vorwärts“ spätestens bis zum 17. Dezember Nachricht zu geben, wieviel Exemplare in ihrem Expeditionsbezirk verlangt werden.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Sächter Wahlkreis. 1., 2., 3. Abteilung. Am morgigen Zahlabend werden sämtliche Mitgliedsbücher der drei ersten Abteilungen zur Kontrolle und Umschreibung eingezogen. Die Genossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Maricasse. Am Mittwoch, den 14. d. Mts., findet an Stelle des Zahlabends eine Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Groger spricht über das Parteiprogramm. Gäste haben Zutritt.

Johannisthal. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei Senftleben. Die Bibliothek bleibt bis auf weiteres geschlossen. Der Vorstand.

Adlershof. An Stelle des am Mittwoch, den 14. Dezember, fälligen Zahlabends findet eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal von Kaul, Bismarckstr. 16, statt. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokale Heiderich, Berliner Straße 25, Zahlabend.

Sonntag, den 18. d. M., morgens 7 1/2 Uhr, von den bekannten Bezirkslokals (in Königs-Wusterhausen nur vom Lokale Heiderich, Berliner Str. 25) aus Verbreitung des Agitationskollektors „Märkischer Landbote“. Der Vorstand.

Bohnisdorf. Am Mittwoch, den 14. d. Mts., bei Rentel (Willa Kahl): Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin, Diskussion, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Beiträge werden vor Beginn der Versammlung in Empfang genommen. Der Vorstand.

Mahlsdorf-Kaulsdorf (Ostbahn). Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, am Mittwoch zu den Zahlabenden vollzählig zu erscheinen, da sehr wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind. Ferner möchten wir darauf aufmerksam machen, daß unsere diesjährige Weihnachtsfeier am ersten Weihnachtstage, abends, im Lokale des Herrn Hinte, Mahlsdorf, Grunowstraße, stattfindet. Die Bezirksleitung.

Französisch-Buchholz. Morgen Mittwoch bei Köhne: Mitgliederversammlung. Vortrag und wichtige Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Der „silberne Sonntag“

wurde merklich beeinflusst durch starken Nebel, der vom Sonnabendabend bis in den Sonntagnachmittag hinein ununterbrochen anhielt. Auf den Flußläufen in und rings um Berlin, wo man infolge des Schiffsunfalls auf der Oberspree bei Stralau besonders vorsichtig geworden war, stockte der Verkehr gänzlich. Viele Fernzüge liefen, da auch außerhalb Berlins Nebel herrschte, mit erheblicher Verspätung ein, so daß die Sonntagspost nicht überall rechtzeitig bestellt werden konnte. Auf den Straßen konnte man noch gegen Mittag in dreißig Schritt Entfernung keinen Wagen sehen. Der Ausflug in die bis 8 Uhr abends geöffneten Geschäfte blieb zunächst in sehr mäßigen Grenzen und hob sich erst in den letzten Stunden, ohne den Umfang früherer Jahre zu erreichen. In den großen Warenhäusern gab es zwar stellenweise sehr starken Andrang, aber man schien sich die Kauflust doch mehr für den „goldenen Sonntag“ aufgespart zu haben. Die beiden Sonntage vor Weihnachten haben allerdings von ihrer früheren Popularität immer mehr eingebüßt, weil selbst die weniger bemittelten Kreise sich daran gewöhnt haben, ihre bescheidenen Weihnachtseinkäufe in der Woche zu besorgen. Von der rechten Weihnachtsstimmung war überhaupt nicht viel zu spüren, da die Großstadtstraßen erst am Montag das grüne Tannenkleid anzogen.

Die Luftbarkeitssteuer in der Kommission.

In der fünften Sitzung des mit der Vorberatung der obigen Steuerordnung betrauten Ausschusses wurde bekanntlich eine kleine Unterkommission eingesetzt, die versuchen sollte, die Luftbarkeitssteuer auf eine andere Grundlage zu stellen. Diese kleine Kommission, der ein Vertreter von und angehört, hat in drei langandauernden Beratungen sich ihrer Aufgabe unterzogen und die folgenden Beschlüsse gefaßt, die zu einem Teile Änderungen der Magistratsvorlage bedeuten:

Während nach der Magistratsvorlage alle unentgeltlichen Veranstaltungen der Steuer unterliegen und Ausnahmen nur dann stattfinden, wenn solche Veranstaltungen ausschließlich wissenschaftliche oder bildende Zwecke verfolgen, wünscht die Kommission, daß alle unentgeltlichen Luftbarkeiten steuerfrei bleiben sollen. Bei unentgeltlichen Theateraufführungen, desamatorischen Vorstellungen, Rezitationen und anderen Vorträgen sowie bei Tanzlustbarkeiten tritt die Steuerpflicht erst ein, wenn das Eintrittsgeld 1 M. übersteigt. Alle übrigen unentgeltlichen Veranstaltungen sind steuerpflichtig, sofern ein Eintrittsgeld von mindestens 25 Pf. erhoben wird. Die Unterscheidung der Steuer nach der Dauer der Veranstaltungen (über 11 bezw. 12 Uhr nachts hinaus) fällt fort. Programmpreise und Garderobengeld, soweit sie den Normalfall von 20 bezw. 30 Pf. übersteigen, sollen zur Vermeidung von Umgehungen dem Eintrittspreis zugerechnet werden. Bei Ausgabe von Eintrittskarten gelangt immer die Kartensteuer zur Erhebung. Die Raumsteuer wird nur subsidiär vorgesehn. Eine Ausnahme soll nur bei den Kabarets und den Tanzlustbarkeiten über 1 Mark gemacht werden, die beide immer der Raumsteuer unterliegen. Die Raumsteuer beträgt für diese zwei Arten von Veranstaltungen 20 M. bei einer Grundfläche von 100 Quadratmeter und weniger, sowie je 10 M. für je 1 bis 50 Quadratmeter mehr.

Diese Änderungen der Magistratsvorlage unterlagen in der gestrigen, sechsten, Sitzung der Prüfung des Volksausschusses und wurden nach eingehender Beratung angenommen. Die §§ 8 bis 18 betreffen das formale Verfahren; sie gelangen nach unweiliger Debatte nach den Vorschlägen des Magistrats zur Annahme.

Die erste Lesung der Vorlage war damit beendet. In die zweite Lesung beabsichtigt man erst im neuen Jahr einzutreten.

Lehrer und Volkszählung. Wie in anderen Orten, finden nun auch in Berlin Ermittlungen darüber statt, warum sich einzelne Lehrer an der Volkszählung als Zähler nicht beteiligt haben. Die Stadtschulinspektoren verlangen die Angabe von Gründen, aus denen die Beteiligung als Zähler abgelehnt worden ist. Zum weiteren genauen Bericht werden die Gründe aufgeschrieben. In einem Erlaß hatte der Kultusminister die Beteiligung bei der Volkszählung als eine freiwillige bezeichnet. Es hieß in dem Erlaß: „Wie bei den früheren Zählungen die Lehrer das Ehrenamt eines Zählers freiwillig übernommen haben, so zweifle ich nicht, daß sie auch diesmal an der Lösung der Aufgabe im allgemeinen Interesse freiwillig mitwirken werden.“ Wo bleibt nun die Freiwilligkeit, wenn hernach jeder sich rechtfertigen muß, warum er nicht mitgezählt hat? In einem gleichen Falle schreibt dazu die „Pädagogische Zeitung“: „Es ist der alte Lauf der Dinge: Der Herr Minister zweifelt nicht, daß die Lehrer sich freiwillig an der Arbeit beteiligen werden; die Regierung erwartet schon bestimmt usw. Untergeordnete Instanzen fordern die Lehrer auf zu zählen, und der Schulinspektor läßt sich schließlich bereit finden, mit strenger Amtsmiene zu fragen: Warum willst du nicht zählen? Die Begeisterung der Lehrer für die gute Sache wächst ins Ungemessene.“ Ueber die ungenügende Beteiligung der Lehrer in den verschiedenen Ehrenämtern dürfte man eigentlich an keiner Stelle klagen, sind doch etwa 25 Proz. aller Lehrer Berlins ehrenamtlich tätig. Wer an der Zählung nicht mitwirken wollte, der hat jedenfalls seine guten Gründe dazu gehabt, die festzustellen wahrlich unnötig erscheint. Bei den Beamten heißt es eben: Auch ein Wunsch ist ein Befehl. Wartet euch das fürs nächste Mal!

Zur Förderung des Obstbaues im Kreise Teltow hat der Kreis-ausschuß die Gründung einer Obstverkaufts- und Verwertungsstation als Gesellschaft m. b. H. beschlossen, deren Betrieb unter Aufsicht des Kreises nach streng kaufmännischen Grundfahen gedacht ist. Durch diese Einrichtung soll den Obstzüchtern höherer Ruben aus ihren Ernten gesichert und vor allem die rationelle Verwertung weniger haltbarer Obstsorten gewährleistet werden. Die Ernten werden hier sortiert und in zusammengelegten Mengen entweder als Früchthof sofort auf den Markt gebracht oder als Spätobst in Obsthäusern bis zum eventuellen rationellen Verkauf gelagert. Weniger haltbares Obst soll zu Volksmarmelade und ähnlichen verarbeitet werden. Das Gründungskapital soll 100 000 Mark betragen. Der Kreis wird sich mit einer größeren Summe beteiligen. Im Einverständnis mit der städtischen Deputation für die Kanalisationwerke und Güter hat der Magistrat Berlin beschlossen, fünf Geschäftsanteile von zusammen 2500 M. zu erwerben.

Taschen zu!

Das Verlagshaus für Volksliteratur und Kunst, Berlin SW. 68, Gitschinerstr. 13, in ganz Deutschland bekannt durch die Herausgabe der ärgsten Schand- und Schänderomane, glaubt in den jetzigen Tagen vor Weihnachten die Zeit für einen Extracoup gekommen. Seit Tagen werden wieder überall in Türpalmen und Briefkästen die bekannten Zehnspfennighefte gesteckt, die den Anfang eines neuen „Romans“ darstellen, der diesmal unter der vielversprechenden Flagge „Die Bettelgräfin oder die Schwälsale einer Grafentochter“ segelt. Ueber das erbärmliche Geludel, das — und da liegt die Spekulation! — mit dem Weihnachtsabend beginnt, auch nur ein Wort zu verlieren, ist der Mühe nicht wert; gottvoll aber ist der Vermerk auf dem Deckel des Festes: Komplette M. 10.— (1) Dieser Vermerk wirkt ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Geschäftspraxis dieses und ähnlicher Verlagshäuser. Da das Heft auch diesmal den bekannten Vermerk trägt: „Dieses Heft wird wieder abgeholt“, so werden in den nächsten Tagen zweifellos die Agenten der Firma vorsprechen. Man lehne Aufforderungen zum Abonnement entschieden ab und halte die Taschen zu!

Ueber das Gänseauspicken brachten wir in der Nummer vom 11. November eine Notiz, in der dargelegt wurde, daß bei diesem Auspicken lediglich der Veranstalter den Nutzen habe, sei es durch entsprechende Maßnahme aus dem Erlös der verkauften Anteile oder durch die dabei gemachte Beute. Wir sagten das, ohne auch nur den geringsten Vorwurf gegen die Veranstalter zu erheben. Dem nun Schluß hieß es: „Aber Geschäft ist eben Geschäft und wer sich „bedebbern“ läßt, soll sich nicht beklagen.“ In seiner Nummer vom 10. Dezember kommt nun der „Freie Gastwirt“ auf unsere Notiz zurück und meint, dieselbe habe „in Kollegenkreisen berechtigten Unwillen hervorgerufen.“ Wenn auch eine solche Wirkung von uns nicht beabsichtigt gewesen ist, so gäben einzelne Ausführungen hinreichenden Anlaß dazu. Diejenigen Wirte, auf die unsere Bemerkungen teilweise gemünzt sein könnten, gingen frei aus, da deren Gäste nur selten Leser des „Vorwärts“ seien.

Damit wird allein schon zugegeben, daß unsere Bemerkungen nicht allgemein auf alle Wirte — am allerwenigsten auf die reellen Gastwirte — bezogen werden können. Im übrigen enthielt unsere Notiz, wie jeder aufmerksame Leser zugeben muß, nicht die geringste persönliche Spitze und wir wundern uns nur, daß nach vier Wochen bei einigen Leuten eine Empfindlichkeit zutage tritt, für die ein begründeter Anlaß wirklich nicht vorliegt.

Ein Unfall Thelens. Auf dem Flugplatz Johannisthal ereignete sich gestern nachmittags 1 Uhr ein Unfall des bekannten Wrightfliegers Robert Thelens, durch welchen eine Dame, eine Schülerin des Piloten, nicht unerheblich verletzt wurde. Thelen hatte mit der Bildhauerin Fräulein Weese aus Dresden an Bord einen Passagierflug gemacht und umkreiste ganz gegen seine Gewohnheit die Bahn in einer Höhe von 6-7 Metern. Plötzlich brach der rechte Holzpropeller und die Maschine sauste senkrecht zu Boden. Thelen, der unverletzt geblieben war, befreite seine Schülerin aus dem Getwir der Drähte und Stangen und brachte die junge Dame, die sich infolge eines Knöchelbruchs, den sie bei dem Sturz erlitten hatte, nicht erheben konnte, zu einem Adlershofer Arzt. Der Wrightapparat ist vollkommen zertrümmert.

Ein gedecktes Niesenstadium für Berlin soll in naher Zeit errichtet werden. Das den Weischen Erben gehörige Grundstück, die Spreckelsinsel am Bahnhof Tiergarten, ist, wie wir erfahren, von der neugegründeten Krenagesellschaft gekauft worden. Auf diesem 32 000 Quadratmeter umfassenden Terrain soll ein von allen sportlichen Kreisen längst ersehntes Stadion errichtet werden. Der Bau wird im Umfange des Colosseums zu Kom ausgeführt werden.

Ein Fremdschiffsdienst hat für zwei Arbeiter erhebliche Unannehmlichkeiten heraufbeschworen. Ein in der Krudstraße

wohnender Arbeiter hatte, da er arbeitslos war, sich bereit erklärt, für einen Freund, der gerade Arbeit hatte, aber in Folge einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe verbißten sollte, diese Strafe abzulösen. Unglücklicherweise hatte er aber den Geburtstag seines Freundes vergessen, was sich bei der Entlassung herausstellte. Die Folge wird nun ein Verfahren gegen Weese sein.

Zu dem Zusammenstoß auf der Oberspree am Sonnabendabend, über den wir in unserer Sonntagsnummer kurz berichteten, geben wir nachstehend den ausführlichen amtlichen Bericht.

Gegen 5 Uhr nachmittags passierten zwei Schlepplampfer mit Köhnen den Treptower Park in der Nähe der Tabackischen Mörkelwerke. Der eine der Lampfer, „Achilles“, der von dem Kapitän Bercher aus Steynitz gesteuert wurde, hatte einen mit Petroleum und Öl gefüllten Kahn im Schlepptau, der in Köpenick ausgeladen werden sollte. Ihm entgegen kam der Lampfer „Tabbert“, der drei Frachtkähne der Rummelsburger Mörkelwerke nach Spandau befördern sollte. Der Lampfer „Achilles“ und sein Schlepplampfer hatten beide des dichten Nebels wegen, der über der Wasserfläche lagerte, vorschiffsmäßig Bug- und Hecklaternen ausgehängt. Als Kapitän Bercher bemerkte, daß er sich einem anderen Schlepplampfer nahe, steuerte er nach links und näherte sich dem Treptower Ufer. Auch der Lampfer „Tabbert“ hatte den „Achilles“ gesichtet und gab den ihm folgenden drei Köhnen Strenesignale, daß ein Schiff von Nordwest nahe. Offenbar hatte der Steuermann des ersten folgenden Köhnes jedoch das Warnungssignal nicht verstanden, denn ansatt nach rechts, steuerte er scharf nach links. Infolgedessen schoß der Kahn mit großer Geschwindigkeit auf das Schlepplampfer des „Achilles“ los und riß die linke Seitenwand des Bootes vollständig auf. In diesem Augenblick des Zusammenstoßes vermochte sich der Steuermann des angegriffenen Schlepplampfers, Max Dölle aus Speerhagen, zu retten, indem er auf das Vorderdeck des Mörkelkähnes sprang. Der Eigentümer des Köhnes, Karl Warnig aus Dufendorf, befand sich im Augenblick der Katastrophe mit seiner Gattin in der Kajüte. Es gelang ihm, die ohnmächtige Frau auf das Deck zu schaffen, wo sie von seinem Steuermann auf den Mörkelkahn hinübergeschafft wurde. Warnig selbst stürzte noch einmal in die Kajüte, um sein 1 1/2-jähriges Töchterchen zu retten. In diesem Augenblick verankert jedoch der Kahn und riß den Schiffes mit seinem Kinde in die Tiefe. Die beiden Leichen konnten erst am Sonntagvormittag geborgen werden. Die Unfallstelle ist bis auf weiteres gesperrt.

Straßenbahnunfälle. Am Sonntagvormittag gegen 12 Uhr wurde auf der Schöneberger Brücke der Chauffeur der Kraftdroschke 9556 von dem Straßenbahnwagen 2197 der Linie 98 beim Kreuzen der Straßenbahnstraße so heftig angefahren, daß die Karosserie zertrümmert wurde. Der Insasse des Autos, Musikdirektor Behne, Reichenberger Straße 145 wohnhaft, erlitt bei dem Zusammenstoß mehrere Kopfverletzungen und Schnittwunden im Gesicht, so daß er nach der Unfallstation am Schöneberger Ufer gebracht werden mußte.

Ein zweiter Straßenbahnunfall trug sich am Rigdorfer Ringbahnhof zu. Dort wollte die 25jährige Frau Ernestine Meyer, Charlottenburg, Bismarckstraße 24 wohnhaft, den Hinterpetron des Motorwagens 1222 der Linie 55 verlassen, kam jedoch zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Oberarmes. Die Verunglückte wurde nach dem Budower Krankenhaus gebracht.

Lebesehen haben elf Jungen im Alter von 8-14 Jahren gemacht von 1000 Mark gestohlenen Gelde, das kürzlich ein achtjähriger Junge einem Gärtnerknecht auf dem Gärtnerey in Rummelsburg entwendet hatte. Die Kleinen machten von dem Gelde Reisen, veranstalteten Jagelager mit gleichaltrigen Mädchen und übten sich in einem Hippodrom in der Reitanst. Auch die Rentpöppe wurden fleißig bespitzt. Das Ende vom Liede dürfte Fürsorgeziehung sein.

Ein schwerer Baunfall ereignete sich, wie uns erst jetzt berichtet wird, am Donnerstag auf einem Bau in der Eintracht. Dort ist ein Lastkraftwagen zur Beförderung des Materials aufgestellt, er fährt bis zum Keller. Vor vielen Seilen und Material war er kaum zu sehen und so kam es, daß ein Arbeiter gerade in dem Moment darunter hinwegging, als der Kraftwagen von oben herunter kam. Dem Arbeiter wurde die Wirbelsäule gebrochen. In hoffnungslosem Zustand wurde der Verunglückte nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Ein Opfer seines Berufs ist in der Nacht zum Montag der 46jährige Droschkentischer Herrmann Ludwig aus der Gleimstr. 58 geworden. Als er, der in der Wabstraße hielt, gegen 1 Uhr den Antikahof bestiegen hatte, um nach Hause zu fahren, schaute plötzlich das Pferd vor einem vorüberfahenden Automobil und jagte in wildem Galopp die Wabstraße entlang. An der Ecke der Prinzenallee wurde der Kutscher, der die Herrschaft über das Tier vollständig verloren hatte, in weitem Bogen von seinem Sitz geschleudert. Er schlug so heftig auf das Straßenpflaster, daß er blutüberströmt und bestimmungslos liegen blieb. Von Passanten wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Wabstraße gebracht, wo bei 2 schwere innere Verletzungen, ein komplizierter Schädelbruch und eine klaffende Stirnwunde festgestellt wurden. In sehr bedenklichem Zustande wurde der Droschkentischer, nachdem ihm Notverband angelegt worden waren, nach dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus übergeführt.

Die Jugendschriften-Ausstellung im Gewerkschaftshause wurde am Sonntag von über 2000 Personen besucht. Heute und die folgenden Tage sind Jugendschriften- und Wandschmuck-Ausstellung von 9-9 Uhr geöffnet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Das verhinderte Friedhofprojekt.

Scharfe Schlaglichter auf die Fürsorge, die die preussische Regierung dem Wohle der großstädtischen Bevölkerung angedeihen läßt, wirft, außer dem Verhalten des Kriegsministeriums beim Verkauf des Tempelhofer Feldes das Bestreben der Regierung zum Vorteil der Kirchenynoden die Errichtung neuer Gemeinde-Friedhöfe zu verhindern.

Die Einnahmen der Kirchen aus dem Klingelbeutel sind heute nur spärlich; die Kirchensteuern dürfen nicht zu hoch geschraubt werden, da die zahlreichen Austrittserklärungen aus der Landeskirche sich dann noch vermehren würden. Aber wenn die Kirche so die Lebenden nicht genügend schröpfen kann, so geht sie bei den Verstorbeneu um so unerbitterlicher vor. Am meisten schröpft dabei die Hinterbliebenen der Begrabenen. Allerdings sucht sie aus diesem Grunde auch die Leichenverbrennung möglichst zu verhindern und zu erschweren, und die preussische Regierung ist ihr dabei ebenso behilflich, wie sie den Agrariern zur Erhaltung hoher Fleischpreise behilflich ist. Die Kosten der Leichenverbrennung sind auch heute allgemein noch so hoch, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung daran denken kann, auf diese Weise sich den Fingern der Kirche entziehen zu können. Reicht müssen die Hinterbliebenen heute ihre verstorbenen Angehörigen beerdigen lassen, und wo es keine kommunalen Friedhöfe gibt, müssen sie froh sein, wenn sie sie gegen schwere Gebühren auf einem

Kirchlichen Friedhöfe beerdigen dürfen. Was aber die Kirche da mit den Begräbnisstellen für einen Bodenwucher treiben, ist ganz unglaublich. Für die Beerdigung einer Kindergrablege auf einem Friedhofe an der Wilhelmschaussee wurden nach Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ vom 23. Mai 1900 2000 Mark verlangt.

Diese kolossale Brandschädigung der Hinterbliebenen Gestorbener durch die kirchlichen Friedhöfsverwaltungen brachte allmählich die Gemeindebehörden auf den Gedanken, neben den im Besitz der Kirchen befindlichen Friedhöfen seitens der Gemeinden ebensolche zu errichten. Hier wurden zunächst die Stadtkirchen auf Kosten der Gemeinden beerdigt und für andere Beerdigungen nur solche Beiträge erhoben, die ausreichen, um allmählich die gesamten Kosten der Herstellung und des Betriebes des Friedhofes zu decken, die daher bedeutend niedriger als die von den Kirchensynoden verlangten sind. Sie wurden namentlich in den letzten Jahren deshalb auch vielfach von Angehörigen des besseren Mittelstandes benutzt. Selbst kreie Angehörige einiger Kirchengemeinden, deren bisherige Friedhöfe voll besetzt waren, und deren Verstorbene nicht auf anderen kirchlichen Friedhöfen untergebracht werden konnten, sahen sich genötigt, dieselben auf dem Berliner Gemeindefriedhofe in Friedrichsfelde beerdigen zu lassen. Wie die Berliner Stadtsynode das merkte, entschloß sie sich, ein großes Terrain bei Stahnsdorf zwischen Potsdam und Teltow zu kaufen, um auf demselben einen Sammelfriedhof, den Zentralfriedhof für Groß-Berlin anzulegen, auf dem nicht nur verstorbene Mitglieder aller Kirchengemeinden von Groß-Berlin, sondern auch Verstorbene, die außerhalb derselben gestanden hatten, gegen entsprechende Bezahlung beerdigt werden konnten. Allerdings dürfen hier diese Leichen Andersgläubiger nur auf einem „separaten Beerdigungsblok“ und ohne Ansprachen und andere Feierlichkeiten beerdigt werden. Dabei ist die Verbindung mit diesem Zentralfriedhof von Berlin und den meisten Vororten auf höchst unständlich und zeitraubend, teils per Bahn, teils mit Omnibus oder, wenn dieser besetzt ist, zu Fuß auf schlechtem Wege. Es ist eine ziemliche Tagesreise hin und zurück, deren öftere Wiederholung sich für die meisten Leidtragenden schon der Kostspieligkeit und der Zeitverschwendung wegen verbietet, wodurch den meisten Hinterbliebenen der öftere Besuch der Gräber ihrer Lieben und die pietätvolle Pflege ihrer Gräber geradezu zur Unmöglichkeit gemacht wird, denn auf dem schattigen und wasserlosen Terrain muß jeder Gräberblock ohne fleißige Pflege bald verdorren. Es entstand daher in Berlin und den meisten Vororten bald eine ziemlich starke Abneigung gegen die Beerdigung verstorbener Angehöriger auf diesem Zentralfriedhofe bei Stahnsdorf. Aber wie die Synodalen das erfahren, bestimmten sie die Regierung und die Ministerien, die Genehmigung zur Errichtung weiterer kommunaler und kirchlicher Friedhöfe zu verweigern oder ihnen soviel Schwierigkeiten zu machen, daß man von ihrer Errichtung absteht. Denn es würde die Unmöglichkeit des Stahnsdorfer Zentralfriedhofes schwer schädigen, wenn in Groß-Berlin noch weitere Friedhöfe, besonders für wohlhabende Kirchengemeinden oder Kommunen errichtet würden. Sie hatten Erfolg. Als die treuesten und dienstbefähigsten Stützen des Thrones finden sie bei der Regierung stets Gehör und Förderung ihrer Interessen. Der Kultusminister ersuchte den Landwirtschaftsminister sowohl kirchlichen wie kommunalen Ackerbesitzer fernerhin die Genehmigung zur Anlage von Friedhöfen auf eigenem oder fremdem Terrain zu verweigern. Dieser tut es unter der Begründung, daß die bauliche Weiterentwicklung der eigenen oder anderen Gemeinden dadurch gefördert werde.

So wurde auch jüngst der Gemeinde Charlottenburg, die noch vielen vergeblichen anderweitigen Bemühungen seit einiger Zeit mit dem Landwirtschaftsminister wegen Ueberlassung eines Terrains am Liesewerder bei Spandau behufs Errichtung eines dringend benötigten Gemeindefriedhofes in Unterhandlung stand, die demnachst bei einem vereinbarten Preise von circa 2 1/2 Millionen Mark zum Abschluß kommen sollte, plötzlich dadurch unterbrochen, daß der Landwirtschaftsminister dem Charlottenburger Magistrat mitteilte, der Kultusminister habe ihm erklärt, er wolle den Verkauf dieses Geländes für Friedhofszwecke nicht, deshalb habe er kurz darauf über das Gelände anderweitig verfügt. Man hat es nämlich an einen anderen Ackerkultanten, die Aktiengesellschaft der Charlottenburger Wasserwerke, mit der man — ähnlich wie es in betreff des Tempelhofer Feldes gemacht worden ist — schon einige Zeit in Unterhandlung gestanden hatte, verkauft. Dieses Verhalten der Regierung ist geeignet, den größten Unwillen in der Bevölkerung hervorzurufen. Der Fall zeigt erneut, daß die Regierung den Großberliner Gemeinden bei Ausführung ihrer wichtigsten Aufgaben erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellt.

Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten

Am kommenden Jahrestag wird zum Beitritt für den in Charlottenburg neugegründeten Verein „Arbeiter-Jugendheim“ aufgefordert werden. Die Schaffung des Vereins war eine dringende Notwendigkeit. Deshalb haben Vertreter von Partei und Gewerkschaften ihre volle Zustimmung dazu gegeben. Wollen wir nicht den Gegnern das Feld überlassen, so müssen wir unserer Jugend ein Heim schaffen, in dem sie im Geiste einer freien Lebensanschauung herangebildet wird. Die dunklen Abstriche der Gegner, der „Christlichen“ und „Patrioten“ finden bei den Unternehmern und der Stadtverwaltung reiche Unterstützung. Mit ihrem Gelde sind in Charlottenburg Beherbergungsheime geschaffen worden, die im Interesse der Besitzenden wirken sollen. Die Anstrengungen auf jener Seite, die Jugend für sich einzufangen, mußte uns veranlassen, mehr als bisher für unsere Jugend zu tun. Wir fordern deshalb Männer und Frauen auf, sich dem Verein „Arbeiter-Jugendheim“ anzuschließen und erwarten, daß sich dieser Pflicht niemand entzieht.

Sozialdemokratischer Wahlverein.
Charlottenburger Jugendauschuss.

Rixdorf.

Die Beschlusfassung über die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen steht auf der Tagesordnung der am Donnerstag, den 16. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung. Aus der übrigen Tagesordnung sei noch erwähnt: Einrichtung von neuen Lehrer- und Lehrerinnenstellen an den Gemeindefriedhöfen. Bauliche Änderungen und Erweiterungen im ersten Bauteil des städtischen Krankenhauses in Rudow. Neubauten auf dem Nieselsgraben Wilmannsberg. Erhöhung des Kanalisationsbeitrages.

Steglich.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich gestern vormittag an der Ecke der Göttinger und Friedrichsruher Straße. Dort wird ein Neubau ausgeführt, der bis zur vierten Etage gediehen ist. Als gestern vormittag gegen 10 Uhr die Maurer Paul Bollert und Richard Jappert in der Höhe des vierten Stockwerkes, auf dem Baumgerüst stehend, arbeiteten, brach dieses plötzlich aus bisher noch nicht gekannter Ursache unter ihnen zusammen. Die beiden Männer stürzten kopfüber in die Tiefe und wurden unter den Brettern vollständig begraben. Von den Arbeitskollegen wurden die Verunglückten innerhalb weniger Minuten aus ihrer entsetzlichen Lage befreit und in besinnungslosem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt, wo festgestellt wurde, daß sie schwere innere Verletzungen und eine Quetschung des Halsgates erlitten hatten.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. In diesem Jahre war die Anzahl der übertragbaren Krankheitsfälle, wie Diphtherie, Scharlach usw. weit über Erwartung groß, so daß die Mittel, welche im Etat für Desinfektion eingeplant waren, vor Ablauf des Rechnungsjahres aufgebraucht waren. Deshalb wurden 1000 M. nachgefordert und bewilligt, wobei der Wunsch zum Ausdruck kam, daß Erhebungen angestellt werden möchten, welche Ursachen die Häufung der Krankheitsfälle — bis 10. November waren 159 gegen 118 im ganzen Jahre 1900 gemeldet — herbeiführten, damit man eventl. Vorbeugungsmaßnahmen treffen könne. An Schullindererziehung und eine vernünftige Wohnungspolitik dachte hierbei wohl keiner der bürgerlichen Herren. Genosse Pinsler wünschte, daß die Schullinder, die durch Krankheit in der Familie, besonders zur Uebertragung auf andere geeignet seien, früher vom Unterricht entbunden würden wie bisher.

Eine andere Nachforderung, der man an sich zustimmte, weil sie verwandt werden soll bei der Verbreiterung des Fußsteigs der Schloßstraße am Pfarrgrundstück zur Verschönerung des Strogebüdes (an Stelle eines geschlossenen Zaunes eine sogenannte Pergola zu errichten, d. i. ein offener Lattenzaun in geschmackvoller Ausführung, wie er am Schulgrundstück bereits vorhanden ist), erregte eine heftige Debatte deswegen, daß erst nachträglich die Zustimmung eingeholt wurde, nachdem die Arbeit bereits begonnen ist. Der Grund lag in der ursprünglichen hartnäckigen Weigerung des Superintendenten a. D. Klügel, der das Treiben des arbeitsfähigen Jungfrauenvereins nicht den profanen Wänden der Sonntagsspaziergänger preisgeben wollte.

Die etatlichen Mittel zur Entschädigung für Vertretung erkrankter Lehrkräfte sind ebenfalls vorzeitig erschöpft worden, zufolge mehrerer und langandauernder Erkrankungen von Lehrpersonen. Genosse Dehler glaubte die Schuld an dieser Erschöpfung auf Ueberbürdung der Lehrkräfte zurückführen zu müssen und schreibt diesem Umstande auch die von uns kürzlich erst kritisierte Ueberhandnahme der Krüppelpädagogik zu. Herr Beigeordneter Capobianco bestritt den Umfang der behaupteten Uebelstände; er suchte das damit zu begründen, daß die Pflichtstunden voll zu leisten nicht einmal gefordert werde. Wie groß aber die Anzahl der zu unterrichtenden Schüler pro Klasse sei, was für die Beurteilung der Arbeitsleistung doch auch sehr wichtig ist, das anzuführen, unterließ er.

Dann kam die Interpellation unserer Genossen über das Begräbniswesen zur Verhandlung. Es hat sich herausgestellt, daß bei Beerdigungen von Dissidenten, die weil nur ein Friedhof der Kirchengemeinde vorhanden ist, auf diesem bestatet werden müssen, die christliche Duldsamkeit des Herrn Klügel recht sonderbare Blüten treibt. So z. B. wurden bei Beerdigung eines Kindes die Grabgesänge unterjagt. Nach Ansicht des genannten Herrn Geistlichen sind dies Demonstrationen und mißbräuchliche Ausnutzung der „Bergütigung“, auf dem Friedhof der evangelischen Kirchengemeinde beerdigt zu werden, obgleich alle, die ihr nicht angehören, eine um 50 Proz. höhere Gebühr für die Grabstelle entrichten müssen. Die bürgerlichen Vertreter waren mit den schriftlich abgegebenen Erklärungen des Geistlichen natürlich einverstanden und nahmen hochbestimmte Kenntnis von dem Versprechen, daß auch in Zukunft — es ist immerhin ein lukratives Geschäft — Dissidenten und Andersgläubige auf dem evangelischen Friedhof beerdigt werden dürfen. Nur Herr Schäfer ging etwas weiter, indem er forderte, daß man geeignete Schritte unternehmen möge, um der Frage der Feuerbestattung näher zu kommen.

Unter Mitteilungen rief die Unverträglichkeit der Großen Berliner Straßenbahn lebhaften Unwillen hervor, die als Gegenleistung für die circa 1,5 Kilometer Verlängerung der Bahnhofsstraße von der Luisen- durch die Rummelsburger Straße nicht weniger wie 10 Morgen Land zur Errichtung eines Depots unentgeltlich forderte und noch dazu in einer Gegend mit den höchsten Bodenpreisen. Dabei bellagte sich unser Genosse über die völlige Ignorierung des feinerzeit festgesetzten Fahrplanes. Jetzt folgen die Wagen der Linie 69—70 so dicht aufeinander, daß sie an den Haltestellen immer fast zu gleicher Zeit eintreffen. Der Verkehr in der Leipziger Straße kann nicht die einzige Ursache sein.

Einige Punkte wurden in die geheime Sitzung verlegt.

Nieder-Schönhausen.

Bei dem Märchenvortrag ist ein neuer Schirm abhandelt gekommen, es wird ersucht, denselben an J. Schäper, Lindenstr. 42, abzugeben.

Spandau.

Wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuches ist am Sonntagvormittag der 35-jährige Buchhändler Spitz, Wahnstr. 1, verhaftet worden. Spitz wird beschuldigt, sich an drei seiner Lausbuben im Alter von 14 bis 15 Jahren schwer vergangen zu haben. Vor zwei Wochen hatte einer der Knaben sich etwas zuzuschulden kommen lassen und war deshalb von seinem Dienstherren sofort entlassen worden. Darauf erzählte der Lausbube seinen Eltern die Vorgänge, die sich im Hause des Buchhändlers abgespielt hatten und diese erstatteten gegen Spitz bei der Kriminalpolizei Anzeige.

Nowawes.

Umwandlung der Leiterstelle der gewerblichen Fortbildungsschule in eine hauptamtliche. Diese Vorlage scheint sich nachgerade zu einem ständigen Beratungsgegenstand für unsere Gemeindevertretersitzungen auszuwachsen zu wollen, denn auch die letzte Sitzung hatte sich bereits zum vierten Male mit derselben zu beschäftigen. Und die Verhandlungen und Beschlüsse waren durchaus nicht danach, daß sie die Gewähr bieten, daß diese Frage endlich zur Ruhe kommen wird. Bekanntlich war in der vorletzten Sitzung beschlossen worden, einen dritten hauptamtlichen Lehrer anzustellen, und wir gaben der Hoffnung Ausdruck, daß damit wohl die Frage der hauptamtlichen Leitung ihrer baldigen zufriedenstellenden Lösung entgegen gelte, da von diesen drei Lehrern doch einem die Leitung übertragen werden könne. Wir müssen aber besänftigt stehen, daß wir die Einsicht der bürgerlichen Gemeindevertreter, soweit sie sich um das Trifolium Reiff-Quappe-Schneider, dieser

würdigen Vertreter einer neuzeitlichen Karikatur des Liberalismus gruppieren, doch weit überschätzt haben. Leider sind wir nicht in der Lage, einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen geben zu können, da die Vorlage aus wohlwolligen Gründen in der nichtöffentlichen Sitzung beraten wurde. Mit welcher Gründlichkeit dies geschah, zeigt die Tatsache, daß dieser Teil der Sitzung über zwei Stunden dauerte. Von welchem Geiste diese Verhandlungen durchdringt waren, erhellt aus dem Beschlusse, der über diese Angelegenheit gefaßt wurde; derselbe lautet dahin, daß sich die Vertretung bereit erklärt, einen hauptamtlichen Leiter anzustellen und die Stelle auszufüllen, unter der Voraussetzung, daß die Regierung den von ihr in Aussicht gestellten Zuschuß leistet, aber wegen Raumangel die Bedingung zurückzieht, daß vom 1. April 1911 ab der Schulmangel auch auf die ungelerten Arbeiter ausgedehnt werden soll. Selbstverständlich haben die sozialdemokratischen Vertreter auch in dieser Sitzung für den weitgehendsten Ausbau der Schule plädiert, wobei sie auch den Ministerialantrag für Aufnahme der ungelerten Arbeiter unterlägen. Aber da bei Annahme dieses Antrages die Gefahr besteht, daß dadurch einige jugendliche Fabrikarbeiter während einiger Tagesstunden ihrer für den Unternehmer so außerordentlich profitablen Verursachung entzogen werden, war es unmöglich, die Mehrheit zu einer vernünftigen Lösung der Frage zu bringen. Es bleibt nur noch die Hoffnung, daß die Regierung auf ihrem ursprünglichen Standpunkt bestehen bleibt und den salomonischen Beschluß der Vertretung dadurch fortrigiert, daß sie dieselbe zwingt, in kürzester Frist gegen den angeblichen Raumangel Abhilfe zu schaffen.

Aus der öffentlichen Sitzung ist erwähnenswert die Besichtigung und Einführung des neugewählten Schöffen. Obi. — Die Aufsichtsbehörde forderte die schleunige Aufstellung eines Gesamtbebauungsplanes für Nowawes. Diese Arbeit soll der von der Regierung empfohlenen Spezialfirma Härtel u. Heschel für den Preis von 1—1,50 M. pro Morgen des zu berücksichtigenden Geländes übertragen werden.

Die Eigentümer Rosenow u. Quappe beabsichtigen die Beseitigung des Baumbestandes ihres östlich der Marktion gelegenen Waldgeländes, wogegen sich eine Petition, unterzeichnet von Angehörigen der Firma Orenstein u. Koppel wendet. Um das Waldgelände vorläufig zu erhalten, beschloß die Vertretung, dasselbe auf drei Jahre zu pachten.

Einige wirtschaftliche und Hausbesitzervereine fühlen das Bedürfnis, zur Vermehrung der Einwohnerzahl eine größere Propaganda für den Ort in die Wege zu leiten. Da ihr Lokalpatriotismus aber nicht so weit reicht, auch die Kosten dafür aufzubringen, eruchen sie die Gemeinde um einen Zuschuß. Die Vertretung bewilligte hierzu 450 M. unter der Bedingung, daß sie im Vertretungsausschuss sich und Stimme erhält.

Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung in Nowawes ist folgendes: Ortsamtesend waren 11 599 männliche und 12 198 weibliche, zusammen 23 797 Personen; demnach beträgt die Zunahme der Bevölkerung gegen die Zählung von 1905: 4712 Personen, also 24,77 Proz.

Jugendbücherei-Ausstellungen.

Nowawes. Eine Jugendbücherei- und Wandtafel-Ausstellung veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss vom 16. bis 23. d. Mts. im Lokale des Herrn Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41—43 (kleiner Saal, Eingang Friedrichstr. 9). Die Ausstellung ist an Wochentagen abends von 5—10 Uhr am Sonntag von morgens 10 bis abends 10 Uhr geöffnet.

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“, Heft 48—50. Verlag Buchhandlung

„Kommunale Praxis“, Heft 48 und 49. Dasselbe erscheint möglicherweise und kostet pro Quartal 3 Mark. Der die „Kommunale Praxis“ noch nicht kennt, verlange eine Probennummer vom Verlag Buchhandlung

„Lebensmittelwucher und Warenentwertung“, Verlag Buchhandlung

Von Dienstag, den 13. bis Freitag, den 16. Dezember

verabfolgen wir auf sämtliche Waren *)

H. Joseph & Co.

Doppelte Rabatmarken

Rixdorf, Berliner Str. 54/55

*) auf Lebensmittel den üblichen Rabatt.



Preisliste No. 193 gratis und franko.

Grossvaterstühle Chaiselongue-Betten mit u. ohne Bettram in allen Preislagen.



Passende Weihnachts-Geschenke! Ruhestühle - Klappstühle Triumphstühle, Normal-Kinderpulte von 18 M. an. Berlin SW. Markgrafen-Strasse 20, Ecke Kochstrasse. Versand nach auswärts.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 13. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Köstgrin. (Anfang 7 Uhr.) Königl. Schauspielhaus. Der Söldner. Neues königl. Operntheater. Cibelio. Deutsches Lichello. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Kammerspiele Ein Engel. (Anfang 8 Uhr.)

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Vierwaldstätter See und der Gotthard. Hösraal 8 Uhr: Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879. Kaiser-Panorama. 4. Reihe am schönen Rheine. Besuch v. Versteigern. Zalsbergwerk-Königsfeier. Eine Reihe 30 Bl., Bind. nur 10 Bl. Abonnem. 1 R. Lauf. Abonementen.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Haller-Theat). Dienstag, abends 8 Uhr: Der Dummkopf. Lustspiel in 5 Aufzügen v. L. Fulda. Ende 10 1/2 Uhr. Mittwoch, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Fee Caprice. Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Der Bund der Jugend. Lustspiel in 5 Aufz. v. Herrit Rosen Deutsch v. B. Lange. Ende 10 1/2 Uhr. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Urbild des Tartar. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Bund der Jugend.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS Mauerstr. 62 Zimmerstr. 99-91 Eintritt 50 Pf. !!! Heute !!! Großes Konzert. Dirigent: Franz v. Blon. Münchener Mathäserbräu. Spezial-Ausschank: 1/2 Ltr. 30 Pf. x x x 2 Weinterrassen.

Zirkus A. Schumann. Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr. Reut Reut Selbini Truppe, 5 Best. Radfahrer und Rollschuhläufer. Mand Elton mit ihrer Gumbente. Der Kreisel-Globus neueste Kreation des Direktor Albert Schumann sowie die übrigen Ultraaktionen. Der große Coup 9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr Schmuggler. Romantische Pantomime in 4 Akten.

Zirkus Busch. Dienstag, 13. Dez., ab. 7 1/2 Uhr: Großer Gala-Abend. Die berühmte Reiterfamilie Frediani, 3 Mann auf galoppierenden Pferde übereinander stehend. Gastsp. des Herrn Dir. Pierre Althoff und Frau Direktor Adele Althoff mit ihren wunderbaren Freiheitsdressuren. Fr. Elisabeth v. Dynar, Schuhr. Die urkomischen ital. Clowns Gebr. Fratellini. Gebrüder Namsel, komische Radfahrkünstler. 9 1/2 Uhr zum 97. Male: „VENEZIA“.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Der Unterpräfekt. Schwank in 3 Akten v. Leon Gandillot. Morgen und folgende Tage: Der Unterpräfekt. Berliner Volksoper. Belle-Alliancestraße 7/8. - 1/2 9 Uhr: Zar u. Zimmermann. Luise-Theater. Abends 8 Uhr: Preziosa. Volksstück in 4 Akten von Hoff. Mittwoch und Donnerstag: Registrator auf Reisen. Freitag Premiere: Wundliches Reise nach Indien. Sonnabend 4 Uhr große Kinder-Vorstellung: Zwerg Kaiser. Abends 8 Uhr: Registrator auf Reisen.

Sport-Palast Potsdamer Straße 70-72a Größter Eispalast der Welt Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen Ferie „Am Nordpol“ 200 Eislauf-Künstler Zwei Militär- und Zivil-Kapellen Restaurant für 6000 Personen Entree 1 M. Unterricht im Eislauf von 11-1 Uhr. Vorm. Konzert Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung Jeden Montag, 9 Uhr abends: Großes Instrumental- und Vokal-Konzert, ohne Entree-Aufschlag.

Licht-Spiele Mozart-Saal Nollendorf-Platz Neuer Spielplan Eine Hochzeit mit Hindernissen.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Hedi Herdina. Norman French. Und das große Dezember-Programm!!

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 192. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Der Kaiserjäger. Komödie in 3 Akten von Brenner und Ewald. Mittwoch und Donnerstag: Der Kaiserjäger. Freitag: Die Anna-Lise. Metropol-Theater. Hurra! Wir leben noch! Große Kaskadendressen in 7 Bildern v. R. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. A. Schulz. Anfang 8 Uhr - Kaugen gestattet.

Excelsior Lichtspielhaus Rixdorf, Bergstr. 151/152. Heute: Vollständig neues Programm. Anfang 6 Uhr.

WINTERGARTEN Neues Programm! Liane d'Eve Excentrique française in ihrem Transformationsakt: Vor und hinter den Kulissen umrahmt von einer Auslese der anerkanntesten Kunstkräfte dreier Weltteile. Rauchen gestattet!

Passage-Panoptikum. Der bernaische Riese Dussore ist 110 mm größer als Machnow lebend zu sehen! Ohne Extra-Entree!

Bosporus am Moritzplatz. Heute: Das phänomenale Dezember-Programm. Anfang 6 Uhr. Kaffeeöffnung 4 Uhr. Son 11-2 Uhr: Tans.

Lessing-Theater. 8 Uhr: Anatol. Mittwoch 8 Uhr: Anatol. Donnerstag 8 Uhr: Anatol. Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Der Talisman. Morgen: Talfun.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr: 10 neue große Attraktionen 10 9 Uhr.

Rollschuhbahn Kurfürstendamm 151 12. bis 23. Dezember: Täglich geöffnet! Wochentags 11-1 4-6 8-11 50 Pf. Sonntags 11-2 4-6 8-11 50 Pf. Leihgebühr für unsere Holler 50 Pf. | Eintritt u. Laufen

Theater Sanssouci Hofbahnstation Köpenicker Tor. 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Im blauen Licht. 9 1/2 Uhr: So wird's gemacht! Burleske mit Gesang und Tanz von W. Gericko. Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Der heilige Hain.

Walhalla-Theater. (Königstr.) Weinbergstr. 20 Anfang 8 1/2 Uhr. Dezember-Allerheuestes! Bravo! - Da Capo! Eine überweltliche Kunst in 5 Akten. In Szene gesetzt v. Dir. J. Klein. Verb. m. neuen Complett, Chören u. Solisten u. a.

Neues Theater. Täglich: Der G. m. h. H.-Tenor. Anfang 8 Uhr. Theater des Westens. 8 Uhr: Das Puppenmüdel. Mittwoch u. Sonntag 4 Uhr: Rot Appchen. Sonntag 8 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau. Modernes Theater (früher Hebbeltheater). Abends 8 Uhr: Doppelmeasch. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Dienstag, 13. Dezember, abends 8 Uhr: Hofgunst. Mittwoch nachm. 3 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht. Abends 8 Uhr: Hofgunst. Donnerstag: Die Hermannschlacht. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Feldherrnhügel.

Bellini das telepathische Phänomen. Elise Terry, Operetten-Diva zu Pferde u. a. m.

Burgtheater. Festsäle und Kinematograph vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Herz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353. Lebende Photographien. Eintritt 50 u. 40 Bl. Kinder die Hälfte. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur wochentl. gültig, 25 Bl. auf allen Plätzen. Täglich wech. Programm.

Karl Haverland-Theater. Kommandantenstr. 77/79. Die wunderbaren neuen Dezember-Spezialitäten. Kante Pohlmann, der urkomische Sachse.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Weihnachts-Programm! „Bei Vater's“ Weihnachtsbild v. Wegel. Anfang wochentags 8 Uhr Sonntags 7 Uhr.

Herrnfeld Theater. Der größte Schlager der Theater-Saison 1910. Eine verlorene Nacht Ein lustiger Trauerspiel in zwei Akten von Anton und Donald Hermsfeld. Vorher: Der Derby-Sieger. Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr. Königstadt-Kasino. Gekauftstr. 72. Cafe Alexanderstraße. Täglich: Franz Sohanaki. Rest: Goschw. Gau, Max Wersner, Albert Nikolaus, Goschw. Wundermann, Nest. Maximilian, musikal. Clown. Molly Verach ufm. Vater der blühenden Lände Biograph-Vorführungen. Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice. Der Feldweibelhügel von Hengeller und Soda Soda. Neuer dunter Teil. Hotel zur Jungfrau. Touristenpost von Satyr. Volgt-Theater Gesundheitsbrunnen, Badstraße 53. Gekauftstr. in Puhlmann Theater. Dienstag, den 13. Dezember 1910: Die Anna-Lise. Historisches Lustspiel in 5 Aufzügen von Hermann Dirsch. Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Casino-Theater. Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr. Das Original Berliner Rollschuh Julie Wippen. Uebelkühner Dummer! Uebelkühner Typen! Im Stille der ehem. Wallner-Bühne. Vorher: Uebelkühner dunter Teil. Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnachtsfest. Theater „Groß-Berlin“. Dienstag, den 13. Dez. Gundersdrän. Weiskenssee, Berliner Chaussee 111/119 Nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Vertontenprinz. Abends 8 1/2 Uhr: Die Räuber. Dieses Inserat gilt als Vorzugsbillett!

Millionen Kronen-Bouillonwürfel werden monatlich in Berlin konsumiert! Der beste Beweis für die unvergleichliche Qualität und Ergiebigkeit! Man weise minderwertige Nachahmungen energisch zurück.

